

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



23. Januar 1987
Jg. 8 Nr. 2

G 7756 D

Preis:
2,50



Krankenversicherung: Beitragserhöhungen! – Die Kapitalisten müssen die Kosten tragen Seite 12



Kriegsdienstverweigerer: Zuviel-dienst beim DRK: "Menschenführung" zur Gewinnsteigerung Seite 28



"Innere Sicherheit": Staatsschutzma-chenschaften im Mordfall Schmücker Bericht von einer wichtigen Front gegen die Geheimdienste Seite 32

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK • 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 02 21 / 21 64 42
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 02 21 / 21 16 58. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Aus der Diskussion der Organisation: Erklärung zu den bevorstehenden Bundestagswahlen 4
Beschuß zu den Verhandlungen zwischen Mitgliedern der Leitungen von BWK und VSP 5
Protokoll der Verhandlungen zwischen Mitgliedern der Leitungen von BWK und VSP, 06.01.87 5

Jahreswirtschaftsbericht: Wirtschaftsdebatte vor den Wahlen – der reaktionäre „Sachverstand“ dominiert 6

Deutschlandpolitik: CDU/CSU/FDP/SPD für „offene deutsche Frage“ 9

Öffentlicher Dienst: Tarifforderung ohne Strukturkomponente . . 9

Französischer Eisenbahnerstreik: Regierung nimmt neue Lohnskala zurück, verhindert aber kräftige Lohnerrhöhung 10
Reaktionäre BRD-Presse zum Eisenbahnerstreik 11

Krankenversicherung: Beitragserhöhungen! – Die Kapitalisten müssen die Kosten tragen 12
Unfallverhütungsbericht 1985: Nur die Spitze des Eisbergs 13

Auslandsberichterstattung

VR China: Die Intelligenz meldet ihre Ansprüche an 14
Auszüge aus Wandzeitungen aus der Peking-Universität 14

Sowjetunion: Differenzierung des Lebensstandards 15

Tschad: Imperialisten ziehen Libyen tiefer in den Bürgerkrieg . . 16

Südafrika/Azania: Anzeichen für Zersetzung des Siedlerregimes . . 16

Brasilien: Imperialisten gegen Informatikgesetz 17

Italien: Lohnabhängige im Kampf für neue Tarifverträge 17

Internationale Meldungen 18

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:
Dokumentiert: Offener Brief zum Wahlrecht für Ausländer 20
Krupp: Geschichte eines Hauses . . 20
Hupka läßt es nicht beim Glauben . 20
Dokumentation zur Montanmitbe-

Jüdische Zwangsarbeiter erhalten Spottgeld

Ehemalige jüdische Zwangsarbeiter, die in zehn Rüstungsbetrieben des Flick-Konzerns geschunden wurden, sollen sich die 5 Millionen DM teilen, die die Feldmühle AG vor einem Jahr als Entschädigungssumme zu zahlen sich bereiterklärte. Ende 1986, als die Frist für die Antragsteller endete, lagen rund 4000 Anträge aus der ganzen Welt vor. 1000 – 1500 DM pro Person gibt der Konzern aus, um sich von jeder Verantwortung zu befreien. Friedrich Flick starb 1972, ohne einen Pfennig Entschädigung gezahlt zu haben. Neun Jahre lang hatte die Claims Conference, die internationale Organisation, die die Ansprüche auch der jüdischen Zwangsarbeiter vertrat, erfolglos verhandelt mit Flick, seinem Sohn und seinem Schwager Kaletsch, der mit Flick zusammen vor dem Nürnberger Gerichtshof gestanden hatte. Die Claims Conference verlangte einen Betrag von 5 Millionen DM für etwa 1300 Klienten, überwiegend Frauen, die die Arbeit in unterirdischen Munitionsfabriken überlebt hatten. Ab 1969 übernahm Eberhard von Brauchitsch die Verhandlungsführung mit dem Ziel, alle Forderungen niederzuschlagen. Anfang 1970 teilte er mit, Flick vermöge nicht zu erkennen, „daß ... humanitäre oder moralische Gründe“ die Dynamit Nobel AG oder das Haus Flick veranlassen könnten, irgendwelche Zahlungen zu leisten. – (anl)

„Heimatvertriebene“ eine große Friedensbewegung

Der CSU-Chef und bayerische Ministerpräsident Strauß, der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU Dregger sowie Otto v. Habsburg, Präsident der „Internationalen Paneuropaunion“ (PEU) und Mitglied des EG-Parlaments werben gegenwärtig für die Idee, die Landsmannschaften der „Vertriebenen“verbände für den Friedensnobelpreis vorzuschlagen. Dregger in einem Interview mit den „Schlesischen Nachrichten“: „Die Vertriebenen haben auf die schrecklichen Erfahrungen, denen sie ausgesetzt waren, in ihrer Stuttgarter Charta von 1950 mit einem Dokument der Humanität und der Friedensliebe geantwortet. Ich kenne keine Heimatvertriebenen in der Welt, die haßfreier, friedenswilliger und politisch verantwortungsbewußter gehandelt hätten als die deutschen Heimatvertriebenen ...“ Nach Angaben der „Welt“ ging die Initiative dafür von Otto v. Habsburg aus. Er erhielt 1976 die „Plakette für Verdienste um den deutschen Osten und das Selbstbestimmungsrecht“, die höchste Auszeichnung des „Bundes der Vertriebenen“ und 1977 den „Europäischen Karlspreis“ der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“. Auf einem Symposium

von Europas Christdemokraten warnte er davor, die NPD zu verketzern, denn auch diese Partei habe „wertvolle europäische Ordnungsvorstellungen“ („DVZ“, 22.6.78). Die Paneuropaunion steht in enger Verbindung mit der „Gesellschaft für Menschenrechte“ (GfM), deren Bundesvorsitzender über deren Selbstverständnis sagte: „es gelte, das ‚Mittel Menschenrechte‘ als ‚Kampfmittel einzusetzen‘.“ Die „friedlichen“ Anliegen beschrieb z.B. Hupka auf dem Deutschlandtreffen der „Schlesier“ 1985: „Europa hört nicht an der Elbe oder an der Oder auf. Wir haben die Vision eines freien Europas der freien Völker und Vaterländer. Dazu gehört immer auch Polen“. Erklärtes Ziel der Landsmannschaften ist die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 in „Freiheit“, d.h. kapitalistisch. Allein die Diskussion über den „Vorstoß“ von



Strauß, Dregger und v. Habsburg soll der weiteren antikommunistischen Hetze und Drohung zu Auftrieb verhelfen und subversive Kräfte in der DDR und in Polen stärken. – (düb)

Zentralrat der Sinti und Roma protestiert gegen KZ-Lüge

Der Zentralrat der Sinti und Roma in der BRD wirft Bundeskanzler Kohl vor, mit der Bezeichnung „Konzentrationslager“ für Gefängnisse in der DDR die Überlebenden der Nazi-KZ-Haft zu verhöhnen. Der Zentralrat erklärte, daß Kohl „mit oder ohne Absicht“ die Forderung ehemaliger KZ-Häftlinge lächerlich mache, „endlich minimale Entschädigungsrenten von 1000 DM monatlich“ für ihre meist mit schweren Dauergesundheitsschäden verbundenen Leiden in der Nazi-Zeit zu erhalten. Besonders empört ist der Zentralrat, weil die Bundesregierung solche Entschädigungsrenten ablehnt. Bundesfinanzminister Stoltenberg hatte jüngst gegenüber den Sinti und Roma ausgeführt, daß die von den Nazis selbst so bezeichneten Konzentrationslager im von den Faschisten besetzten Frankreich nicht als KZs anerkannt werden könnten, weil die Leiden

der dort inhaftierten Juden und „Zigeuner“ nicht Teil der rassistischen Politik der Faschisten, sondern „kriegsbedingt“ gewesen seien.

Die Bundesregierung betreibe eine „äußerst eigenartige Aussöhnung und Verständigung“ mit den Opfern der Nazis. „Einerseits will Kohl über Haftbedingungen und 'Konzentrationslager' in der DDR diskutieren. Andererseits hat Kanzleramtsminister Schäuble wenige Tage zuvor dem Zentralrat der Sinti und Roma mitgeteilt, daß ein Gespräch beim Bundeskanzler über sofortige Entschädigung für 435 Sinti und Roma zum gegenwärtigen Zeitpunkt entbehrlich“ sei. Die Akten der ehemaligen KZ-Häftlinge waren im November 1986 an die Bundesregierung gegangen. Die Sinti und Roma kämpfen seit langem für die Anerkennung der ehemaligen KZ-Häftlinge als Opfer der rassistischen Politik der Faschisten. Ihr Anliegen ist von den westdeutschen Behörden immer wieder mit zynischen Begründungen abgelehnt worden, teilweise mit dem Hinweis, Sinti und Roma seien als „Kriminelle“ inhaftiert worden, teilweise mit der Begründung, ihre KZ-Haft sei kriegsbedingt gewesen. – (uld)

Die CDU treibt, und die SPD pariert

Am 9. Januar veröffentlichte der CDU-Vorsitzende und Bundeskanzler Kohl ein Schreiben an den SPD-Vorstand. Darin greift Kohl die SPD an, weil die DKP dazu aufruft, mit der Erststimme Friedensliste und mit der Zweitstimme SPD zu wählen. Er forderte die SPD auf: „Wo bleibt ihre klare Zurückweisung dieser kommunistischen Wahlhilfe?“ und verlangte von der SPD, auf ihrem 1971 gefaßten Verbot von Aktionsbündnissen mit Kommunisten zu beharren.

Doch Kohls Vorhaben gegenüber

der SPD beschränken sich nicht auf innenpolitische Bündnisse. Vor allem erteilte er der SPD einen Ruffel für ihre Gespräche mit Parteien aus dem Warschauer Pakt: „Besonders besorgniserregend ist außerdem, daß die SPD seit einiger Zeit über reine Gespräche hinaus offizielle Verhandlungen mit kommunistischen Parteien von Ländern des Warschauer Paktes führt“, womit die SPD „auch den Herrschaftsanspruch dieser totalitären Parteien“ stärke. Die SPD hatte verstanden und parierte auf der Stelle. Am 11. Januar antwortete ein SPD-Sprecher, der Kanzler solle sich nicht so haben, schließlich sei es das Verdienst der SPD, daß die Kommunisten in der Bundesrepublik so unbedeutend seien, daß sie nicht einmal selbständig zu den Bundestagswahlen kandidieren könnten. Außerdem sei die SPD schon immer antikommunistisch gewesen und werde es auch bleiben.

Lafontaine setzte nach und erklärte die Reformpolitik der SPD zur Ursache der Schwäche der Kommunisten: „Die dauerhafte Schwäche der DKP in der Bundesrepublik ist ein wesentliches Verdienst der an Reformen orientierten SPD.“ Auf die außenpolitischen Vorwürfe Kohls reagierte die SPD zunächst nicht. Immerhin hat Kohl damit noch vor den Wahlen erreicht, daß die SPD einen Konsens in der Innenpolitik und für die Innere Sicherheit beschwört, der es der Reaktion leicht machen wird, nach den Wahlen materielle Zustimmung zur Verschärfung von Unterdrückungsgesetzen von der SPD einzufordern. Die SPD hat keine Skrupel, auch die von der DKP mobilisierten Stimmen einzusacken, solange sie dadurch auf nichts verpflichtet wird, was der Arbeiterbewegung nützen und die Kapitalisten in der Ausbeutung der Arbeiter und bei ihrer Expansion beschränken könnte. – (uld)



22 Richter protestierten am 12. Januar in Mutlangen gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen, indem sie die Zufahrt zum Raketendepot blockierten. Die Richter müssen mit Prozessen wegen der Blockade und mit Disziplinarverfahren rechnen. Die Vereinigung baden-württembergischer Strafverteidiger unterstützte ihre Aktion, der Richterbund distanzierte sich. – (uld)

stimmung 21

Gewerkschaft der Polizei/Richter in der ötv: Rechtsstaatliche Kritik an Gesetzen der Reaktion zur inneren Sicherheit 21

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten 23

Asylbewerber: Wohnungen in Hamburger Lagern sind lebensbedrohlich 24

KZ-Zwangsarbeit für Benz: Forderung nach Gedenkstätte kommt voran 24

Anti-AKW-Bewegung: Buko fand statt, weitere Illegalisierung 25

Entgelttarifvertrag: Läßt sich IGCh auf Kapitalistenkonzept ein? . 25

Siemens: Flexiblere Arbeitszeiten, mehr Beweglichkeit in den Lohnformen 26

Politische Gefangene: Duisburger Verhaftete seit fünf Monaten in Isolationshaft 27

Dioxine: Deponie Mönchshagen – ein Pulverfaß 27

Kriegsdienstverweigerer: Zuviel dienst beim DRK: „Menschenführung“ zur Gewinnsteigerung . . . 28
Eine Organisation für den totalen Krieg 29

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 30

Kurdische Flüchtlinge in Dortmund: „Wir rufen alle Menschen auf, uns zu unterstützen“ 31

Spezialberichte

„Innere Sicherheit“: Staatsschutzmachenschaften im Mordfall Schmücker – Bericht von einer wichtigen Front gegen die Geheimdienste 32

Ermittlungen der Verteidigung: Rolle des Verfassungsschutzes und seines Kronzeugen 32

Eine nachgeschobene Spitzel-Story – dem BGH recht, dem VS billig? . 34

Abgeordnete fragen – Senator antwortet nicht – AL-Vorstoß für Untersuchungsausschuß 35

Vernichtende Haftbedingungen: Die Hochsicherheitstrakte müssen weg! Interview mit Ilse Schipper 36

Titelbild: Karikatur, psy, Gö.

Erklärung zu den bevorstehenden Bundestagswahlen

Die reaktionären Strömungen haben sich im Wahlkampf gefestigt. Die FDP findet Anklang, weil der Machterhalt des Bürgerblocks durch Wahl der FDP inhaltlich und wahltaktisch gesichert wird, und nicht etwa, um die Unionsparteien zu zügeln. Im konservativen Lager beobachten wir eine Festigung der Beziehungen zu Faschisten. Die konservative Politik bereitet nicht nur faschistischer Hetze den Boden. Der Verzicht der Republikaner auf Wahlbeteiligung, bei den Bayern-Wahlen erzielten sie drei Prozent, zeigt die Tendenz zum bewußten Zusammenspiel. Machterhalt des Bürgerblockes ist einigendes Ziel der Rechten.

Die politische Rechte gestaltet die öffentliche Meinung strikt nach Wertvorgaben, die von den Kapitalisten und ihren wissenschaftlichen Repräsentanten geäußert werden. Wünsche und Vorstellungen der Kapitalistenvertreter bilden den Bezugspunkt der Politik. Vorstellungen aus Gewerkschaftskrei-

sen zählen nicht.

Die SPD tritt in diesem Wahlkampf nicht durch Kritik der Rechten hervor, sondern als Partei deutschen Interesses. Die von Rau repräsentierte Linie ist insofern noch rückschrittlicher als Schmidts „Modell Deutschland“-Vorstellung. Diese Losung konnten Anhänger der SPD noch mit sozialreformerischen Bestrebungen verbinden. Bei Rau wird der Nachweis geschäftlichen Nutzens für das Kapital zum Prüfstein für Reformvorhaben.

Die Propaganda von Unionsparteien, Liberalen und Sozialdemokraten stellt die Bevölkerung vor die Aufgabe, dem BRD-Kapital politischen Vorschub zu leisten. Noch nie war in den letzten Jahren die öffentliche Meinung so klar hinter den Interessen des BRD-Kapital formiert wie gegenwärtig der Fall.

*

Die Grün-Alternative Opposition hat

sich in den Landtagswahlen in Hamburg und Bayern gefestigt. Nachdem 1985 die GRÜNEN nicht in den NRW-Landtag kamen, kam eine Diskussion über den Zerfall der Grünen und ihre Integration auf, die erst jetzt erledigt ist. Die GRÜNEN sind in die moderne bürgerliche Gesellschaft der BRD nicht integrierbar. Ihre Politik gibt nicht vor, einen besonders geschickten Dreh zur Verwirklichung von Kapitalinteressen gefunden zu haben. Sie grenzen sich ab. Gleichzeitig wird der Führungsanspruch der GRÜNEN über die gesamte Opposition immer krasser. In der grünen Partei sammeln sich Angehörige der arbeitenden Bevölkerung, die im Arbeitsleben als Vorgesetzte, Beamte usw. im Sinne des Kapitals funktionieren und lieber im eigenen Sinne funktionieren möchten. Das Interesse am Erhalt der Vorgesetzten-Positionen bestimmt die Politik der GRÜNEN eben auch. Die GRÜNEN können sich nur festigen, weil und soweit sie das Klasseninteresse ihrer Basis aussprechen gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft, von der die werktätige Intelligenz als Werkzeug zur Bearbeitung von Kapitalinteressen gesehen wird. Sie können den gesamten Widerstand der arbeitenden Klassen nicht führen, weil sie selbst die Arbeiter als berufenes Werkzeug der Intelligenz betrachten. Parteiwachstum und Einflußbildung der GRÜNEN gehen deswegen nicht mit umfassender Schwächung des bürgerlichen Lagers einher, ihre Opposition gegen das Kapital ist verbunden mit Führungsansprüchen gegenüber der Arbeit. Vielleicht, weil unvermeidlich für Hegemonieansprüche der GRÜNEN unterschreibt, wer heute diese Partei wählt, will sogar der KB erstmals von einer Wahlempfehlung absehen.

*

In den Abwehrkämpfen, die die Arbeiterbewegung in der BRD in den letzten Jahren der bürgerlichen Gesellschaft geliefert hat, zeigt sich die Fähigkeit, aus Fehlern zu lernen. Aus den Erfahrungen der 35-Stunden-Kampagne wurde eine Kritik der Flexibilisierung entwickelt, die weder aus SPD-Kreisen noch von den GRÜNEN kam, wo man stattdessen für Flexibilisierung eintrat. Ebenso steht der Ausbreitung faschistischen Denkens eine Ausweitung antifaschistischer Politik entgegen, die nicht von der Sozialdemokratie gefördert wird (die bayerische SPD spekulierte sogar über den Nutzen, den Ausdehnung faschistischer Stimmanteile für die Arbeiter haben könnte, weil sie die CSU-Stimmanteile drücke), noch von den GRÜNEN, die sich gegen ein Verbot faschistischer Organisationen spreizen. Ebenso steht gegen die Aus-



länderdiskriminierung die Festigung des Einflusses von Arbeitern nicht deutscher Staatsangehörigkeit in den gewerkschaftlichen Organisationen bzw. den Betriebsräten. Im politischen Leben der BRD läßt sich erkennen, daß eine politische Diskussion nicht auf grün-alternativer und nicht auf sozialdemokratisch-reformerischer Grundlage, sondern mit dem eigenen Ausgangspunkt proletarischer Interessen einsetzt und zu Ergebnissen führt, die anders nicht zustande kommen. Das zeigt, daß sich auch ideologisch die Basis für eine proletarische Partei bildet. Die linken und sozialistischen Organisationen haben daran Anteil.

*

Der Bildungsprozeß des Proletariates zur Klasse und die Herausbildung einer politischen Partei des Proletariates sind miteinander verbunden. Die politischen Organisationen, die diesen Prozeß fördern können, zeigen sich der Aufgabenstellung des gegenwärtigen Wahlkampfes nicht gewachsen. Die DKP hat ihren eigenen Standpunkt aufgegeben zugunsten der Friedensliste, die an SPD und Grüne weitervermittelt. Die MLPD hat diese Aufgabe nicht genutzt, um z.B. durch Einheitsfrontpolitik zu prüfen, wieweit ihre Auffassungen reichen und wo etwas geschehen muß. Sie hat die inhaltliche Diskussion verweigert. Sie versteigt sich unter der Belastung des Wahlkampfes zu Parolen wie „Gegen das Chaos in Bonn“ und bringt so Marxismus und reaktionäre Ordnungsvorstellungen zusammen. Die MLPD wird jede erhaltene Stimme als Beweis für die Richtigkeit ihrer politischen Strategie bewerten und nicht etwa als Anerkennung der konkreten Beiträge, die auch diese Organisation im Klassenkampf leistet; mithin fehlen Gründe für die Wahl der MLPD.

*

Vor Jahresfrist tat sich im Beilagen-Kreis die Möglichkeit für eine Initiative zu einer Einheitsfrontkandidatur auf. Die Sache ging schief, weil die inhaltlichen Grundlagen für eine solche Kandidatur noch nicht ausreichend vorhanden waren. Das hat sich auch auf dem Kongreß zu den Bundestagswahlen gezeigt, den die Beilagen-Organisationen veranstalteten. Aus unserer Sicht war dieser Kongreß eine gute Sache, ermöglichte er doch, aus verschiedenen Blickwinkeln Bilanz zu ziehen und über den engen Horizont des je eigenen Diskussionszusammenhanges hinauszusehen. Die Arbeitsergebnisse, sie sind als Beilage-Extra zugänglich, erleichtern es, die Diskussion der sozialistischen Organisationen zu konzentrieren und ihre Praxis zu verbessern. Die Konflikte, die auf diesem

Kongreß deutlich wurden und die in der Unmöglichkeit gipfelten, einmütige Kritikpunkte an der auswärtigen Politik der BRD zu formulieren, zeigen, daß inhaltliche Schwierigkeiten überwunden werden müssen. Dies ist eine Aufgabe der Programmdiskussion. Inzwischen liegt die Zustimmung des Zentralen Komitees des BWK und die Zustimmung des Zentralkomitees der VSP vor zur Bildung einer Kommission, die Gliederungspunkte für eine programmatische Erklärung festhalten soll; das würde ermöglichen, solche Schwierigkeiten planmäßig und mit breiter Be-

teiligung zu lösen.

Das absehbare Wahlergebnis wird die politische Rechte zu neuen Vorstößen ermutigen. In allen politischen und sozialen Belangen der arbeitenden Klassen wird sich die Aufgabe der Abwehr stellen. Die politischen Klärungen, die in den kommenden Jahren auf der Linken möglich und nötig sind, werden nicht neben dieser Aufgabe erfolgen, sondern zu ihrer Bewältigung beitragen.

Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK), Zentrales Komitee, 11.01.1987

Beschluß zu den Verhandlungen zwischen Mitgliedern der Leitungen von BWK und VSP

- 1.) Das Zentrale Komitee begrüßt die Verhandlungsergebnisse, wie sie im Protokoll der Leitungen von BWK und VSP, 06.01.87, festgehalten sind.
- 2.) Das Zentrale Komitee benennt für die vorgeschlagene gemeinsame Kommission folgende drei Mitglieder des Zentralen Komitees: Christoph Cornides, Angela Lux, Christiane Schneider.

Protokoll der Verhandlungen zwischen Mitgliedern der Leitungen von BWK und VSP, 06.01.87

Die Verhandlungen, die am 19.12.86 begonnen und am 6.1.87 fortgesetzt wurden und an denen sich im Auftrag des Verwaltungsausschusses des ZK des BWK Ch. Cornides, A. Lux und Ch. Schneider und mit Billigung des Politbüros des ZK der VSP H.D. Koch, M. Kellner, H. Weiß und W. Wolf beteiligten, wurden mit dem Ziel geführt zu klären, ob es möglich erscheint, eine gemeinsame politische Grundsatzklärung, die die Vereinigung von BWK und VSP und die gemeinsame Tätigkeit in einer Partei begründen kann, zu erarbeiten. Diese Klärung wurde noch nicht erreicht.

Die Verhandlungsteilnehmer der beiden Organisationen stimmten darin überein, daß

1. ein solcher Vereinigungsprozeß niemanden ausgrenzen dürfe, daß aber die Teilnahme anderer Organisationen auch nicht zur Voraussetzung gemacht werden sollte;
2. ein grundsätzliches programmatisches Dokument erarbeitet werden müsse, das die Vereinigung und die gemeinsame Tätigkeit in einer politischen Partei ausreichend begründet, aber nicht den Anspruch erhebt, ein wissenschaftliches Programm in dem Sinne zu sein, daß alle wesentlichen Fragen einer Strategie der proletarischen Revolution beantwortet werden;
3. daß der Prozeß der Vereinigung zugleich Fortschritte in der praktischen Arbeit und Zusammenarbeit beinhalten müsse.

Zur weiteren Klärung der Frage, ob es möglich erscheint, ein programmatisches Dokument im obigen Sinne zu erarbeiten, wird dem Zentralen Komitee des BWK und dem Zentralkomitee der VSP vorgeschlagen zu beschließen, eine gemeinsame Kommission einzurichten. Diese soll die Gliederungselemente einer programmatischen Erklärung zusammenstellen und so weit möglich begründen. Dabei werden sich Fragestellungen ergeben, in deren weiterer Bearbeitung Fortschritte gegenüber den bestehenden Programmen nötig und möglich sind bzw. Differenzen zu klären sind.

Die begründete Gliederung soll in den nächsten Wochen erarbeitet werden, so daß eine Beratung der Ergebnisse und weiteren Aufgaben im ZK der VSP womöglich Mitte Februar und auf der DK des BWK am 20./21. Februar möglich ist.

Die Verhandlungsteilnehmer einigten sich, daß das Protokoll der Verhandlung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Die schriftlichen Ausarbeitungen, die auf der Sitzung am 6.1. vorlagen, werden als Material für die ZK-Sitzungen behandelt.

Jahreswirtschaftsbericht

Wirtschaftsdebatte vor den Wahlen – der reaktionäre „Sachverstand“ dominiert

„Aufwärts im fünften Jahr“, so faßte das Kölner „Institut der deutschen Wirtschaft“ (BDI) in seinem Informationsdienst zum Jahresanfang die Aussichten der westdeutschen Kapitalisten für 1987 zusammen. IdW-Direktor Prof. Fels ergänzte diese Prognose um die Feststellung, so unbestritten wie jetzt sei der Führungsanspruch der Kapitalisten über die Gesellschaft schon lange nicht mehr gewesen:

„Das Jahr 1986 hat wichtige Lehren hinterlassen. Der heftige Streit um den §116 des Arbeitsförderungsgesetzes und die Angstwelle nach dem Unglück von Tschernobyl haben die ökonomischen Realitäten nicht verdrängen können. Zu dominant ist die Erfahrung, daß vom Wirtschaftsaufschwung nunmehr breite Schichten profitieren. Gewerkschaften und Gemeinwirtschaft sind in eine Identitätskrise geraten. Umverteilungsideologen und Sozialromantik werden von einem vorwärts gewandten Konservatismus abgelöst, der Ja sagt zur Technik, zum Unternehmertegeist, zur sozialen Verantwortung und Partnerschaft, zur Solidität der Währung und der öffentlichen Finanzen, zu einem Staat, der sich mit dem begnügt, was er besser machen kann als seine Bürger.“

Daß vom Wirtschaftsaufschwung „breite Schichten profitierten“ gehört zum Standardargument reaktionärer Propaganda. Wie unbestritten diese Propaganda ist, hat die Auseinandersetzung um den Jahreswirtschaftsbericht zwischen SPD und Regierungsparteien gezeigt.

Die SPD beschränkte ihre Kritik darauf, daß die Regierung die Aussichten der Kapitalisten zu günstig beurteile, und auf die Kritik an der andauernd hohen Arbeitslosigkeit. Welche niedrigen Löhne die Kapitalisten inzwischen zahlen, welche Arbeitszeiten und Arbeitsleistungen sie zunehmend abverlangen – weder daran noch an der dreisten Propaganda der Kapitalisten, nur ihre Führung sichere allen Arbeit und Wohlstand, kommt von SPD-Seite noch Kritik. Die Kritik an der imperialistischen Expansion der BRD auf den Weltmärkten – 1986 stieg die BRD zum weltgrößten Warenexporteur noch vor den USA auf, wuchsen die Kapitalerträge westdeutscher Kapitalisten aus Vermögensanlagen im Ausland auf 40 Mrd. DM, erzielten die westdeutschen Kapitalisten einen Exportüberschuß von 110 Mrd. DM, mehr als doppelt so hoch wie 1982 beim Regierungsantritt Kohls – findet von sozialdemokratischer Seite schon gar nicht mehr statt. Auch die Grünen äußerten in der Debatte um den Jahreswirtschaftsbericht an der imperialistischen Expansion der BRD keine Kritik.

Tatsächlich ist die reaktionäre Behauptung, „alle“ würden „vom Aufschwung profitieren“, schlankweg gelogen. Zur Verdeutlichung haben wir einige Angaben der Bundesbank zusammengestellt. Im Januar-Heft der „Saisonbereinigten Wirtschaftszahlen“ finden sich Angaben bis Oktober 1986. Der Einfachheit halber haben wir diese Angaben für Oktober auch für November/Dezember angenommen und dann

die Daten für 1986 mit 1980, dem Höhepunkt des letzten „Aufschwungs“, verglichen. Das Ergebnis ist:

– Nach Abzug der Preissteigerungsrate (die Bundesbank gibt für diese Zeit eine Teuerung bei den Lebenshaltungskosten von 20,2% an) stieg der „private Verbrauch“ in der BRD von 1980 auf 1986 real um 61 Mrd. DM bzw. 7,2% auf knapp 900 Mrd. DM. Das ist, obwohl prozentual scheinbar gering, doch beachtlich. Eine gleichmäßige Zunahme des Verbrauchs unterstellt, wären das 1000 DM im Jahr mehr pro Person gewesen. Gleichmäßig aber, das weiß jeder, stieg der private Verbrauch in den letzten Jahren keineswegs. Wer also steigerte seinen Verbrauch? Dazu ein paar weitere Angaben aus gleicher Quelle, wobei wir immer das Verfahren gewählt haben, die Angaben der Bundesbank für 1986 um die Teuerungsrate seit 1980 zu verringern (also durch 1,202 zu dividieren), um den realen Zuwachs seit 1980 zu berechnen:

– Von 1980 bis 1986 stieg das „Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ um 97 Mrd. DM bzw. 31,9% auf 401 Mrd. DM.

– Das „Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit“ stieg im gleichen Zeitraum nur um 18 Mrd. DM bzw. 2,1% auf 862 Mrd. DM.

– Das „Masseneinkommen“ schließlich sank im gleichen Zeitraum um 19 Mrd. DM bzw. 2,6% auf 715 Mrd. DM.

Dabei muß man beachten: „Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit

Neue Heimat: Gesetzliche Angriffe folgen

Mit zahlreichen Vorschlägen für die weitere Gesetzgebung gegen gemeinnützige Wohnungsgesellschaften hat der „Neue-Heimat“-Untersuchungsausschuß in seinem Abschlußbericht aufgewartet. Verbot der Konzernbildung zwischen gemeinnützigen und nichtgemeinnützigen Firmen, Verbot überregionaler Zusammenschlüsse von gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften, Einschränkung bei zahlreichen Geschäften, schärfere Staatsaufsicht und ein umfangreicher Sanktionskatalog sollen die Aufsicht des Zentralstaates über die gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen weiter ausdehnen. Ob es bei diesen Vorschlägen des Untersuchungsausschusses bleibt, ist fraglich. Das „Handelsblatt“ gibt sich unzufrieden: Die Steuerprivilegien der gemeinnützigen Gesellschaften gehörten abgeschafft, am

besten gehöre das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz ganz abgeschafft, fordert das Blatt. Den Angriffen, die der Untersuchungsausschuß vorschlägt, werden also weitergehende Gesetzesverstöße anderer am Grundstücks- und Immobiliengeschäft beteiligter Kapitalisten noch folgen.

– (rül)

Wörner jubelt: Mehr Freiwillige 1986

Das Verteidigungsministerium brüstet sich mit einem Anstieg der Zahl von Freiwilligen. Aus 45000 Bewerbern hat die Bundeswehr 23000 als Zeit- und Berufssoldaten eingestellt. Außerdem haben sich 20000 Wehrpflichtige nach Beginn ihrer Dienstzeit verpflichtet. Damit stieg die absolute Zahl der Führer und Unterführer beim Bund um 3100. Das liegt, so Wörner, aber nicht etwa an der perspektivlosen Ausbildungs- und Arbeitssituation für junge Männer und am Wehrsold, von dem

niemand leben kann, sondern an der „Vielfalt der Berufe bei der Bundeswehr“ und der Chance, „Verantwortung für Mensch und Technik“ zu tragen. Damit kann es aber so weit auch nicht her sein, denn das Ministerium kündigt größere Anstrengungen der Truppenwerber an, um den jetzigen Stand bei Z- und Berufssoldaten zu halten. Bevorzugte Mittel: Betriebspraktika und Schulbesuche beim Bund, Wanderausstellungen von Heer, Marine und Luftwaffe. – (jok)

HDW-U-Boote an Südafrika: 50000 DM Buße und Schluß?

Mit einem Bußgeld von 50000 DM will die Oberfinanzdirektion Kiel das Verfahren gegen HDW und das „Ingenieur-Kontor Lübeck“ (IKL) wegen illegaler Lieferung von U-Boot-Konstruktionsplänen an Südafrika einstellen. Die Strafverfahren gegen beteiligte Manager sollen eingestellt werden. Dieser Beschluß der OFD Kiel war im



In der Neujahrsausgabe des „Handelsblatts“ betonte SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau: „Nobelpreisträger Modigliani und Professor Giersch haben für eine koordinierte, wachstumsorientierte Politik in Europa plädiert. Das weist in die richtige Richtung.“ Prof. Giersch, Leiter des Kieler Weltwirtschaftsinstituts, ist einer der bekanntesten Theoretiker der reaktionären „Angebotsstheorie“ der Kapitalisten.

und Vermögen“ umfaßt auch die – in den gewöhnlichen Lohn- und Gehaltszonen unbedeutenden – Zinseinkommen von Lohnabhängigen. Zudem werden hier die Einkommensteigerungen großer Kapitalisten mit denen von Kioskhändlern zusammengeworfen. Zu vermuten ist also, daß der prozentuale Zuwachs der Einkommen der großen Kapitalisten noch sehr viel größer war als die von uns festgestellten +31,9%.

Zweitens: „Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit“ umfaßt die Einkommen aller Lohnabhängigen – vom niedrigstbezahlten Tagelöhner-Tarif bis zu obersten Management-Gehältern. Auch wenn uns keine Angaben

über das Gewicht vorliegen, mit dem die Einkommen in den oberen Lohn- und Gehaltszonen in diesen Zuwachs von real 18 Mrd. DM bzw. 2,1% eingehen, kann man doch vermuten: Tatsächlich sind die realen Einkommen in den oberen Gehaltszonen sehr viel stärker gestiegen, während die realen Bruttolöhne des Großteils der Lohnabhängigen in mittleren und unteren Lohnzonen stagnierten oder sogar deutlich sanken. Für Millionen Lohnabhängige gilt also auch im „fünften Jahr des Aufschwungs“: Reallohn gesunken.

Die Entwicklung der „Masseneinkommen“ bestätigt dies. Unter „Masseneinkommen“ faßt die Bundesbank

zusammen: Nettolöhne und -gehälter plus Renten, Arbeitslosengeld und andere Versicherungszahlungen plus staatliche Sozialzahlungen wie Wohn-geld, Sozialhilfe usw. Wenn diese „Masseneinkommen“ um 18 Mrd. DM real bzw. durchschnittlich für alle Lohn- und Gehaltszonen zusammen um 2,6% gesunken sind, so kann man mit Recht vermuten, daß die verfügbaren Einkommen zahlreicher Lohnabhängiger in den unteren Lohngruppen seit 1980 um 10% bis 20% gesunken sind.

Eine weitere Statistik der Bundesbank bestätigt das. Die Einzelhandelsumsätze lagen 1986 real auf gleicher Höhe wie 1980, bei Textilien, Bekleidung (minus 3 bis 4%) und Einrichtungsgegenständen (minus 7 bis 8%) deutlich niedriger. Viele Lohnabhängige haben also auch 1986 längerfristige Anschaffungen weiter aufschieben müssen, Mäntel, Schuhe und dergleichen werden von vielen länger getragen, abgenutzt, schlechter.

Zusammengefaßt: Der Anstieg im „privaten Verbrauch“ geht fast ausschließlich auf steigende Einkommen der Kapitalisten und der Lohnabhängigen in den höheren und höchsten Einkommenszonen zurück. „Leistung muß sich wieder lohnen“ – noch nie meinten die Reaktionäre damit die physische, körperliche Arbeitsleistung der Lohnabhängigen. Für wen sich deren Leistung dennoch gelohnt hat, zeigen die Bundesbankzahlen: Für die Kapitalisten.

Die starke Senkung der Rohstoffpreise, speziell bei Öl und Gas, die die Imperialisten im vergangenen Jahr erzwingen konnten, hat für viele Lohnabhängige diese Erfahrung ständig sinkender Einkommen vorübergehend verdeckt und so den Reaktionären bei

Finanzministerium bereits seit November bekannt, also bevor Stoltenberg den Fall öffentlich machte. Mit dieser dreisten Verfahrenseinstellung würde Stoltenberg HDW und IKL auch gegen jede weitere Nachforschung schützen. – (rül)

Deutscheuropäische Wahlmobilisierung

Etwa 25000 „Auslandsdeutsche“ werden sich an den Bundestagswahlen beteiligen. Voraussetzung für ihren Eintrag in die Wählerlisten ist, daß sie die BRD-Staatsbürgerschaft haben, nach dem 23.5.1949 mindestens drei Monate in der BRD gelebt haben und jetzt in einem Staat des Europarats wohnen bzw., wenn sie außerhalb Europas leben, nicht länger als zehn Jahre fortgezogen sind. Bei Beschlußfassung war die Bundesregierung davon ausgegangen, daß etwa eine halbe Million „Auslandsdeutsche“ zu mobilisieren seien. Die deutlich auf deutscheuro-

päische Mobilisierung angelegte Kampagne zeigt dennoch Wirkung. Die meisten Auslandswähler kommen aus Österreich, Frankreich, Belgien, den Niederlanden und der Schweiz. Die DDR, wo die Bundesregierung mit 11000 Wahlberechtigten rechnet, hat gegen diese Ausweitung der Bundestagswahlen protestiert und die Anforderung und Beförderung von Wahlunterlagen verboten. Die Schweiz hat die Beförderung von Wahlbriefen ebenfalls abgelehnt, wer dort deutsch wählen wollte, mußte ins Ausland. Immerhin 2760 ließen sich dafür mobilisieren. – (uld)

Handelskrieg USA-EG: EG droht mit Sanktionen

Sollten die USA ihre angekündigten Sonderzölle auf EG-Exporte von Weißweinen, Spirituosen, Käse- und Gemüsesorten von bis zu 200% wahr-machen, so wird die EG ihrerseits die Einfuhr von US-Futtermitteln, insbe-

sondere Maiskleber, sowie von US-Reis drastisch verteuern. Mitte Januar beschloß die EG-Kommission, diese US-Exporte in die EG im Gegenzug zur Inkraftsetzung der angedrohten US-Zölle um bis zu 110 DM je Tonne zu verteuern. 1986 importierte die EG 2,9 Mio. Tonnen US-Futtermittel und ca. 184000 Tonnen Reis. Die EG-Außenminister sollen am 27./28.1. die exakte Höhe des Zusatz-zolls festlegen. Parallel dazu finden in Washington letzte Verhandlungen zwischen den EG-Kommissaren de Clercq und Andriessen und dem US-Unterhändler Yeutter sowie US-Agrarminister Lyng statt. In der bürgerlichen Presse nehmen die Stimmen zu, die einen ernsthaften Konflikt erwarten. Sollte es dennoch zu einer Einigung kommen, so steht schon fest, auf wessen Kosten dies geschehen soll: die Bauern in der EG und in den USA, gegen die der Druck dann verstärkt würde. – (rül)



Offen wie selten vor Wahlen haben Vertreter der Regierungsparteien ihre Pläne für die nächste Legislaturperiode in den letzten Wochen ausgebreitet. FDP-Sprecherin Adam-Schwaetzer beispielsweise kündigte in der „Welt“ am 3.1. ein neues Arbeitszeitgesetz an und erklärte: „Das Nachtarbeitsverbot für Frauen ... sei ein Hemmnis, das abgeschafft werden müsse.“ Das „Handelsblatt“ vom 6.1. propagierte die Anhebung des Rentenalters bis weit über 65 Jahre und frohlockte: „Graue Panther“ sind die Arbeitskraftreserve von morgen.“

ihrer Propaganda für eine imperialistische Volksgemeinschaft bedeutend geholfen. Lange wird dieser Eindruck freilich nicht vorhalten. Einmal, weil die Kapitalisten diese Kostensenkung für die Lohnabhängigenhaushalte schon jetzt zum Argument für weitere Lohnsenkungen machen. Zum zweiten wird die furchtbare Senkung der Rohstoffpreise den Lebensstandard der arbeitenden Klassen in den Staaten der Dritten Welt weiter verschlechtern und deren Verwandlung in Lohnabhängige imperialistischer Monopole zu niedrigsten Löhnen und furchtbarsten Arbeitsbedingungen beschleunigen. Der Zeitpunkt ist absehbar, wo diese Verelendung in der Dritten Welt den Druck der Kapitalisten auf Löhne und Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie, Elektroindustrie, Automobilindustrie usw. auch in den imperialistischen

Staaten neuerlich verstärken wird.

Von sozialdemokratischer Seite wird jetzt versucht, mit der Propaganda vom „Ende des Aufschwungs“ die Regierung zu schwächen bei gleichzeitiger Vermeidung jedweder Kritik an den Kapitalisten und der imperialistischen „Volksgemeinschaft“, die diese mit Hilfe der Regierung schmieden. Das wird nicht gehen. Die Ankündigung der Regierung, bei abflauernder Konjunktur die nächsten Steuererleichterungen für die Kapitalisten und gehobenen Einkommen schon früher in Kraft zu setzen – und die Angriffe auf die Lohnabhängigen in den unteren Lohngruppen dementsprechend zu steigern, was zwangsläufig damit verbunden ist – zeigt das. Auch ausländische Kapitalisten beurteilen die Regierung als stabil und legen vermehrt ihr Kapital in der BRD an. Die Aufwertung der DM ge-

genüber dem französischen Franc, dem Dollar und dem britischen Pfund, verursacht durch eine rasch steigende ausländische Nachfrage nach DM-Aktien und -Wertpapieren, ist dafür nur ein Anzeichen. Ohne ausdrückliche Kritik an der imperialistischen Expansion der BRD und an der imperialistischen Volksgemeinschaft wird die Reaktion nicht zu schlagen sein. Und solange die Gewerkschaften nicht ausdrücklich den Kampf gegen die ständig fortschreitende Ausbreitung von Niedriglohnbereichen zu ihrer wichtigsten Aufgabe machen, wird auch keine Besserung der Lage der Lohnabhängigen eintreten.

Quellenhinweis: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen 1/87; dies., Zahlungsbilanzstatistik 12/86; Handelsblatt, Welt, FAZ, 31.12.86 bis 15.1.87 – (rül)

DIHT will Deutsch-Dänische Handelskammer

Seit der Gründung einer Deutsch-Norwegischen Handelskammer im letzten Jahr fehlt den BRD-Imperialisten lediglich eine gemeinsame Handelskammer mit Dänemark als Instrument, um ihre wirtschaftliche Expansion in die nordischen Staaten weiter voranzutreiben. Handelskammern mit Finnland und Schweden wurden bereits vor einiger Zeit gegründet. Nach vielen vergeblichen Anläufen zur Bildung einer Deutsch-Dänischen Handelskammer über mehr als ein Jahrzehnt hat der DIHT jetzt einen Delegierten nach Kopenhagen geschickt. Die dänischen Kapitalisten haben eine solche Handelskammer bislang abgelehnt, weil sie zurecht argwöhnen, daß eine solche Kammer eher den westdeutschen Exporten nützen würde als ihnen. Die BRD-Imperialisten setzen ihre dänischen Konkurrenten unter

Druck, indem sie auf das dänische Handelsbilanzdefizit gegenüber der BRD verweisen, das von 1,2 Mrd. DM 1983 auf fast vier Mrd. DM 1986 angewachsen ist. Die dänischen Exporte bestehen seit Jahren zu 50% aus Lebensmitteln, Fellen und Öl, während die BRD überwiegend industrielle Erzeugnisse wie Autos und Maschinen liefert. – (sie)

Prognose des IAB: Steigende Ausländerbeschäftigung

Eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) über die Ausländerbeschäftigung in der BRD kommt zu folgendem Ergebnis: Das Angebot von ausländischer Arbeitskraft bleibt reichlich vorhanden und steigt bis zum Jahr 2000. Dabei unterbreitet das IAB den westdeutschen Kapitalisten und dem Innenministerium drei „Wanderungsalternativen“. Variante 1: Trotz einer „Abwanderung“ von fast einer halben Million

ausländischer Arbeitskräfte bis 1988 und einer „Nullwanderung“ bis 1995 steigt das Arbeitskräfteangebot durch die „zweite Generation“ von Ausländern in der BRD und durch die „Zuwanderung“ von 300000 Ausländern ab 1996 aufgrund des wachsenden „Wanderungsdrucks“ in ihren Heimatländern. Variante 2: Bei „Nullwanderung“ nimmt die Anzahl ausländischer Arbeitskräfte um 500000 und in der 3. Variante durch „Zuwanderung“ um insgesamt 1,2-1,3 Mio. zu. – (sie)

Warnke meldet steigende Lieferbindung bei Krediten

Mit Millionenkrediten an Länder der Dritten Welt förderte das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) in den letzten Jahren die Exportexpansion der BRD-Konzerne und die Abhängigkeit dieser Länder. Eine neue Untersuchung der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) gibt darüber Aufschluß: So steigerten die BRD-

Deutschlandpolitik

CDU/CSU/FDP/SPD für „offene deutsche Frage“

Bei den westlichen Verbündeten hat Kohls Gleichsetzung der DDR mit dem faschistischen Nazideutschland keine Empörung ausgelöst. Stattdessen konnte Kohl triumphierend auf einer Pressekonferenz zur Außenpolitik der BRD am 13. Januar mitteilen, er betrachte die geplanten Besuche der britischen Königin, des französischen Präsidenten und des US-Präsidenten in Westberlin in diesem Jahr als Solidaritätsbeweis für die Deutschlandpolitik der Bundesregierung:

„Wir wollen mit diesem Jahrestag unseren Zusammenhalt dokumentieren, im Bewußtsein des gemeinsamen geschichtlichen und kulturellen Erbes, der menschlichen Zusammengehörigkeit und der besonderen Verantwortung aller Deutschen für eine friedliche Zukunft auf unserem Kontinent.“

Auch wenn die Repräsentanten Großbritanniens, Frankreichs und der USA als Vertreter der westlichen Alliierten in Westberlin aus Anlaß der 750-Jahr-Feier auftreten – die Bundesregierung interpretiert ihren Besuch als Zustimmung zur Einbindung Westberlins in die BRD und zum Erhalt Westberlins als Brückenkopf der BRD in der DDR und im Warschauer Pakt.

Der SPD-Kanzlerkandidat Rau hat einen schmutzigen Weg gefunden, so zu tun, als teile er die deutschlandpolitischen Vorhaben der Regierung nicht. In einem Interview mit der „Welt“ erklärte er:

„Ich weiß nicht, ob meine Zukunftsvision für irgendeinen Zeitpunkt noch mit dem Wort Wiedervereinigung richtig umschrieben ist ... Ich denke schon,

daß unsere Politik darauf ausgerichtet sein muß, daß Grenzen ihren trennenden Charakter verlieren. Die deutsche Geschichte führt dazu, daß wir eine Schicksalsgemeinschaft und eine Gefühlsgemeinschaft sind. Das darf nicht vergehen ... Nur wer glaubt, das gehe über die Staatsauflösung des einen Staates und die deutsche Frage sei in diesem Sinne offen, der irrt. Sie ist offen im Blick auf eine europäische Friedensordnung, in der wir anders miteinander leben.“

Was heißt das anderes, als die „deutsche Frage“ europäisch zu lösen, eine Forderung, die sowohl von CDU/CSU wie von der FDP seit langem erhoben wird? Die staatstragenden Parteien sind sich einig, daß der Aufbau eines europäischen Bündnisstaates mit Richtung auf Expansion nach Osten und Einverleibung Osteuropas geschehen soll.

Dem hat die politische Opposition in der BRD im Bundestagswahlkampf wenig entgegengesetzt. Die Grünen, obgleich sie die Forderung nach Anerkennung der DDR programmatisch beschlossen haben, kritisierten Kohls Äußerung als Wahlwerbung unter den Faschisten. Die Friedensliste äußerte sich ähnlich. Nur auf wenigen Wahlveranstaltungen der staatstragenden Parteien wurde die Forderung nach Anerkennung der DDR erhoben.

In der westdeutschen Öffentlichkeit konnte derweil eine Debatte entfacht werden, daß Konzentrationslager sowieso keine Besonderheit der Faschisten gewesen seien – auch die Briten im Burenkrieg, Lenin, Stalin und die heutigen osteuropäischen Staaten hätten welche – mit der Zielrichtung, festzuhalten, daß die Verhältnisse in den osteuropäischen Staaten allemal schlimmer seien als im Nazideutschland. „Die Welt“ und „Bild“ verbreiteten Berichte von BRD-Spionen, die in

der DDR verurteilt waren, über die angeblich schrecklichen Verhältnisse in den Gefängnissen der DDR, denen die wahrscheinliche Quelle – die „Zentrale Erfassungsstelle für DDR-Verbrechen“ in Salzgitter – deutlich anzumerken war.

Das Außenministerium der DDR hat gegen die Äußerung Kohls bei der Bundesregierung protestiert. Die Regierung hat diesen Protest mit dem Hinweis beseitigt, an der Gesprächsbereitschaft der Bundesregierung mit der DDR ändere sich nichts. Der BRD-Vertreter in der DDR berichtet laut „FAZ“, es sei keine Mißstimmung entstanden. Solange die DDR für ihre Forderungen – völkerrechtliche Anerkennung inklusive der Staatsbürgerschaft, Anerkennung der Vertretungen als Botschaften, Abschaffung der „Zentralen Erfassungsstelle“ – in der BRD nur wenig Unterstützung findet, kann sie sich gegenüber der aggressiven Hetze in der BRD kaum anders verhalten.

Quellenhinweis: Bulletin der Bundesregierung, 16.1.; Welt, 10.1. – (uld)

Öffentlicher Dienst

Tarifforderung ohne Strukturkomponente

Die Große Tarifkommission (GTK) der Gewerkschaft ÖTV hat den vom Hauptvorstand angestrebten Kurswechsel in der Einkommenspolitik mehrheitlich gebilligt. Bei nur 16 Gegenstimmen sprach sich die GTK ausdrücklich dafür aus, keine besondere Anhebung der Niedrigeinkommen zu verlangen. Die Forderung lautet schlicht: Erhöhung der Einkommen um 6%.

Konzerne ihren Anteil an den Lieferungen an die Länder der Dritten Welt, die von der KfW aus BMZ-Geldern finanziert wurden, von 75% im Jahre 1984 auf 83% nur ein Jahr später. Die KfW vergab 1985 für insgesamt 2,7 Mrd. DM Kredite an Länder der Dritten Welt, 0,5 Mrd. flossen gleich als Zinszahlungen zurück und für 1,8 Mrd. DM wurden Lieferungen der BRD-Konzerne finanziert. Nur vier Prozent der Kredite gingen an Lieferungen aus Unternehmen in den Ländern der Dritten Welt selbst. Den größten Anteil der liefergebundenen Kredite strichen die Konzerne in der Maschinenbaubranche mit 31% vor der Elektrotechnik mit 21% und dem Baugewerbe mit 16% für ihre Exporte ein. 90% aller Exporte beim Fahrzeugbau, den Ingenieur- und Architekturbüros und der Elektrotechnik in die dritte Welt wurden 1985 durch Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau finanziert. – (sie)



„In noch nie dagewesenem Umfang“, so meldet Zimmermann, sind 1986 Einheiten des Bundesgrenzschutzes gegen Demonstrationen eingesetzt worden. Die Zahl der Einsätze stieg von 18 (1985) auf 70 (1986), die Zahl der eingesetzten BGSler von 4700 auf 22500. Der BGS entwickelt sich so immer mehr zu einer ständig eingesetzten Bundespolizei. Eine neue Anhebung seiner Personalstärke um 2000 Mann auf 22000 Mann soll diese Entwicklung verstärken. Bild: BGS-Einsatz 1980 gegen Brockdorf-Demonstranten. – (rül)

Ausgangspunkt dieser Forderung sind auch tatsächlich nicht die Einkommen der unteren Lohngruppen und die Bezüge der Beamten im einfachen Dienst, die sich in der Nähe des Sozialhilfesatzes bewegen, sondern ist das Wohlergehen der „Wirtschaft“. So begründete die ÖTV-Vorsitzende Dr. Wulf-Mathies die Forderung so: Um ein Absacken der Binnenkonjunktur zu verhindern, sei ein Impuls für die Wirtschaft durch eine Verbesserung der Einkommen dringend geboten.

Wessen Interessen bei diesem „Impuls für die Wirtschaft“ auf der Strecke bleiben, zeigt exemplarisch eine Untersuchung über die Arbeiter im hessischen Landesdienst. Demnach befinden sich 28,64% der Arbeiter in der untersten Lohngruppe, in den unteren Lohngruppen insgesamt befinden sich 15,48% der Arbeiter und 94,36% der Arbeiterinnen. Über 71% der Arbeiter in der untersten Lohngruppe sind Teilzeitbeschäftigte. Der ÖTV-Hauptvorstand behauptet, die Situation der Frauen und Teilzeitbeschäftigten sei nicht durch eine soziale Komponente, sondern nur durch gesonderte Bewertung des Problems und durch besondere Maßnahmen zu verbessern. So unbestritten die Notwendigkeit besonderer Maßnahmen ist, so unbestreitbar ist aber auch, daß sich an den elenden Hungerlöhnen nichts ändern wird, wenn die Interessen der unteren Lohngruppen nicht im Mittelpunkt der großen Tarifbewegungen stehen.

Bundesinnenminister Zimmermann hat auf der beamtenpolitischen Arbeitstagung des Deutschen Beamtenbundes zugesichert, daß er Forderungen nach sozialen Komponenten und Strukturverbesserungen positiv gegenüberstehe. Alle bisherigen „sozialen Komponenten“ und „Strukturverbesserungen“ aus dem Hause Zimmermann förderten die gutsituierte, kinderreiche Beamtenfamilie. Der Verzicht der ÖTV auf eine besondere Anhebung der Niedrigeinkommen erhöht Zimmermanns Reserven für eine derartige Förderungspolitik. Es zeichnet sich bereits ab, daß das, was Zimmermann den unteren Einkommensgruppen vorenthalten kann, für die Revidierung der Absenkung der Eingangsbesoldung und Anfangsvergütung im gehobenen und höheren Dienst verwandt werden soll. Was als sogenannter „Solidarbeitrag der Besserverdienenden“ begann, soll als Kürzung der niedrigsten Realeinkommen enden.

Es ist wahrscheinlich, daß in dieser Tarifaueinandersetzung die Frage von Strukturveränderungen noch nicht vom Tisch ist. Zimmermanns Absicht ist, das Einkommensgefüge im öffentlichen Dienst zugunsten der Dienstaufsicht zu verändern. Dieser Absicht kann die ÖTV nur begegnen durch eine besondere und kinderunabhängige Anhebung der niedrigsten Einkommen. – (kar)

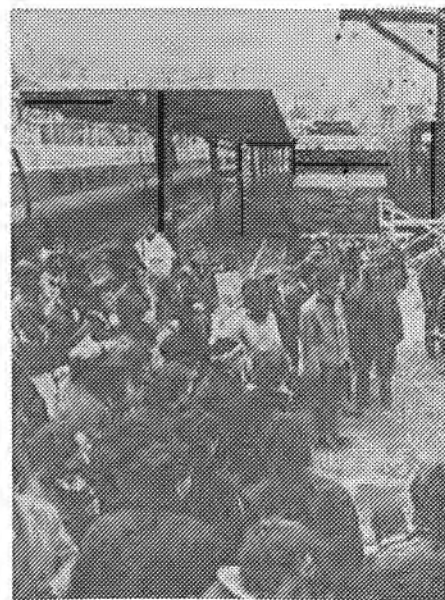
Französischer Eisenbahnerstreik

Regierung nimmt neue Lohnskala zurück, verhindert aber kräftige Lohnerhöhung

Die seit vier Wochen streikenden Beschäftigten der staatlichen Eisenbahn SNCF haben am 16.1.87 weitgehend die Arbeit wieder aufgenommen. Die Regierung mußte die neue Lohnskala zurücknehmen. Dadurch ist ihr weitgestecktes Ziel, über die Senkung und Flexibilisierung der Löhne der Eisenbahner einen Generalangriff auf den gesamten öffentlichen Dienst zu starten, vorläufig ins Stocken geraten. Nicht erfolgreich waren die streikenden Eisenbahner in der Durchsetzung ihrer Lohnforderung. Sie konnten die Lohnsenkungen der vergangenen Jahren nicht wettmachen und auch die Lohnleitlinie der Regierung von Lohnerhöhungen bis zwei Prozent für 1987 nicht durchbrechen.

Der Streik der Eisenbahner begann am 17.12., als Schalterangestellte des Lyoner Bahnhofs in Paris aus Protest gegen die Streichung einer monatlichen Prämie in Höhe von umgerechnet 60 DM für die Arbeit an Reservie-

besondere der niedrigen, durchzusetzen. Auf Versammlungen lehnten die Eisenbahner weitgehend einhellig die neue Lohnskala ab, mußten doch auch die „besser Verdienenden“ – wie die Regierung z.B. die Lokführer beschimpfte – Lohneinbußen befürchten. Sie gründeten Streikkomitees, in denen Mitglieder der kommunistischen CGT, der sozialdemokratischen CFDT und der FO, der Lokführergewerkschaft FGAAC, kleinerer Gewerkschaften sowie gewerkschaftlich nicht Organisierte sich zusammenschlossen. 75% der Eisenbahner sind in der CGT, CFDT und der FGAAC organisiert. In den Belegschaftsvertretungen stellt die CGT die Mehrheit. Innerhalb weniger Tage hatte sich der Streik auf alle 94 Eisenbahndepots ausgedehnt, mit dem fahrenden Personal als Zentrum. Die Regierung wurde von dem Eisenbahnaustritt überrascht. In den ersten Tagen kam fast der gesamte Güter- und Personenverkehr zum Erliegen.



Die französischen Eisenbahner blockierten vier Wochen lang Bahnhöfe, Eisenbahndepots, Stellwerke und Gleisanlagen.

rungscomputern die Arbeit niederlegten. Am 18.12. kündigte die SNCF-Geschäftsleitung an, eine neue Lohnskala einzuführen. Danach sollten die bisherigen zehn Lohngruppen mit ihren jeweils vier Stufen aufgehoben und durch ein neues Gehaltsgefüge aus acht Lohngruppen mit jeweils acht Stufen ersetzt werden. Dadurch und durch die weitgehende Ablösung der Dienstaltersstufen und ihre Ersetzung durch „leistungsbezogene Beförderung“ beabsichtigte die SNCF, die Konkurrenz unter den Eisenbahnern anzuheizen und eine Senkung der Löhne, ins-

Neben der Rücknahme der neuen Lohnskala stellten die Streikkomitees und einige Gewerkschaften weitere Forderungen auf: Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Lohnerhöhungen von 700 FF (ca. 230 DM), d.h. 14 Prozent auf den SNCF-Durchschnittslohn von ca. 5000 FF (ca. 1700 DM). Mit dieser kräftigen Lohnforderung wollten die Eisenbahner die Reallohneinbußen von acht Prozent seit 1983 ausgleichen und gegen die Lohnsenkungsabsichten der Regierung für 1987 angehen. Selbst die Löhne der Lokführer z.B. liegen mit allen Zula-

Reaktionäre BRD-Presse zum Eisenbahnerstreik

Chirac zu nachgiebig: „In der Silvesternacht, unter Druck, doch noch der Hauptforderung nachzugeben, die neue Lohnskala bedingungslos zurückzunehmen, das wirft die Frage auf: Wieso vierzehn Tage lang den Ausstand reifen lassen, Härte zeigen, um dann die SNCF-Direktion schließlich kapitulieren zu lassen? Was nach Kompromiß aussieht, ist in Wahrheit ein erneutes Eingeständnis von Schwäche. ... Die Regierung Chirac wurde nicht nur ihres Glanzes entkleidet, sie soll nun auch noch ihr letztes Hemd hergeben. Frankreichs innere Verfassung steht wieder einmal im Gegensatz zu seinem internationalen Geltungsdrang.“ (Welt, 02.01.87)

Umleitung des Verkehrs: „Im Süden Frankreichs ruht der gesamte Schienenverkehr ... Die belgischen Staatsbahnen haben deshalb beschlossen, ihren Personen- und Frachtverkehr in den Süden um Frankreich herum durch die Bundesrepublik zu leiten.“ (Welt, 03./04.01.87) „Die Straßen-transportunternehmer seien rund um die Uhr im Einsatz und erhielten, wenn notwendig, Ausnahmegenehmigungen vom Fahrverbot, betonte der BDF (Bundesverband des Deutschen Güterfernverkehrs) ... Der Streik führte hier zu Sonderschichten, zusätzliche Lkw wurden eingesetzt und Fahrverbote aufgehoben, die Lkw durften rund um die Uhr fahren. Die streikenden Eisenbahner haben dem Lkw-Gewerbe einen guten Start ins neue Jahr beschert.“ (Deutsche Verkehrs-Zeitung, 08.01.87)

Künftige Spaltungslinien: „Streik ver-

ändert Verkehrsstruktur ... (es) seien dann Verlagerungen von der Schiene auf die Straße und auf das Wasser zu erwarten, die sich auch im Falle einer Beendigung des Streiks nicht ohne weiteres wieder umkehren würden. Dies wirke sich auch negativ auf die Deutsche Bundesbahn aus.“ (DVZ, 08.01.87)

Chirac soll handeln: „Wie so oft in der Vergangenheit, geht die Unsicherheit auch diesmal vom französischen Franc aus. Dessen Notiz ist in den vergangenen Tagen durch den Streik der Eisenbahner verstärkt unter Druck geraten.“ (Handelsblatt, 06.01.87) „Franc-Abwertungen allein, heißt es in Paris, reichen nicht mehr aus, die Folgen politisierter Arbeitskämpfe zu überwinden. Notwendig sei vielmehr das Ende solcher chaotischer Streiksitten.“

Das Streikrecht muß weg: „Bleibt die grundsätzliche Frage, ob nicht auch in Frankreich das Streikrecht im öffentlichen Dienst und bei den staatlichen Versorgungsunternehmen begrenzt werden muß, solange dort keine Entlassungen erlaubt sind.“ (Welt, 12.01.87)

Jubel über reaktionäre Mobilisierung: „Franzosen beantworten Streik mit ‚Gegen-Demonstrationen‘ und ‚Bürger besiegen den Streik‘“ (Welt, 12.01.86): „Der populären Bewegung gegen den ‚Streikmißbrauch der Privilegierten im öffentlichen Dienst‘ schließen sich immer mehr Handwerker und Gewerbetreibende an. Prügeleien mit Streikenden häufen sich ... Das anfängliche Verständnis der Öffentlichkeit für die Aktionen der Streikenden nutzt sich allmählich ab. Immer öfter und hörbarer erschallt der Ruf: ‚An die Arbeit!‘“ (FAZ, 12.01.87)

„Gegen Gruppenegoismus“ Modell für



„Gegen Gruppenegoismus: Demonstranten verbrennen ein Bild des kommunistischen Gewerkschaftsführers Krasucki.“ (Welt, 12.01.86)

die BRD: „Darüber hinaus hat die Bürgerrevolte eine über die Landesgrenzen greifende, in ihrer Wichtigkeit gar nicht zu unterschätzende Bedeutung: sie hat bewiesen, daß die Demokratie sich durchaus gegen den Gruppenegoismus einzelner Schaltstelleninhaber, diesen Alptraum aller Demokraten, zur Wehr setzen kann.“ (Die Welt, 12.01.87) „Die ‚schweigende Mehrheit‘ meldet sich zu Wort, und die Politiker tun gut daran, die wachsende Empörung über die Sabotage des öffentlichen Dienstes in geordnete Bahnen zu lenken. Die Bürger haben genug davon, von den Staatsbediensteten wie hilflose Geiseln behandelt zu werden. Und sie wollen es zeigen. Nie zuvor hat die Bevölkerung so entschlossen gegen die Brutalität und die Schäden eines Streiks aufgebeht. Das ist etwas Neues.“ (FAZ, 14.01.87)

gen umgerechnet bei nur 2300 bis 2700 DM. Die Arbeitsbedingungen gerade des fahrenden Personals sind miserabel: unregelmäßige Arbeitszeiten mit nicht mehr als 14 bis 18 freien Sonntagen im Jahr. Die auswärtigen Unterkünfte sind eine Zumutung, Kantinen existieren nicht und die SNCF zahlt keine Essenszuschüsse.

Nach wenigen Tagen setzte die Regierung ihre berüchtigte Polizeitruppe, die CRS, ein, ließ Stellwerke, Bahnhöfe, Gleisanlagen usw. besetzen. Abteilungsleiter und Streikbrecher wurden in die Fahrerkanzeln der Züge gesetzt. Der Streik ließ sich dennoch nicht brechen.

Innerhalb der sieben Gewerkschaften umfassenden Streikkomitees machten sich Differenzen über die Streikziele, insbesondere in der Frage der Lohnerhöhung, bereits Ende des Jahres bemerkbar. Die FO verhandelte mit Chirac. Als die SNCF die verhaßte Lohnskala zurückzog, rief die FGAAC auf, den Streik zu beenden. Immer mehr

Eisenbahner-Versammlungen beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die CGT versuchte, andere Bereiche des öffentlichen Dienstes in den Streik einzubeziehen. Die Seehafenarbeiter, Seeleute, die Beschäftigten der Pariser Metro und Busunternehmen, der Elektrizitätswerke schlossen sich mit Solidaritätsstreiks und z.T. mit eigenen Lohnstreiks an. In Industriebetrieben und auf Straßen wurden Sammlungen für die Eisenbahner durchgeführt – die französischen Gewerkschaften zahlen keine Streikgelder aus. In Paris demonstrierten über 40000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, unterstützt von Abordnungen aus Industriegewerkschaften, gegen die Politik der Regierung. Anfang des Jahres legte die SNCF ein Lohnangebot vor, Lohnerhöhungen von 1,0 Prozent zum 1. Juni und 0,7 Prozent im Herbst sowie eine Einmalzahlung von 200 bis 300 FF. Nur die CGT lehnte dies als ungenügend ab. FO und CFTD schlossen bei den Gas- und Elektrizitätswerken mit

2,1 Prozent Lohnerhöhung ab. Für den 25. Januar will die CGT die Kräfte im öffentlichen Dienst für eine zentrale Manifestation gegen Sozialabbau, gegen Verschlechterungen im Gesundheitswesen usw. zusammenfassen. Die CGT will im Februar/März zu weiteren Aktionen und Streiks im öffentlichen Dienst aufrufen.

Die Regierung ist massiv gegen die Streiks zu Felde gezogen. Mit Propaganda ‚für nationale französische Interessen‘, ‚die ausländische Exportwirtschaft streikt nicht‘, ‚Gesundung unserer Wirtschaft‘ gelang es den Regierungsparteien zusammen mit den Faschisten der ‚Front National‘ von Le Pen, Gegendemonstrationen von einigen Zehntausend Menschen, darunter viele kleine Gewerbetreibende, zu organisieren. Faschistische Angriffe auf Streikposten häuften sich.

Quellenhinweis: L'Humanité, 24.12.86, 27.12.86, 5.1.87, 10.1.87; UZ, 22.12.86-16.1.87; Le Monde, 16.1.87; FR, 6.1.87, 9.1.87 – (sie)

Krankenversicherung

Beitragserhöhungen! – die Kapitalisten müssen die Kosten tragen

In Bayern wird für 1987 damit gerechnet, daß „22 von 39 Ortskrankenkassen ihre Beiträge erhöhen müssen. 13% als Beitrag zur Krankenversicherung, vor nicht allzu langer Zeit noch eine Drohung, sind Realität geworden. Eine große bayerische AOK erhöht auf 12,9%“. (1) Dementsprechend hat „für die gesetzliche Krankenversicherung die Bundesregierung nach einem Wahlsieg eine 'Strukturreform' angekündigt... um den Ausgabenanstieg in den Griff zu bekommen“. (ebd.) Das entspricht den Forderungen der westdeutschen Kapitalistenverbände, die gegenwärtig fast täglich in den Zeitungen die „Senkung der Lohnnebenkosten“ verlangen, also weniger Ausgaben für Versicherungsleistungen (sogenannter Arbeitgeberanteil), um den Konkurrenzvorteil der BRD weltweit auszubauen.

Anwendung der Paragraphen 343 und 384 der RVO

Wir schlagen vor, die Paragraphen 343 und 384 der Reichsversicherungsordnung (RVO) zur Anwendung zu bringen. Demnach ist „der Vorstand (der Krankenkasse, d. V.) verpflichtet, den Gewerbeaufsichtsbeamten auf Verlangen Auskunft über Zahl und Art der Erkrankungen zu erteilen“. (2) Die Gewerbeaufsicht könnte sich so Aufschluß verschaffen über Art und Häufigkeit bestimmter Krankheiten u.a. in bestimmten Betrieben. Sie könnten dann – unter Berufung auf Paragraf 3 Abs. 3 c des Arbeitssicherheitsgesetzes – auch zusammen mit den Betriebsärzten (2) nach „arbeitsbedingten Erkrankungen“ forschen. Diese wären (Paragraf 9 Arbeitssicherheitsgesetz) dem Betriebsrat mitzuteilen. Gleichzeitig sind dem Arbeitgeber nach Paragraf 1 Arbeitssicherheitsgesetz entsprechende Auflagen zu erteilen, Krankheitsursachen zu beseitigen.

Sollte der Arbeitgeber diesen Auflagen nicht nachkommen, dann könnte der Betriebsrat über seine Gewerkschaftsvertreter im Vorstand der Ortskrankenkasse verlangen, daß für diesen Betrieb eine Erhöhung der Arbeitgeberanteile gefordert wird: „Die Satzung kann die Höhe der Beiträge nach den Erwerbszweigen und Berufsarten der Versicherten abstimmen und eine höhere Bemessung der Beitragsteile des Arbeitgebers für einzelne Betriebe zulassen, soweit die Erkrankungsgefahr erheblich höher ist“ (Paragraf 384, RVO, S. 2). Für Bayern – darauf beziehen

sich alle weiteren Zahlen (3), sofern nicht anders gekennzeichnet – sind uns derartige Vorgänge – daß der Kapitalist höhere Beiträge bezahlen muß – nicht bekannt. Kern der Auseinandersetzung ist der Begriff der „arbeitsbedingten Erkrankung“ (s. dazu 4 a und 4 b) und die Tatsache, daß es ausschließlich vom politischen Kräfteverhältnis und vom wissenschaftlichen Nachweis abhängt, ob ein Kapitalist wegen gesundheitlicher Ruinierung der Belegschaft zur Kasse gebeten werden kann oder nicht. Die RVO sieht diese Möglichkeit vor.

Wer bezahlt die Folgen ruinöser Arbeit?

Zur Erläuterung ein praktisches Beispiel. Ein ausländischer Arbeiter, 39 Jahre alt, arbeitet seit über zehn Jahren in einer Gießerei, insgesamt ist er über 15 Jahre in der BRD und hat vorher verschiedene Arbeiten ausgeführt. Seit etwa vier Jahren leidet er regelmäßig an Entzündung der Atemwege (Bronchitis), es kommt immer wieder zu Arbeitsunfähigkeit. 1984 beobachten Hausarzt und Lungenarzt den ersten asthmaähnlichen Zustand. Dabei verkrampfen sich die entzündeten Atemwege, es kommt zu schwerer Atemnot. Der Patient beobachtet, daß diese Zustände immer häufiger bei der Arbeit auftreten. 1985 bescheinigt der Lungenarzt, daß er „am Arbeitsplatz unbedingt Temperaturwechsel vermeiden“ soll, „außerdem sollte der Arbeitsplatz staubarm sein und eine Erkältungsgefahr durch Zugluft unbedingt vermieden werden“. Dem Arbeiter wird gekündigt, das Arbeitsgericht verurteilt den Kapitalisten zur Wiedereinstellung. Diesmal wird er an die Metallsäge gestellt, wesentliche Forderungen des Lungenarztes sind nicht erfüllt. Er erkrankt prompt wieder, der Arbeitgeber erklärt, einen anderen Arbeitsplatz habe er nicht. Dies ist zwar gelogen, läßt sich aber nicht ohne weiteres beweisen. Seit Mitte 1986 ist er für die zuletzt ausgeübte Krankheit arbeitsunfähig, längst muß die Kasse Krankengeld zahlen, der Kapitalist ist aus dem Schneider und wartet, bis der Arbeiter aufsteckt.

Die Atemwegserkrankung, wie immer sie entstanden ist, wird zu einer chronischen Erkrankung, die durch die Arbeitsbedingungen in Astma übergeht und sich bei Fortsetzung der Arbeit bis zur vorzeitigen Erwerbsunfähigkeit verschlechtert. Für solche arbeitsbeding-

ten, chronischen Erkrankungen müssen die Krankenkassen – nach Schätzungen (4 b) – bis zu 40 Prozent der geleisteten Krankengeldzahlungen aufbringen.

Die Kapitalisten sollen die Kosten bezahlen

Es ist davon auszugehen, daß gerade in den Ortskrankenkassen sich solche arbeitsbedingten Krankheiten konzentrieren. BMW München, Südbremse, Wackerwerke sind alle z.B. bei der AOK München. Pro Mitglied betrug die Grundlohnsumme im AOK Landesverband 1983 im Durchschnitt DM 2171 und ist bis 1986 nur um 7,32 Prozent auf DM 2330 gestiegen. 1983 – andere Zahlen liegen noch nicht vor – hat die AOK 53,6 Prozent aller Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung in Bayern verzeichnet, die Ersatzkassen dagegen 28,7 Prozent. Untersucht man die Mitgliederstruktur nach dem Anteil der „freiwillig Versicherten“, also denen die oberhalb der Pflichtversicherungsgrenze liegen (Ende 1985 bei 4050 DM) und in der Kasse bleiben, dann finden wir im AOK Landesverband 30,5, während bei den Ersatzkassen 57,6 Prozent freiwillig versichert sind (s. auch 5).

Diese Zusammenhänge müssen weiter untersucht werden. Schon jetzt ergeben sich aber Hinweise, daß im AOK Landesverband Bayern eine erhebliche Konzentration von Versicherten der mittleren und unteren Lohngruppen zu finden ist. Damit konzentrieren sich auch jene Versicherten in den Ortskrankenkassen Bayerns, die auf Grund ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen mit frühzeitiger Ruinierung ihrer Gesundheit zu rechnen haben. Daß die Kapitalisten dann wenigstens dafür zahlen, wäre eine gewerkschaftliche Aufgabe mit dem Ziel, solche Arbeitsbedingungen zu beseitigen. Ohne solchen Kampf kann der Versuch der Bundesregierung, nach den Wahlen „den Ausgabenanstieg in den Griff zu bekommen“ (1), nur zum Würgegriff an den Versicherten bis hin zur Erdrückung werden.

Quellen: 1) Bayerisches Ärzteblatt, Nr. 1/87; 2) Alle zitierten Paragraphen aus Beck-Texte im dtv, RVO, 12. Auflage 1986, Arbeitsgesetze, 34. Auflage von 1987; 3) Die Ortskrankenkassen in Bayern, Statistischer Bericht 1979–1983 und 1986; 4 a) Berufsarbeit und Krankheit, Campus Verlag, Frankfurt 1985; 4 b) Vorbeugen statt Krankschreiben, VSA-Verlag Hamburg, 1986 5) Bekannt ist auch, daß z.B. bei der AOK München viele kleine „Selbständige“ (Taxifahrer, Gemüsehändler u.a.) versichert sind. Sie werden ebenfalls als „Freiwillige“ erfaßt. – (jüt, wos)

Unfallverhütungsbericht 1985: Nur die Spitze des Eisbergs

Die Gesundheitsgefährdung der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz nehme stetig ab, denn immer mehr gefährliche Arbeitsplätze würden durch den Einsatz von Industrierobotern beseitigt. Der Mensch als Anhängsel der Maschine gehöre bald der Vergangenheit an.

So oder ähnlich pflegt der jährliche „Unfallverhütungsbericht der Bundesregierung“ aus dem Hause Blüm kommentiert zu werden, und der Minister fügt auch noch ein dickes Lob für den deutschen Arbeiter hinzu: dessen gestiegenes Sicherheitsbewußtsein sei für die gesunkenen Unfallzahlen mitverantwortlich (was im Umkehrschluß heißen soll: wer jetzt noch einen Unfall hat, war nicht genügend „sicherheitsbewußt“). (1)

Auf den ersten Blick scheint der Minister recht zu haben. Bezogen auf die Arbeitsstunden haben 1985 die Unfallzahlen erneut abgenommen: Ereignete sich 1983 im Durchschnitt alle 22915 Arbeitsstunden ein Unfall, so zwei Jahre später nur noch alle 23654 Stunden (–3,1%). Vor allem hat das Sinken der Unfallzahlen in den Betrieben eine *langfristige* Tendenz: 1961 wurden noch 118 Arbeitsunfälle auf 1000 Erwerbstätige registriert, 1985 waren es nur mehr 60. Im Gegensatz zu den Unfällen haben die angezeigten Berufskrankheiten zwar zugenommen, aber auf einem angesichts der über 25 Mio. Erwerbstätigen sehr niedrigen Niveau: von 1983 35354 Krankheiten auf 1985 37457.

Wie ist der Trend abnehmender Unfälle zu erklären? Einen gewissen Einfluß hat die Verschiebung in der Beschäftigtenstruktur: die Zahl der Lohnabhängigen in besonders unfallintensiven Branchen (Bau, Bergbau, Metall) nimmt ab, in Bereichen mit wesentlich geringerer Unfallhäufigkeit (Gesundheitsdienst, Handel) steigt sie. Folge: Rückgang der durchschnittlichen Unfallzahlen (1).

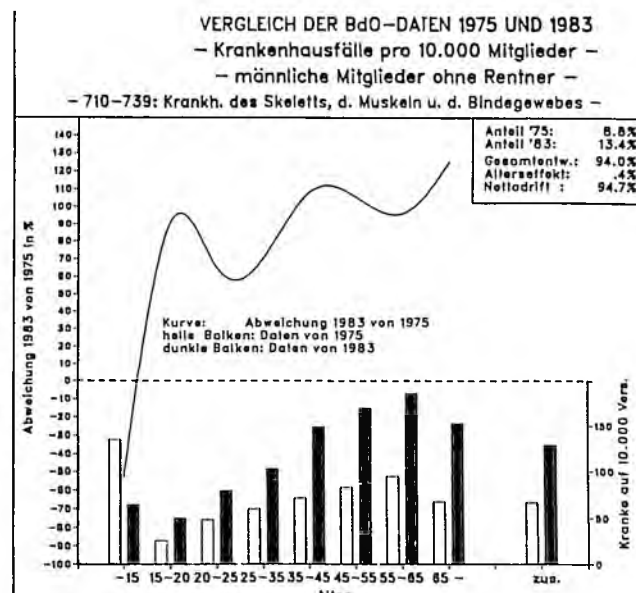
Vor allem aber: die Beiträge zur Unfallversicherung werden – im Gegensatz zu den anderen Sozialversicherungen – von den Kapitalisten allein bezahlt, und zwar gestaffelt nach der Unfallhäufigkeit im Betrieb (§725 RVO). Das beflügelt die Ethik der Kapitalisten und läßt sie für Beseitigung von Unfallsachen dann sorgen, wenn die dadurch entstehenden Mehrkosten geringer sind als die einzusparenden Versicherungsbeiträge. Wie relativ dieser Anreiz ist, zeigt ein Blick auf die Unterschiede zwischen den verschiedenen Berufsgenossenschaften: In der BG für Gesundheitsdienst entfielen 1985 11 angezeigte Arbeitsunfälle auf 1 Mio. Arbeitsstunden, in der BG Tiefbau waren es 87. Würden in allen Branchen gleichgeringe Unfallzahlen wie im Gesundheitsdienst herrschen, könnten die Arbeitsunfälle um ⅔ reduziert werden.

Trotzdem unterscheidet sich die Entwicklungstendenz bei den Unfällen grundlegend von der bei den arbeitsbedingten Erkrankungen, bei denen die Kapitalisten eine Kostenübernahme bislang verhindern konnten. Denn was gegenwärtig als Berufskrankheit nachgewiesen wird, macht nur einen verschwindenden Prozentsatz der durch die Arbeitsbedingungen verursachten Erkrankungen aus. Im Gesetz werden nur solche Krankheiten als Berufskrankheiten anerkannt, „die die Bundesregierung durch Rechtsverordnung“ als solche bezeichnet und „die nach den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft durch besondere Einwirkungen verursacht sind, denen bestimmte Personengruppen durch ihre Arbeit in erheblich höherem Grade als die übrige Bevölkerung ausgesetzt sind“ (§551 RVO). Das heißt: Nur für Krankheiten in dieser offiziellen Liste kann ein Lohnabhängiger Antrag auf Anerkennung als Berufskrankheit stellen, und auch dann muß in jedem Einzelfall durch ein medizinisches Gutachten einwandfrei nachgewiesen werden, daß die Erkrankung tatsächlich durch die jeweiligen Arbeitsbedingungen und nicht durch

„Selbstverschulden“ verursacht wurde. Legitimation ist die Zahl dumm dreister Behauptungen, die Zweifel an der Arbeitsbedingtheit von Krankheiten vorspiegeln sollen, um so ihre Anerkennung mangels „eindeutiger Beweise“ zu verhindern (so wenn die Bundesregierung die zunehmende Zahl von Nickelallergien auf „den frühe(n) und intensive(n) Hautkontakt mit Nickel (Ohrstecker, Modeschmuck, Jeansknöpfe)“ zurückzuführen vorgibt). Entsprechend viele Anträge auf Anerkennung von Berufskrankheiten, rd. 90%, werden abgewiesen.

Ausdrücklich ausgeschlossen von jeglicher Entschädigung oder auch nur Erfassung sind damit Krankheiten, bei denen „nur“ ein statistischer Zusammenhang zur Arbeit gesichert ist: Selbst wenn eine Krankheit wie Lungenkrebs in bestimmten Berufen zehnmal so häufig ist wie in anderen – wie will man *im Einzelfall* nachweisen, daß es nicht vielleicht doch an der allgemeinen Luftverschmutzung oder am Rauchen lag? So hat der Bundesverband der Betriebskrankenkassen 1979/81 eine Untersuchung zu „Krankheit und arbeitsbedingten Belastungen“ durchgeführt – in expliziter Ablehnung des herrschenden Berufskrankheits-Begriffs: „Wir verstehen unter arbeitsbedingten Erkrankungen solche Krankheiten, die unter Angehörigen bestimmter Arbeitnehmergruppen besonders regelmäßig und häufiger als unter der übrigen Bevölkerung auftreten.“ (3) Mit diesem methodischen Ansatz wurde bewiesen, daß z.B. die Erkrankungen der Wirbelsäule sehr stark berufsabhängig sind: Bei den Druckern gibt es 1,7 Krankenhaufälle pro 1000 Versicherte wegen solcher Krankheiten – dagegen bei den Lagerarbeitern 5,2 und bei den Metall-Hilfsarbeitern 9,4 Fälle. Und diese besonders langwierigen und teuren Krankheiten nehmen explosionsartig zu: Die Statistiken des Bundesverbands der Ortskrankenkassen zeigen einen Anstieg der „Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes“, (zu denen v.a. als besonders berufsabhängige Leiden das Wirbelsäulensyndrom und Rheuma zählen), in manchen Altersgruppen um mehr als 100% in acht Jahren (vgl. Schaubild). Nur daß die dadurch entstehenden zusätzlichen Kosten zu weit mehr als der Hälfte von den Lohnabhängigen zu tragen sind (von den Schmerzen gar nicht zu reden), der einzelne Kapitalist aufgrund der einheitlichen Beitragssätze kein Interesse an Beseitigung der krankmachenden Faktoren entwickelt und diese Krankheiten in keinem Bericht der Bundesregierung erwähnt werden.

(1) A. Arnold, R. Satzer: „Kaputt und auch noch selber schuld“, rororo 5908; (2) BT-Drs. 10/6690 vom 05.12.86; (3) A. Georg u.a.: „Krankheit und arbeitsbedingte Belastungen“, Essen, 1982



VR China

Studentendemonstrationen: Die Intelligenz meldet ihre Ansprüche an

Angesichts der Welle von Studentendemonstrationen in mehr als 20 chinesischen Städten seit Anfang Dezember vergangenen Jahres haben viele bürgerliche Medien im Westen über die Aussichten einer politischen „Liberalisierung“ in der VR China spekuliert und dabei die Studentenbewegung als Strömung interpretiert, die eine engere Kooperation mit dem Westen und eine politische Öffnung des Landes für den Westen verfocht. Als Belege dieser Interpretation gelten Forderungen nach Einführung eines Mehrparteiensystems, nach Abschaffung der führenden Rolle der KP und nach Aufkündigung der „vier grundlegenden Prinzipien“: Festhalten am sozialistischen Weg, an der demokratischen Diktatur

des Volkes, an der Führung der Kommunistischen Partei und am Marxismus-Leninismus und den Mao Zedong-Ideen. Deng Xiaoping hatte diese Prinzipien im März 1979 angesichts der Bewegung um die – inzwischen verschwundene – „Mauer der Demokratie“ formuliert. Seither gelten sie für die KPCh als Maßstab der Beurteilung ideologischer und politischer Strömungen.

Andererseits bewerten verschiedene revolutionäre Zeitschriften im Westen die Studentendemonstrationen in China als rundum fortschrittlich und erinnern dabei an die Kulturrevolution. Als Belege dafür gelten Parolen und Wandzeitungen gegen den verbreiteten Bürokratismus, die grassierende Korruption

und Bereicherung unter Parteifunktionären, die Tatsache, daß das – seit 1980 verbotene – Mittel der Wandzeitungen wieder genutzt wird, die in vielen Aktionen verbreitete Kritik an der Welle der Preiserhöhungen etc.

Offenbar sind die Verhältnisse komplizierter, als daß die Studentenbewegung entweder einfach als prowestliche, angelsächsische Demokratieideale verschriebene Dissidentenbewegung im großen Maßstab oder als Wetterleuchten eines revolutionären Aufbegehrens gegen den heutigen Kurs der KPCh interpretiert werden kann. Eine wesentliche ideologische Strömung in der Bewegung ist der Patriotismus, die Forderung nach einem starken prosperierenden China. Die Studentendemonstrationen vor einem Jahr in Peking richteten sich direkt gegen den Ausverkauf des Landes an die japanischen Monopole. Auch jetzt findet sich dieser Tenor, der dem westlichen Interesse an China als Absatzmarkt für Waren und Ideologien wider-

Auszüge aus Wandzeitungen aus der Peking-Universität

„... Die Partei ist keine 100% vollkommene Organisation und hat gerade heute viele Mängel ... Bedeutet der Führungsanspruch der Partei, daß wir immer alles tun müssen, was die Partei sagt? Heißt das, daß wir die Partei nicht kritisieren dürfen? Wessen Fehler war die Kulturrevolution? War es der Fehler der Studenten? Waren die Wandzeitungen schuld daran? War es der Fehler des Volkes?“

„... Einige sagen, daß es sogar in den USA nicht die Freiheit gibt, die Staatsflagge oder den Einberufungsbescheid zu verbrennen, und daß die bürgerliche Freiheit deswegen eine scheinbare Freiheit ist. Heißt das, daß wir die Freiheit haben, nicht die Staatsflagge verbrennen zu dürfen? In den USA gibt es die falsche Freiheit, die Kommunistische Partei zu unterstützen oder auch nicht. In unserem Land haben wir die wirkliche Freiheit, die Kommunistische Partei unterstützen zu müssen. Die Pressefreiheit in den USA ist eine falsche Freiheit, aber in unserem Land haben wir die wirkliche Freiheit, keine Pressefreiheit zu haben. Wir haben auch die wirkliche Freiheit, insgeheim unsere Führer kritisieren zu können. Laßt uns das Privileg dieser wahren Freiheit in vollen Zügen genießen!“

„... Die Diktatur einer Partei hat den ganzen Gesetzgebungs-, Justiz-, Verwaltungs-, Militär- und Propagandaapparat und die Außenpolitik des Landes monopolisiert. Das bringt unvermeidlich – wenn auch unbeabsichtigt – Despotismus hervor, unter

dem eine Person aufgrund ihrer Anschauungen ins Gefängnis geworfen werden kann oder mit der Todesstrafe bedroht wird für das Aussprechen abweichender Ansichten – das Ganze ohne einen ordentlichen Prozeß, ein reiner Volksbetrug.

Die willkürliche Entstellung der Wahrheit durch die Propagandaorgane hält die einfachen Leute ständig zum Narren. Das ist unser politisches System, nur wenig besser als feudaler Despotismus, vielleicht sogar brutaler, diktatorischer und terroristischer.

Wenn die umfassende Macht der Partei nicht friedlich und unter legalen Grundlagen kontrolliert und ausbalanciert werden kann, dann ist Demokratie nicht mehr als ein leeres Blatt Papier. Wenn Partei und Regierung nicht voneinander getrennt sind, dann werden sich die nationale Stärke und die Ökonomie extrem langsam entwickeln und wird die Prosperität unseres Landes auf ewig blockiert. Wenn es nicht die Freiheit gibt, zu publizieren, zu berichten und Propaganda zu treiben, sondern nur Lippenbekenntnisse, dann ist das falsche Demokratie, falsche Freiheit...

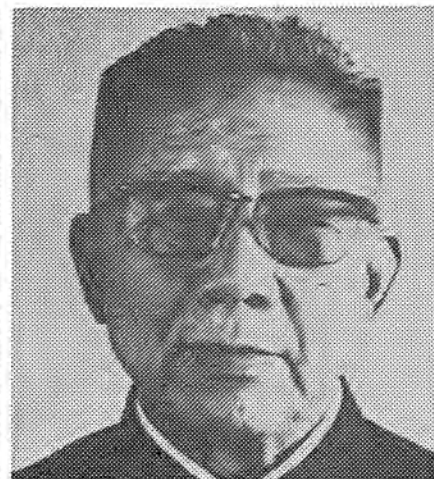
Zehntausend Jahre sind zu lange, nutzt den Tag, die Stunde! Wir können nicht länger warten, wir müssen den Weg der Demokratie gehen ... Studenten, erhebt Euch! Der Kampf für Demokratie ist unsere ruhmreiche Aufgabe ...“

„... Die Reformpolitik steht vor ersten Schwierigkeiten. Nach einer kürzlichen Meinungsumfrage wächst in der Öffentlichkeit die Ablehnung der Reformen, besonders der Preiserhöhungen, täglich ... Die konservative Fraktion in der Partei wird das nutzen, um die Reformfraktion noch mehr unter

Druck zu setzen. Der 13. Parteitag soll 1987 stattfinden, und die Kräfteverhältnisse werden sich in den Personalentscheidungen des Parteitags manifestieren. Wenn die konservativen Kräfte wieder erstarken, dann scheitert das Reformprogramm. In dieser entscheidenden Stunde ist es dringend, die Reformfraktion zu unterstützen und öffentliche Unterstützung für die Reformen zu schaffen. Die Verbindung von Wirtschaftsreformen und Demokratie ist die Aufgabe der Studentenbewegung ...“

„... Wir schreiben Wandzeitungen, weil es der einzige Weg ist, unsere Meinung zu äußern. Die Wandzeitungen sind kein Verbrechen, aber einige Leute wollen unser Luftloch dicht machen, uns unter Schichten von Schmutz und Schlamm erstickend lassen und dadurch soziale Stabilität und Einheit wiedergewinnen. Eine Wandzeitung ist ein Mittel der Kommunikation, des Ausdrucks, und ihre Funktion ist vollständig durch die Ziele des Schreibers bestimmt, nicht durch die Natur der Wandzeitung selbst ...“

„... Die Parolen, Deng Xiaoping und Hu Yaobang zu stürzen und vom philippinischen Volk zu lernen, die im Laufe unserer Studentenbewegung entstanden sind, sollten sorgfältig beachtet werden. Was bedeutet es in unserer Lage, Marcos durch Aquino zu stürzen? Wan Li ist der 1. Vizepremier eines großen Landes, und es sind Zweifel an der Zuverlässigkeit der Berichte angebracht, er habe gesagt: ‚Wir gewähren Euch Demokratie.‘ Wie gelangten geheime Nachrichten wie diese in Umlauf? ...“ (Übersetzt nach Far Eastern Ec. Review, 15.1.87)



Demonstrierende Studenten in Schanghai. Bei den großen Schanghai Demonstrationen trugen viele Demonstranten Schilder nur mit der Bezeichnung ihrer Schule bzw. Hochschule. – Aus Protest gegen die verfälschende Berichterstattung verbrennen Studenten die Beijing Ribao. – Lu Dingyi, früher Propagandachef der KPCh und heute Berater des ZK, hatte im Frühjahr 1985 mit einem Artikel die Demokratie-Debatte unterstützt.

spricht, in Wandzeitungen wieder. Der Rückgriff nicht nur auf die politischen Formen der Kulturrevolution – die Wandzeitungen z.B. –, sondern teilweise auch auf deren Inhalte – so wurde verschiedentlich das Vorbild der Pariser Kommune propagiert –, spricht ebenfalls gegen solche Interpretationen.

Andererseits ist die Studentenbewegung bislang nicht darangegangen, sich mit dem seit Jahren verfolgten Kurs der KPCh auseinanderzusetzen. Im Gegenteil, bei aller Kritik an Einzelaspekten der Reformen wie den Preiserhöhungen, die studentischen Aktionen haben oft explizit die sog. Reformer um Deng Xiaoping unterstützt. Die Studentenbewegung kritisiert die KPCh nicht von links.

Eine ganze Reihe sozialer und ideologischer Entwicklungen haben dazu geführt, daß diese Bewegung einen widersprüchlichen Charakter hat:

In vielen Aktionen, gerade denen in der ersten Dezemberhälfte 1986, spielten die Studienbedingungen eine große Rolle. Die seit 1979 rapide gestiegenen Studentenzahlen haben die Studienbedingungen an den meisten Hochschulen, die nicht wie die Peking-Universität zu den Eliteinstituten zählen, drastisch verschlechtert. Die Preisreformen, im Klartext: Preissteigerungen der letzten Jahre haben die Stipendien bzw. die elterlichen Zahlungen (immer mehr eingeschriebene Studenten sind sog. Selbstzahler) entwertet. Die Mehrzahl der Studierenden stammt aus Intellektuellen- oder Kaderfamilien; deren Einkommen haben in den letzten Jahren kaum mit den Preissteigerungen Schritt gehalten.

Trotz aller gegenteiligen Erklärungen der KPCh hat sich die gesellschaftliche Stellung der Masse der Intellektuellen in den letzten Jahren kaum verbessert. Viele Arbeiter, Verkäufer, Taxifahrer oder selbständige Unterneh-

mer in den Städten verdienen monatlich etwa das 3-5fache z.B. eines Dozenten an einer Hochschule. Die von Deng Xiaoping schon 1977 hervorgehobene besondere Rolle der Intelligenz beim Aufbau des Sozialismus hat sich bislang erst teilweise in einer Auswechslung von Parteikadern durch Manager und Techniker mit Hochschulbildung niedergeschlagen. Nach wie vor bestimmen zentrale Arbeitsbüros den künftigen Arbeitsplatz eines Hochschulabgängers; auch dagegen hatten sich die Studenten mit ihren Aktionen gewehrt. Ein Moment der Studentendemonstrationen ist offenbar also die Unzufriedenheit mit der gesellschaftlichen Stellung der Intelligenz.

Im letzten Frühjahr hatte – zunächst mit offizieller Duldung durch den jetzt abgelösten KP-Generalsekretär Hu Yaobang – unter Schriftstellern und in akademischen Zirkeln eine Debatte über die Bedeutung demokratischer Reformen bei dem Aufbau des Sozialismus in China eingesetzt. In Universitätszeitschriften etc. wurde u.a. ein Mehrparteiensystem diskutiert, ohne daß die KPCh diese Debatte behinderte. Ein schon seit Ende der 70er Jahre vor allem unter Intellektuellen kursierendes Schlagwort: Die vier Modernisierungen seien ohne die fünfte Modernisierung, nämlich Demokratie, unmöglich, tauchte in Artikeln wieder auf. Diese Debatte hatte zweifellos großen Einfluß auf die Studenten; ging es doch um die Rolle der neuen Mittelklassen bei der Leitung der Gesellschaft.

Schließlich sind die Studentendemonstrationen offenbar Ausdruck zunehmender Widersprüche gerade unter der Stadtbevölkerung zu den Folgen der Wirtschaftsreformen, zur zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft. Davon zeugen nicht nur die Wandzeitungen, sondern zeugt auch die Beteiligung von zahlreichen jungen Arbeitern

an den Aktionen in Industriezentren wie Shanghai und vor allem die vor wenigen Tagen von der chinesischen Regierung verkündete vorläufige Rücknahme aller weiteren Preiserhöhungen. Die KPCh befürchtet offenbar, daß die chinesischen Arbeiter ihre Duldung der Wirtschaftsreformen aufgeben.

Quellenhinweis: Far Eastern Ec. Review, div. Ausgaben; TAZ, div. Ausgaben; SZ, div. Ausgaben; Rote Fahne, 27.12.86 – (wom)

Sowjetunion

Differenzierung des Lebensstandards

In der letzten Ausgabe der „Politischen Berichte“ zeigten wir auf, daß in der UdSSR jede dritte Familie der werktätigen Intelligenz ein Auto besitzt, aber nur ca. jede zwölfte Arbeiterfamilie. Auch in anderer Hinsicht ist eine mehr oder weniger krasse Ungleichheit des Lebensstandards der verschiedenen Klassen der sowjetischen Bevölkerung erkennbar. So zeigt eine Untersuchung aus den 70er Jahren, daß in einer sowjetischen Stadt 28% der „unqualifizierten Arbeiter“ und 33% der „qualifizierten Arbeiter“ über eine Baderaumausstattung verfügten, dagegen 65% der werktätigen Intelligenz. (1)

Auf den ersten Blick ist jedoch nicht leicht zu erklären, wie es zu einer solchen deutlichen Differenzierung des Lebensstandards kommen kann. Im Gegenteil weisen die zugänglichen Statistiken aus, daß sich die Lohnunterschiede zwischen den Arbeitern und z.B. dem ingenieur-technischen Personal stetig verringert haben. 1960 überstieg der durchschnittliche Gehalt des ingenieur-technischen Personals den Durchschnittslohn der Arbeiter noch um fast 50%, 1978 dagegen nur noch um 18%. (2)

Allerdings erfassen die sowjetischen Lohn- und Gehaltsstatistiken die Prämien nicht. Es kann aber als gesichert angenommen werden, daß die Prämien des leitenden Personals deutlich höher sind als die der Arbeiter, da die betrieblichen Prämien für materielle Anreize nur zu 20% an Arbeiter ausgeschüttet werden.

Sodann verdecken die angeführten Durchschnittsangaben wichtige Differenzierungen. Nach den uns bekannten Untersuchungen scheint es so, als seien die Eingangsgehälter der werktätigen Intelligenz oft vergleichsweise niedriger als die Löhne der Facharbeiter im gleichen Alter. Dafür spricht auch, daß eine wachsende Zahl von Absolventen höherer Schulen und Hochschulen als sogenannte „Arbeiter-Intelligenz“ in Arbeiterberufen arbeitet – 1984 waren dies ca. acht Millionen. Viele von ihnen geben die höheren Anfangstarife als Motiv an. (3) Erst im weiteren Verlauf ihrer Laufbahn verdienen sie mehr und heben sich dann auch im Lebensstandard deutlich von den Arbeitern ab.

Dies zeigt sich auch in der Untersuchung der PKW-Besitzer: Die allermeisten sind älter als 40 Jahre. Die Autos sind teuer, und man muß lange dafür sparen. So können sich junge Leute in aller Regel kein Auto leisten und Arbeiterfamilien nur selten und unter großen Anstrengungen.

Quellenhinweis: (1) Teckenberg, Die soziale Struktur der sowjetischen Arbeiterklasse, S. 111; (2) Du-Yul Song, Sowjetunion und China, S. 63; (3) Gloeckner, Die Intelligenzia in der sowjetischen Gesellschaft, in: Osteuropa 7/84 – (scc)

Tschad

Imperialisten ziehen Libyen tiefer in den Bürgerkrieg

In den letzten Tagen haben die Streitkräfte der tschadischen Regierung Habré mit Unterstützung durch Soldaten der französischen „Eingreiftruppen“ sowie durch Militärhilfe und Logistik der USA die bisherige Trennungslinie im Bürgerkrieg am 16. Breitengrad überschritten und ihre Angriffe in den Norden des Tschads vorgetragen. Damit bedrohen die Imperialisten unmittelbar die Südgrenze Libyens und provozieren ihre neuerliche militärische Intervention.

Das Eingreifen Libyens für die gegen die Regierung Habrés hauptsächlich im Norden des Tschads operierenden Truppen der GUNT (Regierung der nationalen Einigung des Tschads) entwickelt sich zu einer immer größeren Bürde für die antiimperialistische Außenpolitik Libyens. Seit dem Scheitern einer Offensive vor fast einem Jahr verschärfen sich die Widersprüche

innerhalb der acht Organisationen umfassenden GUNT sowie zwischen Teilen von ihr und Libyen. In den letzten Wochen soll es mehrfach zu bewaffneten Auseinandersetzungen gekommen sein.

Seit dem Militärputsch von 1969 unter Führung von Oberst Khadafi hat Libyen die antikolonialistischen und antiimperialistischen Kämpfe der „Nationalen Befreiungsfront des Tschad“ (FROLINAT) und später der aus ihr hervorgegangenen GUNT materiell und politisch unterstützt. Andererseits wurden die politischen Beziehungen zwischen Libyen und Tschad bereits dadurch belastet, daß Libyen den 114000 qkm großen „Aouzou-Streifen“ im Norden Tschads als Teil Libyens für sich beanspruchte und Anfang der 70er Jahre besetzte. Die libysche Regierung berief sich dabei auf die Abtretung dieses Gebiets durch Frankreich an die ehemalige libysche Kolonialmacht Italien in einem Vertrag aus dem Jahre 1935.

Die libysche Regierung trug entscheidend mit dazu bei, daß nach verschiedenen Konferenzen zwischen anfangs 15 tschadischen Organisationen und den Nachbarstaaten die GUNT die Regierung übernahm, ohne daß der Bürgerkrieg im Tschad damit beendet war. Gemäß dem Abkommen von Lagos setzte die GUNT in einer ihrer ersten Maßnahmen den Abzug der französischen Interventionstruppen durch. Die Imperialisten führten insbesondere von Ägypten und dem Sudan aus ihre Infiltrations- und Destabilisierungspolitik gegenüber dem Tschad und Libyen fort. So rüsteten die USA den ehemaligen Verteidigungsminister der GUNT, Habré, militärisch im Kampf gegen die Regierung der GUNT aus. 1980 schickte die libysche Regierung auf Gesuch der tschadischen Regierung Truppen zu ihrer Unterstützung. Auf Initiative der libyschen Regierung beschlossen Libyen und Tschad ein Jahr später eine Föderation der beiden Staaten, die aber nie vollzogen wurde. Das militärische Eingreifen und die Föderationsversuche Libyens schufen Abhängigkeiten für die tschadische Regierung und belasteten die Einigung der antikolonialistischen und antiimperialistischen Kräfte. Bereits zu diesem Zeitpunkt war die tschadische Regierung militärisch und politisch stark geschwächt. Schließlich mußte sie dem Druck der Imperialisten nachgeben und Libyen zum Abzug seiner Truppen auffordern. 1982 wurde die GUNT von den durch die Imperialisten unterstützten Truppen Habrés aus der Hauptstadt vertrieben. Seither führt die GUNT mit Unterstützung Libyens den Kampf vom Norden des Tschads gegen die Habré-Regierung.

Quellenhinweis: Länder der Erde, politisch-ökonomisches Handbuch, Berlin (DDR), 1985; Europa-Archiv, 17/85, 14/86; AdG, 19.11.86 – (sie)

Südafrika/Azania

Anzeichen für Zersetzung des Siedlerregimes

Die Verschärfung der Ausnahmebestimmungen im Dezember 1986 zeigt, daß das Siedlerregime der Lage nicht Herr geworden ist. Botha hat sein Kabinett auf mehreren Posten umbesetzt mit dem Ziel: weitere Konzentration in den Händen des Präsidenten und Befriedigung der Klientel durch Schaffung von zehn zusätzlichen stellvertretenden Ministerposten. Ein Grundpfeiler der Siedlergesellschaft, die Homelandpolitik, erscheint angeschlagen. Am 11.12.1986 sollte das Homeland Kwa Ndebele in die sog. „Unabhängigkeit“ entlassen werden, was heißt: Aus-



bürgerung aller Schwarzen aus Südafrika bei Erhaltung ihrer Billigarbeitskraft. Trotz Installierung einer Pretoriahörigen Clique und mörderischer Unterdrückung der Homelandbevölkerung gelang es Botha nicht, die breite Front gegen die „Unabhängigkeit“ niederzuschlagen. Die „Financial Mail“ schrieb: „Es gibt wenig Zweifel, daß die Ereignisse, die sich in Kwa Ndebele entwickelten, auf die anderen Homelands zurückwirken.“

Auch die Townships sind keineswegs befriedet. Die Botha-Regierung verstärkt ihre Politik, den anhaltenden Widerstand durch einen Krieg Schwarze gegen Schwarze zu brechen. Schon jetzt werden die unter der schwarzen Bevölkerung verhaßten Stadtparlamente der Townships von 6000 schwarzen Polizeikräften gesichert. Das größte Polizeikontingent von 900 Mann ist in Soweto stationiert, 300 sollen folgen. Finanzminister Barend du Plessis hat 18 Mio. Rand für die Ausbildung von weiteren 10000 schwarzen Townshippolizisten bereitgestellt. In der Polizei regt sich Widerspruch. Im November 1986 wurden im Township Kathelong 115 schwarze Polizisten ver-

haftet, als 300 Polizisten während eines Streiks für höhere Löhne zur Stadtverwaltung marschierten, Reifen verbrannten und Wagen der Post mit Steinen bewarfen. Die Polizisten sind alle Mitglieder der Gewerkschaft für schwarze Gemeindearbeiter (SAB-MAWU). Der Stadtrat von Soweto ist Ende Dezember von seinen Ämtern zurückgetreten. Er habe erfahren, daß die Marionettenverwaltungen „Puppen“ in der Hand der weißen Regierung seien. Er sprach sich dafür aus, daß die Selbstverwaltungsorgane der Bewohner die Verwaltung Sowetos übernehmen.

Im weißen Lager mehren sich die Anzeichen der Zersetzung. Eine Untersuchung an vier Universitäten ergab, daß fast zwei Drittel der englisch-sprachigen Studenten gegen die Besetzung Namibias und gegen die Wehrpflicht sind. Der Widerstand gegen den Wehrdienst ist bedeutend gewachsen, nachdem die Armee mit 7000 Soldaten in das Township Sebokeng einmarschierte. Seit 1984 haben sich Gruppen, die gegen die Wehrpflicht und für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung eintreten, zu einer Front zusammengeschlossen, der „End-Conscription-Campaign“ (Schluß mit der Wehrpflicht). 1985 blieben bei der halbjährlichen Einberufung, als etwa 15000 Männer sich hätten melden müssen, 7589 aus (1984 nur 1569). Die Auswanderungsrate ist 1986 um 33,3% gegenüber 1985 gestiegen, während die Einwanderungsrate um 40% gefallen ist. 1984 verbuchte Südafrika 20243 Neusiedler, 1985 dagegen nur 5884.

Ein sensibler Indikator für die Instabilität ist der Touristiksektor. Das South African Touristic Board gibt an, daß die Rate der ausländischen Besucher in den ersten sechs Monaten 1986 um 32% gefallen sei.

Quellenhinweis: Kriegsdienstverweigerung in Südafrika, DFG/VK '86; Financial Times, div. Ausg.; issa, Nr. 6/86; AZAKO, 21/86 – (and)

Brasilien

Imperialisten fordern: Informatikgesetz muß weg!

Bei den jüngst stattfindenden Schuldenverhandlungen zwischen den imperialistischen Gläubigerbanken und dem Schuldnerland Brasilien spielt das 1984/85 erlassene brasilianische Informatikgesetz eine nicht unerhebliche Rolle. Die Imperialisten drängen auf die Beseitigung des Informatikgesetzes und fordern den uneingeschränkten Zugang zum brasilianischen Elektronikmarkt.

Anfang der 80er Jahre hatte die damalige brasilianische Militärregierung Maßnahmen zum Aufbau einer nationalen Computerindustrie und zur Be-

schränkung der Geschäftstätigkeit der ausländischen Konzerne getroffen. Die Militärs begegneten damit wachsender Kritik an der Politik der imperialistischen Konzerne insbesondere von seiten der nationalen Kapitalisten und der neuen Mittelklasse. 1984/85 beschloß die Regierung ein Informatikgesetz, das die Produktion und den Vertrieb von Kleincomputern vollkommen den nationalen Kapitalisten reservierte und die Elektronikimporte drastisch einschränkte. Inzwischen haben 270 brasilianische Unternehmen einen Anteil von 48% am Computerinlandsmarkt, auf dem umgerechnet fast drei Mrd. US-\$ umgesetzt werden. Sie beschäftigen 30000 Arbeitskräfte, davon über ein Drittel Akademiker.

Die Imperialisten liefen dagegen Sturm. Sie sprachen von einer „Diskriminierung des Auslandskapitals“ und von „einer Abkoppelung vom weltweiten Fortschritt“. Siemens z.B. beklagte die Behinderung einer 100 Mio. US-\$-Investition. Das war Grund genug für Wirtschaftsminister Bangemann und Entwicklungshelferminister Warnke, in Brasilien vorstellig zu werden. Die US-

Imperialisten errechneten Verluste durch Exporteinbußen für die US-Elektronikindustrie in Höhe von 1,5 Mrd. US-\$. Die US-Regierung bereitete „Vergeltungsmaßnahmen“ gegen brasilianische Exporte vor und setzte der brasilianischen Regierung eine Frist bis Ende 1986. Brasilien hatte 1985 einen Überschuß von vier Mrd. US-\$ im Handel mit den USA. Die brasilianische Regierung klagte die imperialistischen Länder vor der Gruppe 77 der sog. Entwicklungsländer wegen ihrer Erpressungen und Vergeltungsdrohungen an. Mitte 1986 blockierten die USA bereits einen Weltbankkredit an Brasilien in Höhe von 500 Mio. US-\$ und verzögerten Verhandlungen über die Lieferung von Elektronikbauteilen. Nach Gesprächen mit der EG Mitte Dezember mußte Brasilien einlenken: Die Autorenrechte für die Software, zumeist in Händen imperialistischer Konzerne, bleiben 25 Jahre geschützt und den Imperialisten wird größerer Marktzugang eingeräumt.

Quellenhinweis: Brasilien-Ausschnittendienst, 1-12/86; FR, 17.12.86; NfA, 30.6.86 – (sie)

Italien

Zehn Millionen Lohnabhängige im Kampf für neue Tarifverträge

Seit dem Herbst wird in Italien über neue Tarifverträge für insgesamt 10 Millionen Lohnabhängige verhandelt, darunter in den wichtigsten Branchen der Industrie – Metall, Chemie, Textil –, in der Landwirtschaft und im öffentlichen Dienst. In der Vergangenheit hatten die alle drei Jahre fälligen Tarifbewegungen oft zu heftigen Klassenauseinandersetzungen geführt, die die ganze Gesellschaft erschütterten, so zum Beispiel im „heißen Herbst“ 1969.

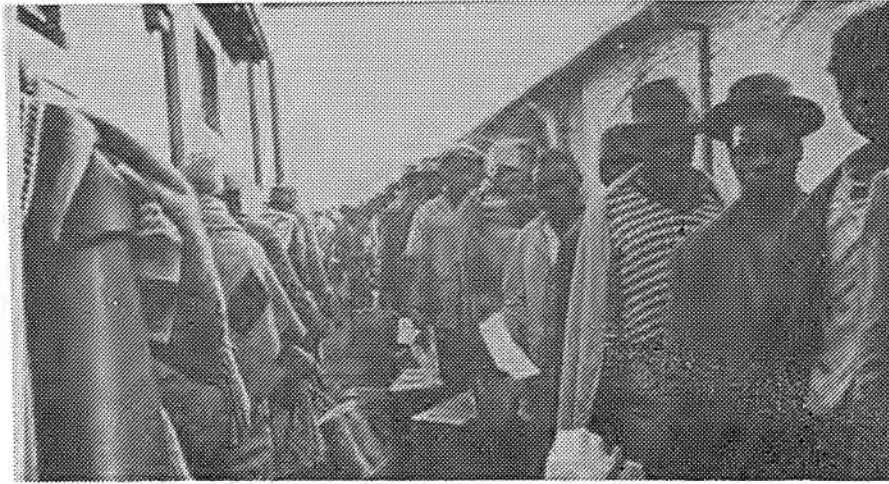
Dazu ist es diesmal – jedenfalls bisher – nicht gekommen. Berufsständische Kämpfe relativ kleiner Gruppen

wie der Krankenhausärzte haben in den letzten Monaten mehr Schlagzeilen gemacht als die Forderungen der Metall- oder Chemiearbeiter.

Ein Grund dafür ist sicher, daß die verschiedenen Richtungsgewerkschaften ihre in den jahrelangen Auseinandersetzungen um die Inflationszuschläge zerbrochene Aktionseinheit nur mühsam wiederherstellen konnten. Die Tarifbewegung mußte zeigen, ob die Gewerkschaften wieder zu einem gemeinsamen Vorgehen finden konnten. Das ist gelungen. Die Frage war aber auch, ob ein tariflicher Ausgleich



Mit betrieblichen Streiks reagieren die Metallarbeiter auf die Weigerung der Großindustriellen, den Abschluß für die Kleinindustrie zu übernehmen.



4000 Arbeiter des neueröffneten Gold-Bergwerks Beatrix, das dem Minenkonzern Gencor in Südafrika gehört, haben gekündigt. In westdeutschen Meldungen wurde verbreitet, die Kündigungen seien Folge von „Stammes“fehden. Tatsächlich hat die unabhängige Minenarbeitergewerkschaft NUM von Gencor die Abschaffung der Wanderarbeit, d.h. Wohnrecht für die Arbeiter und ihre Familien, und die Beseitigung der „Stammes“hütten in den Wohnlagern der Mine gefordert. Die Gewerkschaftsmitglieder hatten praktische Schritte zur Beseitigung der künstlichen Stammesgrenzen ergriffen. Gencor wollte daraufhin 400 Gewerkschaftsmitglieder entlassen. Darauf kündigte die halbe Belegschaft. – (uld)

Über 8000 Palästinenser von den Zionisten inhaftiert

Die jordanische Regierung greift in einem Bericht die Inhaftierung von 8450 Palästinensern durch Israel und die Haftbedingungen in den 19 Gefängnissen an, die Israel seit 1948 speziell für Palästinenser eingerichtet hat. Alle Gefängnisse sind überfüllt und mit Zellen für Einzelhaft und Räumen für Folterungen ausgestattet. Die Gefangenen werden ständig gefoltert. Selbst die Befriedigung einfachster Grundbedürfnisse wird ihnen verweigert. Der Gesundheitszustand der Gefangenen ist schlecht. Sie leiden an Anämie und Hautkrankheiten und erhalten nur mangelnde medizinische Versorgung. Die Gefängnisverwaltung

gen betreiben eine regelrechte Aushungerungspolitik gegen die Gefangenen. – (sie)

Griechenland: Generalstreik für Lohnerhöhungen

An dem 24-stündigen Generalstreik, zu dem am 15.1. der griechische Gewerkschaftsbund aufgerufen hatte, beteiligten sich über zwei Mio. Lohnabhängige. Der Streik richtete sich gegen den von der Regierung angebotenen „Inflationsausgleich“ von 4,1% für das erste Quartal 1987. Der Gewerkschaftsbund fordert mindestens 6,7%. 1986 hatten die Lohnabhängigen Lohneinbußen von 3%, seit 1981 von 20%. Am 1. Januar trat die EG-harmonisierte Mehrwertsteuer zudem noch in Kraft. – (sie)

für die auf dem Altar der Inflationsbekämpfung zum großen Teil geopfert „automatischen“ Lohnanpassungen durchgesetzt werden könnte.

Noch bis zur Tariffbewegung 1980/81 hatten die italienischen Lohnabhängigen beträchtliche reale Lohnerhöhungen erkämpfen können und den früheren Rückstand gegenüber Ländern wie Westdeutschland fast aufgeholt. Seitdem stagnierten die Löhne, in den letzten Jahren sind sie sogar leicht gesunken. Der durchschnittliche Bruttolohn in der Industrie liegt jetzt bei etwa 1,6 Millionen Lire, das sind knapp 2300 DM.

Obwohl fast alle Tarife bereits Ende 1985 ausgelaufen waren, haben die Gewerkschaften erst im letzten Sommer ihre Forderungsplattformen aufgestellt. Überall stehen ähnliche Forderungen im Mittelpunkt:

– Lohnerhöhungen um insgesamt etwa 110000 Lire (155 DM) auf den Eck-

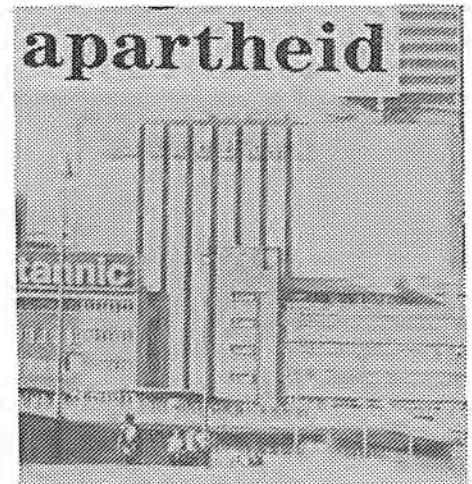
lohn bis Ende der (dreijährigen) Laufzeit. Nach unseren Berechnungen würde man damit und mit den gekappten Inflationszuschlägen nur dann den Reallohn gerade halten können, wenn die Teuerungsrate auf dem gegenwärtigen niedrigen Stand von etwa 6% bleibt.

– stärkere Lohnspreizung, also überproportionale Erhöhungen für die oberen Lohngruppen. Für die oberste Gehaltsgruppe haben die Metallgewerkschaften z.B. 200000 Lire mehr gefordert, zusätzlich noch 150000 Lire Zulage für Leitungsfunktionen. Davon versprechen sich die Gewerkschaften eine stärkere Einbeziehung der Angestellten in den Lohnkampf und eine wirksame Tarifierung auch der besserbezahlten Tätigkeiten.

– Arbeitszeitverkürzungen um 32 Stunden im Jahr in Form von bezahlten Pausen oder freien Tagen. Dabei wurde den Kapitalisten ausdrücklich

Erfolgreiche Boykott- Kampagne gegen Barclays

Die Entscheidung der britischen Bank Barclays, sich aus Südafrika zurückzuziehen, stellt auch einen bedeutenden Erfolg der Boykottkampagne in Großbritannien dar. Barclays verkaufte seinen Anteil von 40,1% an der größten Bank in Südafrika, Barclays Natio-



nal Bank (Barnat) mit mehr als 1000 Filialen, an den Konzern Anglo American. Seit 1969 gibt es in Großbritannien eine Boykottkampagne gegen Barclays wegen der Südafrikabeteiligung. Universitäten, Gemeinden und andere Fonds zogen ihre Konten ab. Auf dem umkämpften Markt der Erstkonto für Studenten ging Barclays Marktanteil von 25% auf 17% zurück. Die britische Boykottbewegung begrüßte den Verkauf, hielt aber fest, daß Barclays weiter durch Darlehen von zwei Mrd. DM und enge Beziehungen zu Barnat in Südafrika (auf dem Bild das Hauptquartier in Johannesburg) aktiv ist. Die Kampagne geht also weiter. – (hef)

noch mehr „Flexibilität“ angeboten, also längere Arbeitszeit bei hohem Arbeitsanfall mit Freizeitausgleich zu anderen Zeiten. Derzeit wird gewöhnlich 39 Stunden gearbeitet, nur die Beamten haben seit vielen Jahren eine regelmäßige Arbeitszeit von 36 Stunden an sechs Tagen.

– mehr Informationsrechte der Gewerkschaften und Vertrauenskörper bei technologischen Veränderungen im Arbeitsprozeß.

Begeisternd kann man diese über alle Maßen „realistischen“ Forderungen nicht gerade nennen. Gleichwohl haben im September bei einer Urabstimmung in der Metallindustrie, an der sich 85% der eine Million Lohnabhängigen dieser Branche beteiligten, 90% der Plattform zugestimmt.

Die Kapitalisten, die sich in den letzten Jahren viele Unverschämtheiten gegenüber den durch mehrere schwere Niederlagen geschwächten Gewerk-

Dänemark: Arbeitszeitverkürzung in der Metallindustrie

Die Arbeitszeit für die 200000 in der dänischen Metallindustrie Beschäftigten wird von derzeit 39 Stunden pro Woche um jährlich eine halbe Stunde auf 37 Stunden bis 1990 gesenkt. Die Kapitalisten zogen ihre Forderung nach flexiblerer Arbeitszeit zurück, nachdem die Gewerkschaften diesem Stufenplan und der Verlängerung der Tarifperiode auf vier Jahre zustimmten. Die Gewerkschaften konnten durchsetzen, daß die niedrigen und mittleren Lohngruppen den vollen Lohnausgleich erhalten. – (sie)

Österreich: Erste Pläne der Großen Koalition

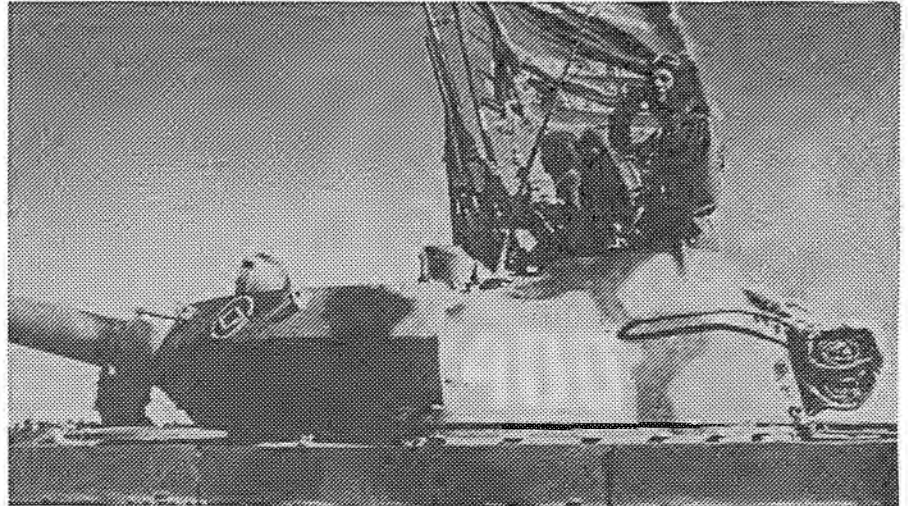
Am 16. Januar unterzeichneten die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ) und die Österreichische Volkspartei (ÖVP) ihren Vertrag zur Bildung einer Koalitionsregierung. Er sieht unter anderem vor, „daß staatliche Zuschußunternehmen bei den kommenden Lohnrunden Sparsamkeit an den Tag legen“. Für die Betriebe der verstaatlichten Industrie und den öffentlichen Dienst sind deshalb „Null-Lohnrunden“ vorgesehen. Bei den Steuern soll die Luxussteuer auf Pelze zum Beispiel gestrichen werden, die Mineralölsteuern hingegen werden erhöht. Sozial- und Subventionstarife bei der österreichischen Eisenbahn für Pendler werden gekürzt bzw. gestrichen. „Überholte Leistungen der Sozialversicherung“ (zum Beispiel Bestattungskostenzuschüsse) werden abgeschafft. In der Landwirtschaft werden die Zuschüsse für die Milch- und Getreidebauern reduziert. – Der ÖVP-Vorsitzende Alois Mock, der darauf bestanden hatte, Außenminister zu werden, will Österreich unbedingt „näher an die Europäische Gemeinschaft heranzuführen“.

ren“. Angesichts dieser Regierungsvorhaben der großen Koalition ist der Rücktritt des ehemaligen Bundeskanzlers Bruno Kreisky als Ehrevorsitzender der SPÖ nur verständlich. – (rua)

Alberta, Kanada: Streik der UFCW

Die Gewerkschaft der United Food and Commercial Workers (UFCW, etwa: Gewerkschaft für Nahrung und Handel) hat im Streik gegen die Fleischverpackungsfirma Gainers in Edmonton, Alberta, nach sechseinhalbmonatigem Streik einen Tarifab-

schluß durchsetzen können und bezeichnet dies als Erfolg. Von 846 Beschäftigten stimmten knapp zwei Drittel dem Vertrag zu, d.h. Lohnstopp für die nächsten zwei Jahre und danach zweimal plus 3%. Der Streik gilt als der härteste in der Geschichte Albertas; in seinem Verlauf wurden 460 Streikposten verhaftet. Streikbrecher wurden bereits vor Streikbeginn per Zeitungsinseraten gesucht. Die Gewerkschaft hatte Lohngleichheit mit anderen Firmen gefordert, d.h. 1 kan.\$/Stunde mehr. Die Stundenlöhne liegen derzeit zwischen 7,50 und 12,50 kan.\$.. – (mfr)



Am 15. Januar ist der von der Regierung Afghanistans einseitig erklärte Waffenstillstand in Kraft getreten. Auf einer Pressekonferenz in Kabul erklärte die afghanische Regierung, daß in der Provinz Herat 1500 bewaffnete Kräfte der Gruppe Ghani Temory und in Forjab eine weitere Gruppe mit 500 Bewaffnete das Angebot zur nationalen Aussöhnung angenommen hätten. Die Regierung kündigte an, in Kürze alle Gefangenen freizulassen und eine Generalamnestie zu erlassen. In Verhandlungen mit den USA bot die Sowjetunion für eine Verhandlungslösung an, die Hälfte ihrer Truppen noch in diesem Jahr abziehen. Auf Versammlungen in Pakistan lehnten sieben afghanische Widerstandsgruppen die Regierungsangebote ab und erklärten, eine Übergangsregierung zu bilden und bis zum Abzug aller sowjetischen Truppen zu kämpfen. – (sie)

schaften herausnehmen konnten, setzen den Forderungen verbissenen Widerstand entgegen.

Erst Anfang Dezember konnten für die erste große Industrie die Chemiegewerkschaften abschließen. Sie hatten dafür insgesamt 40 Stunden streiken müssen, zuletzt noch gegen die Zumutung, geringfügige Arbeitszeitverkürzungen mit Lohnsenkungen für Schichtarbeiter erkaufen zu sollen. Erreicht wurden schließlich 95000 Lire Lohnerhöhung auf den Ecklohn und eine einmalige Nachzahlung von 100000 Lire für das tariflose Jahr 1986. Die Arbeitszeit wird um 20 Stunden im Jahr verkürzt, für Schichtarbeiter um 24 bzw. 26 Stunden. Die Zahl der Arbeiterlohngruppen wurde verdoppelt, angeblich, „um die berufliche Qualifikation differenzierter bewerten zu können“. Der Einheit der Belegschaften wäre mit weniger Lohngruppen mehr gedient gewesen. Die Lohn-

abhängigen müssen dem Abschluß noch in einer Urabstimmung in dieser Woche zustimmen.

Kurz vor Weihnachten schlossen die Metaller einen ersten Tarifvertrag mit dem Verband der Klein- und Mittelbetriebe ab: 98000 Lire mehr bis Laufzeitende, 200000 Lire Nachzahlung; fünf Minuten bezahlte Pause täglich. Der wichtigste Arbeitgeberverband der privaten Metallindustrie weigert sich, selbst dieses überaus bescheidene Ergebnis zu übernehmen. Die Gewerkschaften haben daher in der letzten Woche erneut zu örtlichen und betrieblichen Streiks aufgerufen.

Anfang Januar wurde mit dem neuen Tarifvertrag für die Beschäftigten der Staatsverwaltung der erste Abschluß im öffentlichen Dienst unterschrieben. Die Lohnerhöhung liegt mit durchschnittlich 114000 Lire etwas höher (da im öffentlichen Dienst – anders als in der Industrie – keine be-

trieblichen Zusatzabkommen getroffen werden können). Auch die Arbeiter dieses Bereichs müssen künftig nur noch 36 Stunden pro Woche arbeiten. Die „Flexibilität“ geht hier aber soweit, daß in Zukunft Wochenarbeitszeiten zwischen 24 und 48 Stunden möglich werden.

Sicher, die Gewerkschaften haben in dieser Tarifbewegung ihre wieder-gewonnene Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen können. Die Streikaufrufe wurden durchweg befolgt, was in den letzten Jahren nicht mehr selbstverständlich war. Aber mit den bisherigen materiellen Ergebnissen können die Arbeiter und Angestellten nicht zufrieden sein. Und mit mehr Lohnspreizung und Flexibilität haben die Kapitalisten zusätzliche Ansatzpunkte für Spaltung in die Hand bekommen.

Quellenhinweis: l'Unità; Banca d'Italia; Bollettino Economico – (ulg)

* Veröffentlichungen *

Dokumentiert: Offener Brief zum Wahlrecht für Ausländer

Elf türkische und kurdische Organisationen wenden sich mit einem Offenen Brief an die Öffentlichkeit, den wir im folgenden vollständig dokumentieren:

Sehr geehrte Damen und Herren, Liebe Kolleginnen und Kollegen, Liebe Freunde,

Wieder einmal finden die Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland ohne die Beteiligung der ausländischen Mitbürger statt. Sie nehmen zwar an den Wahlen nicht teil, aber ihre Existenz wird von bestimmten Parteien als Propagandamittel benutzt. Die ausländischen Mitbürger werden für die anhaltende Arbeitslosigkeit und die damit zusammenhängenden sozialen Probleme der Krise als „Sündenböcke“ abgestempelt. Es wird in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens eine Diskriminierungs- und Ausländervertreibungspolitik fortgesetzt. Die Gleichberechtigung wird ihnen vorenthalten. Diese offizielle Ausländerpolitik schafft Nährboden für die Ausländerfeindlichkeit und verstärkt die Vorurteile. Und diese Politik wird seitens der neo-nazistischen, faschistischen und ausländerfeindlichen Kräfte für die zunehmende Ausländerfeindlichkeit ausgenutzt. Dadurch können einige Parteien und Gruppen mit ausländerfeindlichen Parolen wie: „Ausländer Raus!“ an der Wahlkampagne teilnehmen. Dieser Politik muß ein Ende gesetzt werden.

Nicht die Einschränkung der Rechte der ausländischen Mitbürger, nicht ihre Diskriminierung, sondern ihre gleichberechtigte Teilnahme in allen gesellschaftlichen Bereichen bietet Gewähr für ein verständnisvolles, har-

monisches Zusammenleben in der gemeinsamen Gesellschaft. Denn der Wunsch nach harmonischem Zusammenleben ist ein gemeinsames Interesse von allen Menschen, ob sie Deutsche oder Ausländer sind, und jenseits von religiösen oder weltanschaulichen Überzeugungen oder parteipolitischen Engagement. Die Einführung des kommunalen Wahlrechts wird daher ein erster und wichtiger Schritt in die richtige Richtung sein.

Die ausländischen Arbeiter leben und arbeiten schon seit über 30 Jahren in der Bundesrepublik. Inzwischen macht der Anteil der ausländischen Mitbürger ca. 7% der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik aus. Obwohl sie allen bürgerlichen Pflichten nachkommen, können sie an dem Entscheidungsprozeß nicht teilnehmen. Hier stellt sich die Frage: Kann man von einer funktionierenden Demokratie in einem Land reden, in dem auf Dauer ca. 7% der Bevölkerung von den Wahlen ausgeschlossen bleibt?

Diese Realität wurde in vielen westeuropäischen Ländern wie Schweden, Dänemark und den Niederland u.a. zu Recht erkannt, und den Ausländern wurde die Beteiligung an den kommunalen Wahlen ermöglicht. Diese Palette kann man erweitern, in einigen Kantonen der Schweiz und in Irland können die Ausländer aktiv und passiv an den kommunalen Wahlen teilnehmen. Sogar in Italien, in einem Land, das

selbst als Entsendeland bekannt ist, wird über das Wahlrecht für Ausländer debattiert. Muß die Bundesrepublik das letzte sein?

Die Realität, daß die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer keine juristische Frage, sondern eine Frage des politischen Willens ist, wird auch in der Bundesrepublik von verschiedenen gesellschaftlich relevanten Kräften erkannt. Wir werden von unserer Einheitsgewerkschaft DGB, von den Kirchen und den verschiedenen demokratischen Organisationen, von politischen Parteien und sogar von den Wählern der Parteien, die eine ablehnende Haltung demgegenüber haben, auch bei unserer Forderung nach kommunalem Wahlrecht nicht allein gelassen.

Wir, die demokratischen Organisationen der türkischen und kurdischen Arbeiter als Unterzeichner dieses Briefes erwarten von Ihnen, daß Sie uns bei der Verwirklichung unserer folgenden Forderungen unterstützen und sich mit Ihren Möglichkeiten dafür einsetzen.

- Eine kontinuierliche Ausländerpolitik, die den in der Bundesrepublik lebenden Ausländern volle Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen garantiert!

- Freie politische Betätigung auf allen Ebenen und Kommunalwahlrecht für Ausländer!

Wir bedanken uns für Ihr Engagement im voraus und wünschen Ihnen ein gesundes, friedliches und erfolgreiches neues Jahr.

Av. Dev. Genc, Birlik Yolu, Dibaf, Fidef, Gercek ADK, I sci Gercegi, KKDK, Komkar, Kurd-Kom, Kurtulus, YSK

Krupp: Geschichte eines Hauses

Leicht überarbeitet erschien 1986 Engelmanns Buch über den Krupp-Konzern von 1969. Man kann der Feststellung des Klappentextes: „Er räumt gründlich auf mit ... lieb gewordenen Histörchen allzu konzernfrommer Legendenweber“ nur zustimmen, soweit sie sich z.B. auf die Leistungen der jeweiligen Inhaber beziehen: „Und schließlich waren die ‚Kruppianer‘ ... hochqualifizierte Arbeiter ... die das, was sie taten, genau überschauen und beherrschen konnten ... Um es ganz schlicht zu sagen: Von einer bestimmten Größe an, die 1871 längst erreicht war, hätte das Unternehmen seinen ... Inhaber gut entbehren können.“ Wert legt Engelmann auf die Darstellung der freundschaftlichen und verwandtschaftlichen Verquickung des Hauses Krupp mit den jeweils politisch Mächtigen, die genutzt wurden, sich große besonders profitable Rüstungsaufträge zu verschaffen. Ergänzt wurden solche

Beziehungen durch die Unterstützung z.B. des „Flottenvereins“, der, von den Schwerindustriellen des Kaiserreiches gefördert, Propaganda für die Aufrüstung machte. In scharfer Polemik gegen „konzernfromme Legendenweber“ wie u.a. Gert von Klaas, den Autor der quasi offiziellen Krupp-Geschichte „Die drei Ringe“, arbeitet Engelmann heraus, daß Krupp nicht nur an der deutschen imperialistischen Kriegsvorbereitung und -führung verdient hat, sondern durch Lieferungen von Kriegsmaterial und Lizenzen auch an Gegner des Deutschen Reiches sowohl im ersten wie im zweiten Weltkrieg Profite schaffte. Zu kurz bei der Widerlegung der Legende, Krupp hätte nur dem deutschen Imperialismus „gedient“, kommt die Darstellung, welche Interessen (Rohstoffquellen, Absatzmärkte, billige Arbeitskräfte) Krupp an der Unterwerfung von anderen Ländern durch den Imperialismus hatte. Wenig erfährt man von der Lage der Arbeiter des Krupp-Konzerns, die brutale Ausbeutung der rund 93000 aus-

ländischen Zwangsarbeiter im 2. Weltkrieg findet kaum Erwähnung. (B. Engelmann: Krupp. Die Geschichte eines Hauses, Goldmann Verlag 1986, 17,80 DM - syb)

Hupka läßt es nicht beim Glauben

Die an der Isolierung antifaschistischer und antirevanchistischer Kräfte und Bündnisse interessierten Politiker im Hause Kohl/Genscher und ihre Partner im Lager der Historiker erhalten Verstärkung. Herbert Hupka, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, hat jetzt unter dem Titel „Schlesisches Credo“ eine Auswahl seiner Reden sowie im „Schlesier“ veröffentlichter Artikel aus 25 Jahren „unterwegs nach Schlesien“ kredenzt. Der Inhalt widerspricht dem Titel, „die Schlesier“, aber auch alle, die den Standpunkt teilen, „Deutschland ist größer als die BRD“, sollen es nicht beim Glauben belassen. Welche Verhaltensweisen sind überhaupt für einen

aus seiner Heimat vertriebenen Schlesier denkbar? fragt Hupka und verwirft dann alle Möglichkeiten, die bestehenden Grenzen anzuerkennen. Damit würde zugelassen, daß Unrecht sich als Recht ausbitt. „Die gleichsam nach vorn offene Geschichte“ hat die Landsmannschaft Schlesien in Verantwortung vorzubereiten. „Die Landsmannschaft Schlesien ist die Politische Repräsentanz ganz Schlesiens. Schlesien kann nur insoweit innerhalb der Politik Deutschlands und innerhalb der deutschen Politik für die Weltpolitik Gewicht erhalten, wie die Landsmannschaft Schlesien selbst eine ernstzunehmende Größe ist.“ Obwohl Hupka Artikel und Reden sehr viel mit einem Glaubensbekenntnis gemein haben, es kommt ihm darauf an, politische Aktivisten zu sammeln, gegen Änderungen in der öffentlichen Meinung die revanchistische Argumentation zu liefern. Z.B. in der Kritik an den „Ostverträgen“, an den Denkschriften der EKD 1965, an den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen 1977. (Georg Müller Verlag, München/Wien 1986, 34,- DM – düb)

Dokumentation zur Montanmitbestimmung

Aus Anlaß des 1987 möglichen Auslaufens der Montanmitbestimmung in der Stahlindustrie hat die Hans-Böckler-Stiftung eine Dokumentation zu dem Thema „Die Geschichte der Montanmitbestimmung ist die Geschichte ihrer Gefährdung“ herausgegeben. Sie enthält Nachdrucke von Beiträgen zur Montanmitbestimmung aus der Zeitschrift „Das Mitbestimmungsgespräch“ von 1955 bis 1986. Autoren sind u.a. verschiedene Vorsitzende des DGB und der Einzelgewerkschaften, z.B. Otto Brenner, Adolf Schmidt und H.O. Vetter. Die Dokumentation zeigt, wie die vom DGB als „Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit“ hochgehaltene Montanmitbestimmung seit ihrer Vereinbarung bzw. endgültigen Verabschiedung bekämpft und Zug um Zug, trotz der Bemühungen des DGB, sie auf andere Bereiche der großen Industrie auszuweiten, von den Kapitalisten unterlaufen und von den verschiedenen Bundesregierungen eingeschränkt wurde. Neben den „reaktionären“ Kapitalisten, insbesondere dem Hause Mannesmann, wird vor allem die FDP für diese Entwicklung verantwortlich gemacht. Die Gründe, weshalb die Kapitalisten und die FDP die Montanmitbestimmung bekämpfen, erfährt man jedoch nur bruchstückhaft. Genauso wenig Anhaltspunkte erhält man, warum die Montanmitbestimmung als Errungenschaft der Arbeiterbewegung verteidigungswert sein soll. Die Christlich-Sozialen erscheinen, auch im Hinblick auf die Zukunft, als Bündnispartner im Kampf für deren Erhalt. An sie ist die Dokumentation wohl auch gerichtet. – (roh)

Gewerkschaft der Polizei/Richter in der ÖTV

Rechtsstaatliche Kritik an Gesetzen der Reaktion zur inneren Sicherheit

Die zum Teil bereits beschlossenen, zum Teil noch im Bundestag abschließend zu behandelnden Gesetze zur inneren Sicherheit verschaffen den Justiz- und Polizeibehörden einen großen Spielraum in der Verfolgung und Unterdrückung der Arbeiterbevölkerung, insbesondere der ausländischen Arbeiter, und der politischen Opposition. Der Einsatz verdeckter Ermittler der Polizei, das heißt beamteter Spitzel, ist beschlossen, die Beschleunigung von Strafprozessen unter Ausschluß von Berufungsmöglichkeiten in Vorbereitung, das abgestufte Straf- und Sonderbehandlungssystem in den Gefängnissen bis zur Isolationsfolter wird weiter ausgebaut. Solche Maßnahmen kann die Reaktion nützen, um eine Bande von brutalen Schlägern, Spitzeln, Richtern, die zu allem bereit sind, heranzuziehen und zu fördern. In vielen Teilen des Polizei-, Justiz- und Gefängniswesens sind Mitglieder von DGB-Gewerkschaften, vor allem der ÖTV und der Gewerkschaft der Polizei tätig, die solchen Entwicklungen entgegenzutreten können und durch Enthüllung und Kritik zur Zersetzung solcher Banden beitragen können. Die Gewerkschaften üben Kritik an den Sicherheitsgesetzen – aber nie, ohne den Rechtsstaat zu verteidigen. Und die in den Bereichen tätigen Gewerkschaftskörperschaften sind sich im großen und ganzen darin einig, daß mehr Arbeitsplätze in der Justiz, im Justizvollzug und bei der Polizei sein müssen.

Der Vorsitzende der Fachgruppe Richter beim Vorstand der ÖTV, Ulrich Vultejus, hält z.B. in der Kritik der geplanten Gesetze zur inneren Si-

cherheit fest:

„Bei den Kapitalverbrechen, insbesondere den Tötungsdelikten (Mord, Totschlag) haben wir ein merkwürdiges Phänomen zu beobachten. Seit Bestehen einer Reichs- bzw. Bundeskriminalstatistik ... haben wir nämlich ... umgerechnet auf 100000 Einwohner, kaum Schwankungen zu verzeichnen ... Die Aufklärungsquote schwankt um 95%. Sie kann kaum nennenswert gesteigert werden. Es liegt auf der Hand, daß jedenfalls die Überwachungsgesetze hier keine Verbesserung herbeiführen können ... Die jetzt in einem mühsamen geschichtlichen Prozeß erkämpfte Balance der Macht (durch die Gewaltenteilung, d. Red.) ist die wahre Grundlage unserer Sicherheit. Sie schützt vor Machtmißbrauch und Extremen ... Durch die Überwachungsgesetze gerät sie in Gefahr,“ weil „das Gewicht weiter zugunsten der Strafverfolgungsbehörden verschoben wird, wenn sie über ein Wissen verfügen, das der Verteidigung nicht zugänglich ist.“

Vultejus spricht sich zwar ausdrücklich gegen mehr Polizei und Justiz gegen die sogenannte Kleinkriminalität, das sind einfache Diebstähle und Betrügereien, und gegen sogenannte Schwere Kriminalität wie Mord aus, weil solche Gesetzesübertretungen und Grausamkeiten nicht durch mehr Polizei und Justiz verhindert würden, sondern gesellschaftliche Umwälzungen erfordern, seine Begründung jedoch bleibt dem Rechtsstaat und der rechtsstaatlichen Strafverfolgung verhaftet: Er fordert Chancengleichheit für Strafverfolgung und Verteidigung, verlangt



Der Bundeskongreß der Gewerkschaft der Polizei im November 1986 forderte mehr Stellen für Polizisten und bessere Bezahlung von Einsätzen bei Demonstrationen.

aber auch, daß politische Delikte verfolgt werden unter der Bedingung, daß „die Grenze zwischen der Verfolgung kriminellen Unrechts und der einer politischen Gesinnung peinlichst genau“ eingehalten wird. Dieses Verfahren kommt demokratisch daher, führt aber am Ende doch auch dazu, daß Sachbeschädigung, Landfriedensbruch, Beleidigung, Nötigung der Polizei, Verächtlichmachung von Staatsorganen usw. als kriminelle Delikte bestraft werden, indem die Gerichte die politischen Absichten der Angeklagten ignorieren. Da der politischen Tätigkeit durch eine große Zahl von Gesetzen juristische Grenzen gezogen sind, findet sich gegen zahlreiche Äußerungen und Aktionen der politischen Opposition nahezu immer ein Gesetz, mit dem sich ihr krimineller Charakter feststellen läßt, wenn die politischen Verhältnisse es möglich und opportun erscheinen lassen. Mit seiner Kritik wird Vultejus kaum Wirkung bei reaktionären Kollegen erzielen, die die von der sozial-liberalen Koalition betriebene Trennung von „kriminellen“ Taten und politischer Gesinnung schließlich ohne Aufregung mitgemacht haben und geurteilt haben.

50000 neue Stellen bei der Polizei verlangt der neue Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Hermann Lutz. Lutz ist Mitglied der CDU-Sozialausschüsse und der erste nicht-sozialdemokratische Gewerkschaftsvorsitzende im DGB. Dennoch ist die von ihm aufgestellte Forderung nach mehr Personal für die staatlichen Unterdrückungsorgane im Rahmen der Gewerkschaften der öffentlichen Dienste keine einsame CDU-Position im DGB. Lutz formulierte nur aus, was der Hauptvorstand der GdP noch unter Leitung des früheren Vorsitzenden, dem SPD-Mitglied Schröder, als Leitanspruch zur inneren Sicherheit dem Bundeskongreß der GdP vorgelegt hatte. Darin heißt es:

„Die Polizei muß Sicherheit und Freiheit garantieren. Durch Vermehrung der Aufgaben und enorme Zunahme der Einsätze ist sie dazu nicht mehr in der Lage. Daher sind – eine erhebliche Verstärkung der Polizei, – eine Entbürokratisierung von Organisation und Arbeitsabläufen unverzichtbar.“

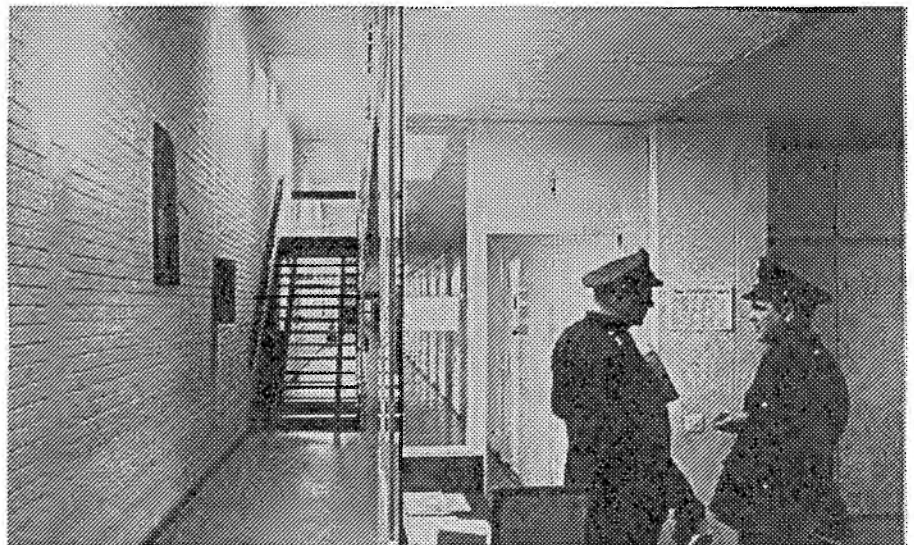
Nur so kann der starken Überlastung und Überforderung des einzelnen Beamten – insbesondere im Wechselschichtdienst – wirkungsvoll begegnet werden.“

Die GdP hat zwar Kritik an den geplanten Sicherheitsgesetzen geäußert. Sie beschränkte sich im wesentlichen jedoch auf die Ablehnung der „Kronzeugenregelung“. Tatsächlich ist sie innerhalb der DGB-Gewerkschaften einer der stärksten Fürsprecher von „fälschungssicheren Personalausweisen und Kfz-Kennzeichen“ und für „ver-

Polizeiliche Kriminalstatistik*

Jahr	Fälle	pro 100000 Einwohner	Staatschutzdelikte
1974	2741728	4419	2272
1975	2919390	4721	3596
1976	3063271	4980	5085
1977	3287642	5355	7220
1978	3380516	5514	7376
1979	3533802	5761	7580
1980	3815774	6198	9078
1981	4071873	6603	16545
1982	4291975	6963	14364
1983	4345107	7074	14766
1984	4132783	6755	13093
1985	4215451	6909	12479

* Die Polizeiliche Kriminalstatistik erfaßt alle Fälle, in denen die Polizei Ermittlungsakten an die Staatsanwaltschaften weiterleitet, also nicht die tatsächlich verurteilten Verstöße gegen das Strafgesetzbuch. Staatschutzdelikte, darunter z.B. Landfriedensbruch und andere Vorkommnisse bei Demonstrationen, werden in einer gesonderten Statistik erfaßt, ebenso alle Verkehrsdelikte, so daß z.B. Angaben über fahrlässige Körperverletzung nicht die – nach gleichem Strafrecht verfolgten – Verkehrsunfälle mit Verletzungen enthalten. Quelle: Bulletin der Bundesregierung vom 28.4.86, Nr. 44/86.



Über 60000 Gefangene sitzen in BRD-Haftanstalten, über 113000 Leute haben die Gerichte 1984 zu Freiheitsstrafen verurteilt. Die BRD hält damit – im Verhältnis zur Bevölkerung – einen Spitzenplatz in Europa.

stärkte europäische Zusammenarbeit in der Terroristenverfolgung“. Die Erörterung über die Gründe für die „enorme Zunahme der Einsätze“ führt die Gewerkschaft jedenfalls nicht öffentlich zugänglich. Der Gewerkschaftstag entschloß sich lediglich zu der Feststellung:

„Das Prinzip der parlamentarischen Demokratie entbindet die Politik nicht, sich ständig um die Zustimmung der Bürger zu bemühen ... Politische Entscheidungsprozesse dürfen nicht durch polizeiliche Maßnahmen ersetzt werden.“

Damit wenden sich die Delegierten zwar dagegen, daß die Polizei Auseinandersetzungen wie um das Atomprogramm der Bundesregierung, um den Bau von Kernkraftwerken, die Stationierung der Mittelstrecken-Raketen, den Einsatz von Streikbrechern mit militärischen Mitteln entscheiden soll, indem die Gegner auseinandergetrie-

ben oder festgenommen werden. Sie sehen aber davon ab, daß die Polizei in diesen politischen und sozialen Kämpfen ein Mittel der parlamentarischen Demokratie ist, um politische Kämpfe für den Staatsapparat zu entscheiden. Den Beschlüssen des Bundeskongresses der GdP ist zu entnehmen, daß die gewerkschaftlich organisierten Polizisten keine Freude am Einsatz gegen Großdemonstrationen oder der Verfolgung von unzähligen Diebstahlsdelikten haben. Kritik an der Dienstrechtforderung nach Gehorsam gegenüber der Einsatzleitung, egal, welche politische Auffassung der einzelne Polizist über den Einsatz hat, wird jedoch nicht geäußert.

Quellenhinweis: Jürgen Seifert, Ulrich Vultejus, Die Sicherheitsgesetze, Hamburg 1986; Deutsche Polizei, Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei, Nr. 12/86 und Nr. 1/87 – (uld)

„Schlesiertreffen“ – CDU/CSU und Faschisten mobilisieren

Hannover. „Mit uns für Schlesiens Zukunft“, unter diesem Motto soll am 20./21.6.87 das „Deutschlandtreffen der Schlesier“ in Hannover stattfinden. Neben Ministerpräsident Albrecht wird F.J. Strauß als Hauptredner auftreten. Die NPD mobilisiert ebenfalls zum „Schlesiertreffen“. Zum gleichen Zeitpunkt will sie in Hannover ihr „Deutschlandtreffen“ durchführen und hat städtische Räume beantragt. OB Schmalstieg (SPD) sieht durch das Auftreten der NPD den „Ruf Hannovers“ gefährdet. VVN und Volksfront haben vom Rat das „Verbot der Vergabe von städtischen Räumen“ an die NPD gefordert, ebenso die GABLRatsfraktion in einem Antrag. Auf dem Neujahrsempfang rief der DGB zur Verhinderung des NPD-Treffens auf. Daß die mit dem „Schlesiertreffen“ von Bundes- und Landesregierung, „Vertriebenen“ und Faschisten betriebene revanchistische Mobilisierung aber weitgehend unerwähnt bleibt, ist ein schwerwiegender Fehler. „Schlesien bleibt polnisch“, das war die Lösung vor zwei Jahren. Davon muß beim Aktionseinheitstreffen Ende Januar ausgegangen werden. – (gec)

Polizeiüberfall auf ein Roma-Lager

Köln. Mehr als 150 Polizisten drangen am 11.1. in etwa 40 Wohnwagen und Zelte ein, in denen Roma-Familien leben. Die Polizisten zwangen die Bewohner, sich vor den Unterkünften aufzustellen, und durchwühlten die gesamte Habe. Menschen und Unterkünfte wurden mit Nummern versehen und mit Sofortbildkameras fotografiert, beschlagnahmte Gegenstände wurden mit diesen Fotos zusammen verpackt. Dieses menschenverachtende Vorgehen wurde auch gegen Kinder praktiziert. 56 Mitglieder der Roma-Familien, darunter auch Kinder, wurden zum Polizeipräsidium verfrachtet und erkennungsdienstlich behandelt. Der Anlaß: Die Staatsanwaltschaft Krefeld ermittelt wegen Einbrüchen, bei denen „Landfahrerpaare aufgefallen sind“. Das Amtsgericht Köln stellte einen Durchsuchungsbefehl aus, der nur einen Namen nennt. In einer Erklärung protestierte der Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband NRW: „Das Vorgehen der Polizei ist menschenverachtend.“ Seit November bemüht sich der Landesverband um eine menschenwürdige Unterbringung der Familien. Die Stadtverwaltung lehnte jede Unterstützung ab. Die Grünen wollen jetzt Anzeige erheben u.a. wegen unterlassener Hilfeleistung und wegen Freiheitsberaubung im Amt. Die Stadt sah sich inzwischen gezwungen, ein leerstehendes Haus für einige Familien bereitzustellen. – (gba)



Am Freitag, den 9.1. demonstrierten ca. 300 aus Anlaß einer Wahlkampfveranstaltung der CDU mit Helmut Kohl durch Ludwigshafen zur Ebert-Halle. Aufgerufen hatte die Antifaschistische Aktionseinheit Mannheim/Ludwigshafen. Der Aufruf richtete sich z.B. gegen Nationalismus, Revanchismus, Geschichtsfälschung, Rassismus, Sozialabbau und Angriffe auf Gewerkschaften. – (bar)

Nationalhymne „verunglimpft“: 16 Stunden Arbeitseinsatz

Göttingen. Zu 16 Stunden Arbeitseinsatz ist ein Schüler verurteilt worden, der die Schülerzeitung „Ahua“ verteilt hat, in der die Nationalhymne in „Anarchie und Recht und Chaos für ...“ usw. und in „Brenne deutsches Vaterland“ umgedichtet worden war. Die „Ahua“ hat intensiv die faschistische Schülerzeitung „Komet“ bekämpft, die von der NPD gesteuert wird. „Komet“ hat im letzten Jahr aufgegeben. Ein Rattenschwanz von Prozessen gegen „Ahua“-Mitarbeiter und andere Antifaschisten hat die Auseinandersetzung begleitet. In der Nacht des 16.1.87 ist ein ehemaliger „Komet“-Mitarbeiter sowie NPD- und JN-Mitglied beim Bombenbasteln durch vorzeitige Explosion ums Leben gekommen. Bei ihm fand sich ein Waffenarsenal von Plastiksprengstoff und Schußwaffen. Die Polizei spricht von einem Einzeltäter, tatsächlich handelt es sich um die Vorbereitung der NPD auf ihren Landesparteitag im Frühjahr, gegen den sich eine breite Aktionseinheit bildet. – (kek)

Mechtersheimer rassistisch

Heilbronn. Am zweiten Jahrestag des Pershing-Unfalls auf der Heilbronner Waldheide demonstrierten etwa 4000 Menschen. Es beteiligten sich nicht nur die auf Wählerstimmen hoffenden SPD und Friedensliste. Ein von Autonomem verteiltes Flugblatt enthüllte die NATO-Strategie und die Rolle der BRD dabei nach außen und innen. Redner auf der Kundgebung waren K. Zwickel von der IGM und A. Mechtersheimer von den Grünen. In einem Interview in der Lokalpresse einen Tag später sagte Mechtersheimer u.a.: „Wir müssen realistischerweise zugestehen, daß es bei uns diese starke Friedens-

bewegung nicht gäbe, nie gegeben hätte, wenn das deutsche Atomwaffen wären. Hier verbinden sich humanitäre Aspekte gegen Atomwaffen natürlich ganz stark mit Ablehnung und Abneigung von Fremdem. Was teilweise, wenn es um Unterjochung und Abhängigkeit geht, auch etwas Legitimes ist.“ – (bes)

Ausstellung über Neonazismus verboten

Fürth. Eine Ausstellung über „Neonazismus“ am Oberasbacher Gymnasium (Landkreis Fürth) mußte – allem Anschein nach – auf Intervention der bayerischen Staatsregierung vorzeitig abgebaut werden. Aufgrund einer Denunziation bei der Staatsregierung fuhr der Schulleiter nach München, wonach dann die Ausstellung abgebaut wurde. Eine Stellungnahme des DKP-Vorsitzenden Herbert Mies (neben Äußerungen von Strauß und Willy Brandt) als Bestandteil der Ausstellung war der Stein des Anstoßes. Sie sei „zu tendenziös“. Außerdem versuchte der Schulleiter, eine Liste der Schüler zu erhalten, die an der Ausstellung mitgearbeitet hatten. Die GEW kritisierte, daß die bayerische Staatskanzlei die Beschwerde annahm und darüber hinaus das Kultusministerium anwies, „für Ordnung zu sorgen“. Der CSU sei „eine Behandlung des Themas Neonazismus unter dem Aspekt der fortwirkenden Gefährdung – wie es die Ausstellung versuchte – höchst unangenehm.“ Mittlerweile dementieren Schulleiter und Staatskanzlei die initiale Beteiligung der Regierung. Viele erinnern sich aber daran, daß bereits vor sechs Jahren seitens der Schülerunion eine Denunziationskampagne gegen linke Schüler und Lehrer initiiert worden war. Diesmal waren faschistische Parolen wie „Heil Hitler“ im Zettelkasten der Ausstellung in der großen Überzahl gewesen. – (dax)

Asylbewerber

Die Wohnbedingungen in Hamburger Lagern sind lebensbedrohlich

Hamburg. Am 2.1.1987 brannten in Hamburg St. Pauli in der Hopfenstraße mehrere Stockwerke einer sog. „Wohnunterkunft“ für Asylbewerber restlos aus, 59 Menschen, darunter 23 Kinder, mußten evakuiert werden und verloren ihre gesamte Habe. In dieser Unterkunft haben hauptsächlich Asylbewerber aus Afrika gewohnt. Die Polizei geht davon aus, daß ein Kabel im Holzgebälk durchgeschmort ist, die bürgerliche Presse spekuliert ganz offen über einen Brandanschlag. „Ein technischer Defekt als Ursache – das wäre dann das Ende einer Serie: Brandstifter legten am Dienstag das Hauptgebäude der Asylantenunterkunft in Kollow in Schutt und Asche.“ (Hamburger Abendblatt, 3.1.1987)

So oder so, die lagermäßige Unterbringung der Asylbewerber hat der

meinschaftsunterkünften oder Stundenhôtels untergebracht worden sind, muß heute fast die Hälfte aller in Hamburg lebenden Asylbewerber bereits in Lager gesteckt leben.

Das jetzt abgebrannte Haus wird im Schwarzbuch Asyl 1986 u.a. so beschrieben: „Das Haus ist Alterssubstanz, schlechter Zustand. Seit Benutzung des Hauses für die Unterbringung von Asylbewerbern (Anfang '83) werden ununterbrochen Renovierungsarbeiten durchgeführt, die bis heute nicht abgeschlossen sind ... So war z.B. das Treppengeländer im 3. und 4. Stock zwei Jahre lang zerstört, es wurde erst im Juni 1985 provisorisch gesichert. Die Baubehörde wußte die ganze Zeit Bescheid. Auch wurde der Bauschutt nicht außen am Haus durch eine geschlossene Rutsche entfernt,

leben müssen. Dort ist der größte Teil der Kochplatten nicht benutzbar, weshalb die Asylbewerber sich einen Herd vom Sperrmüll beschafft haben, der aber nur notdürftig angeschlossen ist – erhöhte Brandgefahr. Warmes Wasser ist nicht vorhanden, Putzgeräte und Putzmittel fehlen, Flure sind verwahrlost. Beschwerden beim Heimleiter sind erfolglos geblieben. Die GAL will jetzt sämtliche „Wohnunterkünfte“ in Eimsbüttel einer Inspektion unterziehen.

Alle Lager oder Wohnunterkünfte in Hamburg haben einen Hausmeister, die bezirklichen unterstehen extra einem Quartiermeister. Die Zustände in diesen Anlagen sind den Behörden also bestens bekannt und auch genauso gewollt. Der Senat verfolgt damit das Ziel der „Abschreckung“ von Flüchtlingen durch menschenunwürdige Behandlung, Schikane. Die Hamburger Wohnunterkünfte und Lager sind allein im letzten Jahr dreimal Zielscheibe rassistisch motivierter Brandanschläge gewesen. Die Zuteilung von Wohnungen an Asylbewerber bietet dagegen einen erheblichen Schutz vor solchen Mordüberfällen. Da der Senat all dies weiß, an der lagermäßigen Unterbringung aber festhält und diese ausbaut, trifft ihn auch die volle Verantwortung für die mörderischen Auswirkungen seiner Asylpolitik.

Quellenhinweis: Schwarzbuch Asyl, HA 3.1.87, TAZ 3.1.87 – (mek)



Wohnlager Knabenweg – ehemaliges Jugendheim, schlechte Bausubstanz

Hamburger Senat zu vertreten. Noch 1980 lehnte der damalige Innensenator diese als „KZ-Architektur“ ab, ein Jahr später wurden die ersten dann unter der zynischen Bezeichnung „Gemeinschaftsunterkünfte“ eingerichtet. Die Behörde für Jugend, Arbeit und Soziales unterhält mittlerweile sieben solche Lager mit ca. 1000 Plätzen, die Bezirke unterhalten weitere „Wohnunterkünfte“ mit ca. 2000 Plätzen. Die behördlichen Lager liegen fast ausnahmslos entweder am Stadtrand oder in Industriegebieten, die bezirklichen zwar zentrumsnäher, gemeinsam ist aber fast allen, daß die Gebäude, die vielfach kurz vor dem Abriß standen, altersschwach bis baufällig sind. Manchmal sind nicht mal Duschen vorhanden. Da ab 1982 neu eingereiste Asylbewerber in der Regel nur noch in Ge-

sondern durch das Treppenhaus geschafft. Bauschutt und Materialien lagen in den Fluren. Der private Eigentümer ... kassiert auch bei diesen Bedingungen, die eine Mietminderung rechtfertigen würden, pro Bett/pro Monat warm ca. 190,-DM.“ Die beiden Nachbarhäuser sind Bordelle, im Haus treten regelmäßig Kakerlaken, Mäuse, einmal auch Ratten auf. Die kleinen Kinder sind durch die häufigen Desinfektionen stark gefährdet. Im Haus gab es keinen Feuerlöscher. Zum Zeitpunkt des Brandes waren die Renovierungsarbeiten immer noch nicht abgeschlossen.

Ähnlich schlimme Zustände fand die GAL Fachgruppe „Immigranten und Asyl“ in der vergangenen Woche im Wohnheim Ottersbekallee in Hamburg Eimsbüttel, in dem 52 Asylbewerber

KZ-Zwangsarbeit für Benz

Forderung nach Gedenkstätte kommt voran

Mannheim. Am 27.2. wird sich der Gemeinderat mit drei Anträgen befassen, die die Errichtung eines Dokumentationsraumes in der Gustav-Wiederkehr-Schule zum Ziel haben.

Von September 1944 bis März 1945 bestand in dieser Schule in Mannheim-Sandhofen eine Außenstelle des KZ Natzweiler/Elßaß. Die SS hatte diese Außenstelle auf Anforderung von Daimler-Benz eingerichtet. Die 1060 Häftlinge hatten es dort noch schlechter als in Buchenwald, wie ein Überlebender berichtet. Nach drei Monaten im KZ waren 200 der Insassen so zugerichtet, daß sie arbeitsunfähig waren; sie wurden von der SS abtransportiert; 111 von ihnen kamen unmittelbar darauf um. Ein Häftling ist in jener Zeit öffentlich auf dem Schulhof erhängt worden.

Die Auseinandersetzung um eine angemessene Gedenkstätte zur Erinnerung an die genannten Verbrechen des Daimler-Benz-Konzerns und der SS hat schon eine längere Geschichte: 1982 gelang es nach mehrmaligen Anläufen dem Stadtjugendring, der Deutsch-Polnischen Gesellschaft und

der VVN, die Anbringung einer Gedenktafel an der heutigen Grundschule durchzusetzen. Der Preis dafür war allerdings, daß der Name Benz nicht auf der Tafel erwähnt werden durfte.

Seit einem Jahr nun fordern u.a. VVN, DGB, SJR, Deutsch-Polnische Gesellschaft und die Volksfront den Dokumentationsraum. Der Gemeinderat stellte sich im Mai 1986 gegen einen entsprechenden Antrag der Grünen, die ihn nach einem abgewiesenen Alternativvorschlag der SPD (Darstellung der Lage der Zwangsarbeiter im Landesmuseum für Technik und Arbeit) zurückzogen.

Die CDU betreibt unterdessen unverminderte Hetze gegen die Forderung nach einem Dokumentationsraum. Sie bedient sich dabei besonders der Vereine und der Presse. Ein evangelischer Pfarrer erdteiste sich, am Totensonntag 1986 in Sandhofen ausdrücklich der gefallenen SS-Angehörigen zu gedenken.

Die Veranstaltungs- und sonstigen Aktivitäten von VVN, DGB, Volksfront und eines Arbeitskreises des Stadtjugendrings haben mittlerweile die SPD veranlaßt, nun doch auch ihrerseits einen Dokumentationsraum unter Leitung des Stadtarchivs zu fordern; die DKP hat einen ähnlichen Antrag eingereicht. Die Grünen stellen ihren einstigen Antrag erneut, ergänzt um die Forderung, Daimler-Benz solle sich an den Kosten der Einrichtung beteiligen. – (tht)

Anti-AKW-Bewegung

Buko fand statt, Illegalisierung geht weiter

Nürnberg. Nachdem die Bundeskonferenz (Buko) der Anti-AKW-Bewegung in Regensburg Ende letzten Jahres verboten war und durch massive Polizeieinsätze Buko-Teilnehmer verfolgt und verhaftet wurden, fand vom 16. bis 18.1. im Nürnberger KOMM die Buko jetzt mit ca. 1000 Teilnehmern statt. Für das Stattfinden der Buko war Unterstützung organisiert worden. Ein Aufruf wurde u.a. auch von SPD-Gliederungen und dem 1. Bevollmächtigten der IG Metall unterzeichnet. Die GRÜNEN verlegten ihre Bundeshauptausschuß-Sitzung ins KOMM.

Im Vorfeld der Buko sowie während der gesamten Konferenz gab es ständig gerichtliche Auseinandersetzungen um das Verbot. Auf Bitten des Innenministeriums hatte die Regierung Mittelfranken die Stadt Nürnberg angewiesen, die Buko zu verbieten, u.a. mit der Begründung, daß laut Innenministerium gerade auch von Robert Jungk und Brigitte Heinrich (MdE) gewaltbejahende Äußerungen zu erwarten seien. Die Buko wurde dennoch kurz vor Beginn vom bayerischen VGH erlaubt. Die Veranstalter und

„Leiter der Arbeitsgruppen“ (die der Polizei bekanntgemacht werden sollten) wurden aber gerichtlich verpflichtet, bei „allen Demonstrationen und Diskussionen Aufrufe zu Straftaten und gewalttätigem Widerstand gegen öffentliche Einrichtungen“ zu unterbinden. Es war verboten, „die BRD zu beschuldigen, die Ermordung Gefangener aus der RAF beschlossen zu haben und Personen aus politischen Gründen gefangen zu halten.“

Mit einer Eröffnungsveranstaltung mit etwa 1500 Teilnehmern, auf der auch u.a. Robert Jungk und Brigitte Heinrich redeten, begann die Buko. Auf einer Kundgebung am Samstag mit 2000 Teilnehmern wurde auch eine Rede über die politischen Gefangenen gehalten. In ca. zehn Arbeitsgruppen wurde geplant, daß im Herbst 1987, neben einer Großdemonstration in Wackersdorf, Blockadeaktionen vor Zuliefererfirmen stattfinden sollen. Weiterhin wurde in Arbeitsgruppen beschlossen, Kampagnen gegen den „Siemens-KWU-Konzern“ durchzuführen sowie symbolisches Schrauben an Strommasten und verstärkten Widerstand gegen Atomtransporte.

Die Konferenz beschloß in ihrem Verlauf, sich nicht an die Auflagen zu halten. Stadt und Staatsregierung ergriffen sofort die Gelegenheit zu einem neuerlichen Verbot. Eine Räumung aber unterblieb: zahlreiche Teilnehmer hatten sich auch nachts in den Räumen verbarrikadiert. Unter Räumungsdrohung und Zeitdruck mußte die Konferenz am Sonntag beendet werden, so daß es zu keiner Bestätigung der Planungen der Arbeitsgruppen durch das Plenum kam.

Obwohl die Absicht der bayerischen Staatsregierung, durch bürgerkriegsartige Polizeipräsenz (5500 Polizisten) Zwischenfälle zu provozieren, scheiterte und die Konferenz tagte, ist die Illegalisierung der autonomen Anti-AKW-Bewegung nicht gestoppt. Es ist außerdem abzuwarten, ob die CSU etwas unternimmt, um sichtbare Friktionen beim Einsatz des Staatsapparates in der Zukunft auszuschließen. – (dax)

Entgelttarifvertrag

Läßt sich die IG Chemie auf Kapitalistenkonzept ein?

Hannover. Abkoppeln der Niedriglöhne und mehr Tarifgruppen als bisher in diesem Bereich, starke Differenzierung im Facharbeiterbereich, Senkung des Tarifgehalts für Teile der kaufmännischen Angestellten (bei „Besitzstandswahrung“, d.h. Lohnsenkung auf Zeit) – so lassen sich die Minuspunkte des nach mehr als fünf Jahren Verhandlungen um einen „Entgelttarifvertrag Chemie“ wesentlich von den Chemiekapitalisten durchgesetzten bis-

herigen Ergebnisses zusammenfassen.

Ausgangspunkt der IG Chemie in den Entgelttarifverhandlungen mit dem Bundesarbeitgeberverband Chemie war es, eine gleiche Bezahlung von Arbeitern, kaufmännischen und technischen Angestellten mit jeweils 3- bzw. 3 1/2-jähriger Ausbildung durch Angleichung an das ca. 500 bis 1000 DM höhere Tarifniveau der T-Angestellten durchzusetzen, zum Teil durch Absicherung von bisherigen Übertarifen. Es droht, daß dieses Ziel weitgehend verfehlt wird.

–Die Masse der Facharbeiter/Handwerker soll in der untersten (E 6) von



CD-Herstellung bei Polygram in Hannover

drei Entgeltgruppen (bisher zwei Lohngruppen) „hängenbleiben“. Die „Angleichung“ soll zum Teil durch Tarifabsenkung für die K 3-Angestellten erfolgen. Auch dafür will der BAVC noch einen „Übergangszeitraum“ von ca. zehn Jahren durchsetzen. Starke Differenzierung wird allemal eintreten.

–Noch ist nicht schriftlich vereinbart, daß die neue E 6 nicht niedriger liegt als die alte LG 1. Aber auch dann würde die tarifliche Spanne zwischen „Ungelernten/Angelehrten“ und „Gelernten“ sich erhöhen. Fünf statt vorher drei bis vier Gruppen werden zu stärkerer Differenzierung und Senkung der durchschnittlichen Löhne in diesem Bereich führen.

–Und sind erst die Übertarife im Facharbeiterbereich weg, welche Front besteht dann noch zur Verteidigung von Übertarifen im Niedriglohnbereich oder zur Überwälzung von Tarifierhöhungen auf den Effektivlohn?

Die IG CPK geht von einem Abschluß noch im Rahmen der diesjährigen Lohntarifrunde aus. Auch hier liegt die Befürchtung nahe, daß bei einem Abschluß als „Paket“ die Tarifierhöhung leidet – damit aber insbesondere die Interessen der Niedriglöhner, die bei den Entgelttarifverhandlungen ja von vornherein außen vor geblieben waren. – (mio)

Siemens AG

Flexiblere Arbeitszeiten und mehr Beweglichkeit in den Lohnformen

München. Auf dem Bayerischen Unternehmertag 1987 in München behandelte ein Arbeitskreis die Thematik: „Die sozialpolitische Landschaft muß beweglicher werden. Bei Löhnen und Arbeitszeiten wird es immer weniger Gleichschritt geben können und immer mehr Flexibilität geben müssen“. Das zentrale Thema dieses Arbeitskreises wurde die Forderung nach neuen, leistungsgerechteren Entgeltgrundlagen, die durch den Direktor für Personalfragen in der Siemens AG, Walter Schusser, eingebracht wurde. Er vertrat die Ansicht, daß mehr Beweglichkeit in den Lohnformen sowohl den Unternehmen wie auch den Beschäftigten guttun könnte. Er kritisierte den Zustand, daß heute immer noch primär

Einführung von Arbeitszeiten rund um die Uhr und am Wochenende – mit diesen Vorstellungen auch auf die Löhne und Gehälter auszuweiten und für dieses Konzept die Reihen der Kapitalisten zusammenzuschließen. Welche Erfolge konnten die Siemens-Kapitalisten für sich verbuchen und wie versuchen sie die Arbeiterbewegung zu isolieren? Im Geschäftsbericht 1985 schreibt die Siemens AG zur Einführung von „Flexiblen Arbeitszeiten“: „Wir haben im Berichtsjahr 113 Betriebsvereinbarungen mit unterschiedlichen Modellen zur Arbeitszeitverkürzung und -flexibilisierung abgeschlossen. Mit der Differenzierung der Arbeitszeit sowie der Entkoppelung von Arbeits- und Betriebsnutzungszeit



Im Präsidium der IHK München-Oberbayern ist die Siemens AG mit Prof. Dr. Heinz Gumin vertreten, der Vorsitzender des Außenwirtschaftsausschusses der IHK ist.

nach der Zeit und allenfalls nach einer erbrachten Mengenleistung bezahlt werde, wogegen andere „Leistungsaspekte“ wie z.B. Qualität, Fehlerfreiheit, die Nutzung der Anlagen, Materialverbrauch oder Kostenbewußtsein völlig verdrängt würden. Seine Differenzierungsvorstellungen gipfelten in der Feststellung, daß Teile des Einkommens „erfolgsabhängig“ sein müssten, um eine Erfolgsorientierung bei den Mitarbeitern durchzusetzen. Der Einkommensrückgang in „schwierigeren Wirtschaftslagen“ würde zu einer Leistungssteigerung beitragen. Eine stärkere Differenzierung der unteren Lohngruppen im Vergleich zum Ecklohn sei angesichts der hohen Arbeitslosigkeit bei Un- und Angelernten unabdingbar.

Die Siemens AG versucht den Angriff gegen den Normalarbeitstag –

kann den Erfordernissen des einzelnen Betriebes und auch den Interessen der Mitarbeiter besser als in einem starren System entsprochen werden.“

Ein – auch über die bayerischen Landesgrenzen hinaus – bekanntes Beispiel dürfte das neue Halbleiterwerk in Regensburg sein, das seit März 1986 für 350 Beschäftigte die Arbeit rund um die Uhr und an sieben Tagen in der Woche eingeführt hat und dafür die Zustimmung des Betriebsrates erzwingen konnte. Diese einschneidende Veränderung des Normalarbeitstages müsse sein, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben, kann aus den Vorstandsetagen der Siemens AG vernommen werden. Vor allem produktionstechnische Argumente sollen dafür herhalten, um den Widerstand gegen die Sonntagsarbeit zu brechen. Durch reines Liegenlassen halbfertiger

Chips veränderten diese übers Wochenende ihre Eigenschaften und würden dann unbrauchbar werden. Für solche Argumente ist eine Bayerische Staatsregierung und ihr zuständiger Sozialminister Karl Hillermeier immer zu haben. Die Vertreter des Arbeits- und Sozialministeriums haben sich von der Siemens AG überzeugen lassen, daß, wenn ein kontinuierlicher Betrieb nicht stattfindet, eine Ausschußquote von über fünf Prozent zu erwarten sei. Diese fünf Prozent sind gegenwärtig die gesetzliche Unbedenklichkeitsgrenze. Mit diesem Fünf-Prozent-Ausschlußargument steht für nahezu jede Produktion das Sonntagsarbeitsverbot zum Abschluß frei. Ausführungen von Dr. Hermann R. Franz, dem Leiter des Unternehmensbereichs Bauelemente, geben dieser Befürchtung der Gewerkschaftsbewegung ebenfalls neue Nahrung. Die Produktion in Regensburg (1-Mbit-Speicher) soll nach seinen Aussagen nur ein Meilenstein auf dem Weg zu neuen Logikschaltungen sein. Parallel zur Serienproduktion in Regensburg nimmt Siemens in München ein neues Maskenzentrum und eine weitere Prozeßlinie für bipolare Schnellstlogikschaltungen in der sogenannten „Technologie-Halle“ in Betrieb. In unmittelbarer Nachbarschaft soll auch 1987 das Design-Zentrum in Betrieb gehen, wo anwendungs- und kundenorientierte Logikschaltungen „heranreifen“ sollen. Für diese Projekte will die Siemens AG für ca. 1400 Beschäftigte den Dreischichtbetrieb, im Rhythmus sechs Tage Arbeit, vier Tage frei einführen. Der Betriebsrat in München hat sich gegen die Firmenpläne ausgesprochen.

Die Widerstandsfront gegen die Sonntagsarbeit wird u.a. durch die DAG, die IGM, den DGB, die KAB sowie durch die Oppositionsparteien im bayerischen Landtag, die SPD und die Grünen unterstützt. Diese haben in einem Dringlichkeitsantrag gefordert, daß die Genehmigung für Regensburg zurückgenommen wird und für die Produktion in München keine Unbedenklichkeitsbescheinigung der Siemens AG ausgestellt wird. Und wie versucht die Siemens AG mit dem Widerstand fertig zu werden? Hans Friedrich, der Leiter des Mega-Projekts, stößt die Drohung aus: „Vielleicht können wir tatsächlich einmal kontinuierlich übers Wochenende produzieren, ohne daß die Leute am Samstag und Sonntag kommen müssen. Dann nämlich, wenn wir weitgehend automatisiert haben. Nur braucht dann wahrscheinlich auch am Donnerstag und Freitag keiner mehr zu kommen.“

Quellenhinweis: Siemens Geschäftsbericht 1985, telecom report 9/86, Siemens-Zeitschrift 6/86, Süddeutsche Zeitung, Plenarprotokolle Bay. Landtag. – (clc, dil)

Politische Gefangene

Duisburger Verhaftete seit 5 Monaten in Isolationshaft

Duisburg. Mit Beschluß des Ermittlungsrichters am BGH, Gerlach, vom 13.1.87 wurde Norbert Hofmeier die Aushändigung der Regionalberichte Ruhr verweigert.

Gründe: „In dem genannten Falblatt wird in einem Artikel unter der Überschrift 'Duisburger Verhaftete seit nunmehr vier Monaten in Isolationshaft' in verzerrender Weise über das Ermittlungsverfahren 1 BJs 136/86, für das der Beschuldigte Hofmeier in Haft ist, berichtet. Der Artikel ist angesichts seiner aufwiegenden Tendenz geeignet, beim Leser eine widersätzliche Haltung gegenüber den Vollzugsbediensteten herbeizuführen oder zu fördern und läßt daher eine Gefährdung der Ordnung in der Anstalt befürchten.“

In den Regionalberichten Ruhr vom 26.12.86 wurde ein Interview mit dem Anwalt von Norbert Hofmeier veröffentlicht. Im Anschluß daran war ein Beschlagnahmebeschluß des Bildbandes „Machen Sie sofort die Schranktür zu“, den die Volksfront Bärbel, Norbert und Thomas zugeschickt hat, dokumentiert.

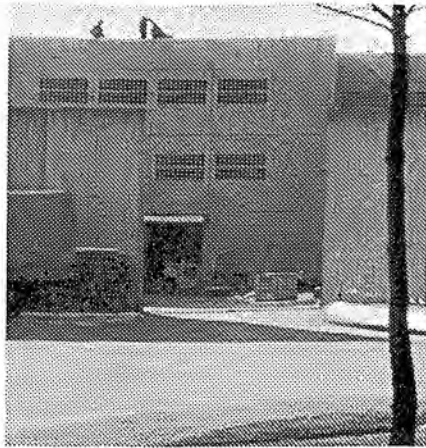
Nachfolgend ein paar Auszüge aus dem Interview mit Rechtsanwalt M. Gödde:

Zur Frage der Haftbedingungen: „Er befindet sich seit dem 20.8.86 im Hochsicherheitstrakt in der JVA Köln-Ossendorf. Er ist dort fast völlig isoliert.“

Zur Frage der Kontaktaufnahme mit anderen Gefangenen: „Zwei Gefangene, mit denen er anfangs durch das Fliegendrahtgitter der Zelle hindurch sprach, wurden schon sehr bald verlegt. Aber auch er selbst wurde wegen des Versuches einer Kontaktaufnahme zu anderen Gefangenen erst kürzlich mit einer Sanktion belegt.“

Zur Frage des Brief- und Besuchsverkehrs: „Mein Mandant hat alle zwei Wochen Anspruch auf einen einstündigen Besuch. Obwohl sich zwischen dem Gefangenen und dem Besucher eine Trennscheibe befindet, sitzt auf jeder Seite der Trennscheibe ein Beamter des LKA. Diese überwachen nicht nur das Gespräch, sondern fertigen gleichzeitig schriftliche Aufzeichnungen vom Gesprächsinhalten. Der Briefverkehr wird durch den Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes überwacht, der nicht nur jeden Brief liest, sondern auch schon ein große Anzahl von Briefen beschlagnahmt hat.“

Zur Frage der Besuchsregelung für die Kinder der Angeschuldigten: „Die Kinder von Bärbel Perau und Norbert Hofmeier sind in die normale, also 14-tägige Besuchsregelung eingebunden. Das heißt, daß sie in „Konkurrenz“ zu



Isolationstrakt in Bielefeld. Hierhin wurde B. Perau verlegt.

anderen Besuchen stehen. Wenn sie von ihren Kindern besucht werden, fällt dadurch anderer Besuch flach; wenn andere Besucher kommen, geht das entsprechend zu Lasten der Kinder ... Anzumerken ist noch, daß Frau Perau – gegen ihren Willen – von Köln-Ossendorf nach Bielefeld-Brackwede verlegt wurde. Das bedeutet, daß die Kinder bei den Besuchen der Mutter jeweils eine Autofahrt von fünf Stunden (hin und zurück) hinzunehmen haben und das, um die Mutter unter unzumutbaren Bedingungen eine Stunde lang zu sehen. Gerade auch deshalb halte ich bürokratische Einwendungen gegen eine Ausweitung des Besuchsrechts der Kinder ... für unerträglich.“ – (i.)

Dioxine

Deponie Münchehagen – ein Pulverfaß

Nienburg. Schon der erste Tag im neuen Jahr ließ die Bevölkerung Münchehagens und Petershagens nicht vergessen, auf welch einem Pulverfaß sie leben. Was war wiederum passiert? Am Silvesternachmittag entdeckte ein Vertreter der Bürgerinitiative „Bürger gegen Giftmüll“ bei seinem Kontrollgang, daß aus der Altdeponie aufgrund des Hochwassers eine stinkende Brühe in den Ringgraben der Deponie und damit in die trinkwasserführende Ilz floß. Wachleute einer Privatfirma, eingesetzt vom Landkreis Nienburg, ignorierten bei ihren Kontrollgängen die austretende gelblich-braune Flüssigkeit. Der Landkreis Nienburg (zuständig für die Gefahrenabwehr) hielt es nach Kenntnis der Austritte noch nicht einmal für nötig, das in den Ringgraben fließende schadstoffhaltige Wasser sofort zu stoppen. Der Landkreis ließ zunächst nur Wasserproben entnehmen. Erst am nächsten Tag wurde (nicht ohne Pannen) mit dem Abpumpen des Wassers begonnen. Einen Tag

lang also konnte das belastete Wasser der Altdeponie ungehindert in die Ilz fließen, obwohl Landkreis und Landesregierung (sie blieb tatenlos) wissen, welche Gefahren von der Altdeponie ausgehen können!

Sicher zur Freude der Chemiekonzerne, die dort in den 70er Jahren Rückstände aus ihrer Chemieproduktion haben lagern lassen, gibt es nämlich kein vollständiges Einlagerungskataster. Das bedeutet, es besteht keine Klarheit über die Art der Giftstoffe sowie über die möglicherweise gefährlichen chemischen Verbindungen, die diese eingehen, da sie zum Teil lose oder in zerquetschten Fässern dort lagern. Nach Informationen der Bürgerinitiative liegen auch Säuren mit Anteilen hochgiftigen Tetra-Dioxins in der Altdeponie. Doch die entnommenen Wasserproben wurden bisher nicht auch auf Dioxine untersucht. Wen wundert's, daß dann laut Pressemitteilung der Landesregierung vom 6.1.87 die austretenden Wassermassen unbedenklich gewesen seien. Einen Tag nach dieser Mitteilung wurde bekannt, daß es bereits am 5.1.87 zu neuen Wasseraustritten, diesmal am Polder 3 der Neudeponie, gekommen war. Wie nicht anders zu erwarten, ließ die Landesregierung verlauten, daß auch dieses Wasser nicht gefährlich wäre. Ziel der Regierung ist letztlich das Verdecken der Probleme und das Beschwichtigen, nicht aber der Schutz und die Erhaltung der Gesundheit der Bevölkerung. Denn dann wäre einerseits die Feststellung und Aufklärung über die Giftstoffe sowie das schonungslose Benennen der Chemiekonzerne, die dort rücksichtslos Gifte eingelagert haben (es liegen dort ca. 80000 verschiedene Giftstoffe), notwendig. Andererseits muß die totale Auskoffierung der Altdeponie und vollständige Sanierung der Polder der Neudeponie schnellstmöglich durchgeführt werden. Dies wird auch seit langem von der Bürgerinitiative gefordert. – (anc)



Giftmülldeponie Münchehagen

Kriegsdienstverweigerer

Zuvildienst beim Deutschen Roten Kreuz: „Menschenführung“ zur Gewinnsteigerung.

Düsseldorf. In der BRD gibt es momentan ca. 76000 Zivildienstplätze, von denen 78% belegt sind, d.h. über 63000 junge Männer erfüllen die Wehrpflicht als Zivildienstleistende (ZDLer). Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) verfügt als bundesweit viertgrößte Dienststelle über 8986 Zivildienstplätze, verteilt auf 879 Zivildienststellen.

Ich begann meine Zivildiensttätigkeit in einem Kreisverband, der über 25 ZDLer verfügte. Als Fahrer von Bereitschaftsärzten und Funker teilte ich das Los mit zehn weiteren Leidensgenossen. Wir arbeiteten 48 Stunden pro Woche in zwei 24-Stunden-Schichten, wobei eine Schicht immer auf das Wochenende fiel, was dazu führte, daß wir größtenteils über ein Jahr auf ein arbeitsfreies Wochenende zu verzichten hatten. Eine Wochenendzulage oder Freizeitausgleich erhielten wir nicht. Mindestens 24 Stunden pro Woche arbeiteten wir Nachtschicht, wofür uns eine „Entschädigung“ von 1,50 DM pro Woche gewährt wurde.

Die Profite, welche das DRK, aber auch alle anderen Zivildienststellen durch den Einsatz von ZDLern erlangen, sind traumhaft. Ein Beispiel aus dem „Mobilen Sozialen Hilfs-Dienst“ (MSHD), einer Einrichtung, die Alte, Kranke und Behinderte direkt in deren Wohnung betreut, zeigt dies. Jede Stunde, die ein ZDLer im Rahmen des sozialen Dienstes leistet, berechnet das DRK dem Kunden oder dem Sozialamt mit 8,85 DM. Geht man davon aus, daß ein ZDLer vier Kunden pro Tag jeweils eine Stunde betreut, so bringt er der Dienststelle im Monat rund 1000 DM ein.

Das DRK dagegen zahlt nichts für die Vernutzung der ZDLer. Im Gegenteil, es erhält sogar noch „Entschädigung“ vom Bundesamt für den Zivildienst (BAZ) für die Zurverfügungstellung von Zivildienstplätzen. Sie ist mit 300 DM monatlich ungefähr so hoch wie der Sold, den ein ZDLer erhält.

Doch dieser Gewinn reicht den meisten DRK-Kreisverbänden noch lange nicht. Über 50000 ZDLer sind nicht im Besitz einer sogenannten „Heimschlaferlaubnis“ und könnten daher von der Dienststelle verpflichtet werden, in einer Dienstunterkunft zu wohnen. Dies wird von den Dienststellen jedoch häufig nicht verlangt, da sie vom BAZ 5 DM Entschädigung pro Schlafplatz pro Tag erhalten, auch wenn diese Wohngelegenheiten nicht genutzt werden und somit auch keine Kosten entstehen.

In meiner Dienststelle stellten wir darüberhinaus fest, daß für uns über-

haupt keine Unterkünfte zur Verfügung standen und somit die DRK-Kreisgeschäftsstelle bei 25 ZDLern seit einigen Jahren 3750 DM pro Monat in die eigene Tasche steckte. Doch damit nicht genug. Unsere Geschäftsstelle betrog uns auch um das uns zustehende Fahrgeld. Die Dienststellen sind nämlich verpflichtet, den ZDLern Fahrgeld zu zahlen, wenn keine Dienstunterkünfte zur Verfügung gestellt werden können. Von unserem Vertrauensmann energisch auf diesen Punkt hin-

Dienstunterkünften begreiflicherweise schnell ab.

Das Bundesamt für den Zivildienst hielt diese Drohungen nicht für „unrechtmäßige Einschüchterungen“, so daß uns kaum noch Möglichkeiten blieben, etwas zu erreichen.

Die Auseinandersetzungen mit der Dienststellenleitung des DRK-Kreisverbandes begannen mit einer von den ZDLern initiierten Vertrauensmannwahl. Nachdem Versuche der Geschäftsstellenleitung, die Wahl zu ver-



Am 9.4.1986 streikten 2000 ZDLer anlässlich der Verabschiedung des neuen Zivildienstgesetzes.

gewiesen, bot man uns 30% der zu zahlenden Summe an, vorausgesetzt, wir würden dann alle „Unternehmungen in dieser Richtung einstellen“.

Diese Form von „Schweigegeld“ lehnten wir kategorisch ab. Da keine Einigung in Sicht war, schalteten wir das BAZ ein. Dies stellte sich auf die Seite des DRK und wies unsere Forderungen ab, nachdem ein „Wohnheim“ – 10-Bett-Zimmer, 4,5 qm pro Person – notdürftig hergerichtet worden war. Auch ein Antrag auf rückwirkende Vergütung wurde abgewiesen, worauf wir vor Gericht zogen. Der Prozeß steht noch aus. Einziehen konnten wir allerdings noch nicht einmal in diese Baracke, da angekündigt wurde, daß dann die „Nachtausgangserlaubnis selbstverständlich aufgehoben wird“. Das hätte zum Aufenthalt in der Dienstunterkunft ab 23.00 Uhr verpflichtet. Nachdem die Geschäftsstelle verlautbart hatte, im Falle eines Einzuges auch noch Mittel und Wege zu finden, den Wochenendausgang zu streichen, flaute unser Interesse an

hindern, gescheitert waren und wir trotz gegenteiliger „Wahlempfehlungen“ einem angeblich „nicht-kooperationswilligen“ Mann unsere Stimmen gegeben hatten, häuften sich in der folgenden Zeit die Angriffe des DRK in der Absicht, uns endgültig mundtot zu machen.

Es wurden Besuchsverbote ausgesprochen, die Arbeitszeit auf 56 Stunden pro Woche erhöht. In Wochen mit Feiertagen leisteten wir ab diesem Zeitpunkt einen 60-stündigen Dienst. Es kam zu „Dienstverpflichtungen“, wobei ZDLer gezwungen wurden, 72 Stunden Dienst in einer Woche zu absolvieren. Schließlich wurde per Dienstanweisung der Funker in seiner Dienstzeit völlig isoliert. Bis zu 24 Stunden war es ihm nun untersagt, den Funkraum zu verlassen. Nur per Dienstpflichtverletzung war es ihm noch möglich, aufs Klo zu gehen oder etwas zu essen.

Gesundheitliche Schäden blieben da nicht aus. Wir litten unter Schlafstörungen aufgrund der unregelmäßigen Schichtarbeit oder unter Rücken-

schmerzen wegen der oft stundenlangen, ununterbrochenen Warterei im Auto, die bei Grippewellen an die 14 Stunden dauern konnte. Der Funker litt nun unter typischen Erscheinungen von Isolation: Reizhung, Abnahme der Denkfähigkeit usw.

Doch das interessierte das DRK nicht. Nach 20 Monaten verlassen die Leute schließlich die Dienststelle, da macht man sich über Folgeschäden keine Gedanken, und die vorgeschriebene Abschlußuntersuchung wird regelmäßig unterlassen. Beschwerden halfen nichts, streiken durften wir nicht, wir ließen uns kollektiv krankschreiben.

Das machte dem DRK schwer zu schaffen, da nun Menschen unsere Arbeit übernehmen mußten, denen Bezahlung zustand. Schließlich hatten schon vor dem Einsatz von ZDLern Taxifahrer diese Arbeit ausgeübt.

Laut §4, Absatz 2.1, Zivildienstgesetz dürfen „Zivildienstplätze nicht anerkannt werden, wenn sie nachweislich einen bisherigen Arbeitsplatz ersetzen oder eine Einrichtung eines neuen Arbeitsplatzes erübrigen sollen“. Trotz-

dem darf z.B. der Marburger Kreisverband des DRK kundtun: „Durch verstärkten Einsatz von ZDLern wird es möglich sein, weitere Einsparungen bei den Personalausgaben zu erreichen“. Beim DRK-Marburg wurden bisher zehn Leute entlassen und durch ZDLer ersetzt. Wieviele wir ersetzt haben und weiterhin ersetzen, weiß nur das DRK und die kassenärztliche Vereinigung, unser „indirekter“ Arbeitgeber.

Schließlich versuchte man an drei ZDLern, von denen einer der gewählte Vertrauensmann war, ein Exempel zu statuieren. Der Dienststellenleiter leitete Disziplinarverfahren aus völlig nichtigen Gründen ein, in denen zum Abschluß eine „strenge Disziplinarmaßnahme“ gefordert wurde. Um dem BAZ mitzuteilen, um welche Sorte „Mensch“ es sich hier handelte, wurde zum Vorwurf, daß die Wagen nicht in der Garage geparkt worden wären, ergänzt, daß es sich bei den in den Wagen befindlichen Geräten um „begehrte Objekte für terroristische Kreise“ handelt.

Als kriegswichtiger Betrieb geht das

DRK konsequent gegen „linke“ ZDLer vor, z.B. gab es Versetzungen aus dem Funkdienst, weil der ZDLer in einem besetzten Haus wohnt, schließlich könnte er Geheimnisse verraten. Häufig werden ZDLer, vor allem Vertrauensmänner, in weit entfernt liegende Kreisverbände versetzt, um sie für ihr Verhalten zu bestrafen und ihnen ihre Aktionsfähigkeit zu nehmen.

Über die oben erwähnten Disziplinarverfahren wagte das BAZ keine Entscheidung zu fällen, da vor allen Dingen der Vertrauensmann bzw. dessen Stellvertreter in ihren Stellungnahmen die Funktion dieser Verfahren aufdecken konnten.

Die Bilanz nach 20monatiger Dienstzeit: Eine Dienstflucht, zwei Ausmusterungsanträge wegen psychischer Schäden, ein Ermittlungsverfahren wegen Sachbeschädigung, fünf Disziplinarverfahren und etliche Verweise.

Ob uns die Worte an die ZDLer von DRK-Präsident Prinz Botho zu Sayn-Wittgenstein „Meinen Dank für das Geleistete“ trösten können? – (fen, rub)

Eine Organisation für den totalen Krieg

Als „Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege“ verzeichnete das Deutsche Rote Kreuz (DRK) 1983 einen Gesamtumsatz von 27 Mrd. DM. Dieser enorme Umsatz stammt in seinen wesentlichen Teilen aus den Kassen der Bundesbehörden. 1984 kassierte das DRK allein für die Ausbildung von Schwesternhelferinnen 5,6 Millionen DM. Sieben Zehntel stammten aus dem Bundesinnenministerium, der Rest kam aus der Kasse des Bundesverteidigungsministeriums. An dieser Schwesternhelferinnen-Ausbildung läßt sich am deutlichsten zeigen, daß das DRK sowohl von seinen Gründungszielen wie auch von seiner praktischen Arbeit her eine Organisation für die totale Mobilmachung ist mit dem Status eines gemeinnützigen Vereins.

Die Absicht von Henry Dunant, dem Begründer der Rot-Kreuz-Vereine, war die Gründung nationaler Gesellschaften, die schon im Frieden sich auf den Kriegsfall vorbereiten sollten „mit Unterstützung und unter Leitung ... militärischer Instanzen“. Angesichts des Krimkrieges hatte Dunant 1863 die Notwendigkeit für das Militär erkannt, Frauen auszubilden, die, dem militärischen Sanitätsdienst unterstellt, verwundete Soldaten für die nächste Schlacht wiederherstellen sollten. Am geeignetsten erschienen dafür Bürgertöchter, konnten sie diesen Dienst doch ehrenamtlich und voll vaterländischer Hingabe leisten. Während des 1. Weltkrieg zogen

9000 Rot-Kreuz-Schwestern mit in die Schlacht gegenüber 2000 Berufsschwestern.

Zur volle Blüte gelangte das DRK, 1921 als nationale Organisation gegründet, während der Nazi-Herrschaft. Zum Wohle der Volksgemeinschaft und der Wehrmacht unterstellte sich das DRK im Juli 1933 der „Reichsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege Deutschlands“ und nahm in sein Emblem das Hakenkreuz auf. „Beide Symbole, das rote Kreuz und das Hakenkreuz, versinnbildlichen das Leitwort, nach dem von jeher jeder DRK-Mann, jede DRK-Frau handelt: Gemeinnutz geht vor Eigennutz“.

Im Jahre 1951 wurde das DRK als nationale Hilfsorganisation wieder-

gegründet, nachdem die Alliierten es 1945 teilweise aufgelöst hatten. 1952 nahm das Internationale Rote Kreuz das DRK wieder auf mit der Verpflichtung, eine schlagkräftige Organisation aufzubauen, die sich „im Frieden auch für die Dienste im Krieg“ vorbereitet.

Dieser Aufgabe widmet sich das DRK mit Eifer. Bis 1984 wurden mehr als 230000 Schwesternhelferinnen ausgebildet, die folgende Erklärung unterzeichnen müssen, um den Schein über den erfolgreichen Abschluß zu erhalten: „Ich erkläre mich hiermit bereit, ... mich bei öffentlichen Notständen zur Verfügung zu stellen ... Ich wurde darüber unterrichtet, daß mein freiwilliger Einsatz in einem etwaigen Verteidigungsfall im Einvernehmen mit dem Arbeitsamt ... geregelt wird. Ferner wurde ich davon in Kenntnis gesetzt, daß alle Frauen vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 55. Lebensjahr im Verteidigungsfall in ein Arbeitsverhältnis im zivilen Sanitäts- oder Heilwesen oder in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation verpflichtet werden können ...“

Entsprechend den Forderungen von Militärstrategen nach „Krankenschwestern, wenn mit größeren Verlusten zu rechnen ist“, bildet das DRK diese Mädchen und Frauen aus und leistet damit einen weiteren Beitrag zum totalen Krieg.

Quellenhinweis: Gerhard Müller-Werthmann, Konzern der Menschlichkeit, Die Geschäfte des Deutschen Roten Kreuz, Hamburg 1984; Konkret 8/85, S.46ff.



Zulieferer in der Zange

Um das eigene Kapital schneller umzuschlagen, verschärft die Autoindustrie den Druck auf die Zulieferfirmen. Diese stellen die Anforderungen so dar: „Angestrebt wird eine zeitgenaue Steuerung der Zulieferbetriebe bis hin zur stundengenauen Anlieferung ... verstärkt sich der Druck auf die Zulieferer zur Einführung der sogenannten Datenfernübertragung.“ Der Verband der Gummi- und Kunststoffverarbeiter hat dazu jetzt eine Studie über die erforderlichen Datenfernübertragungssysteme erarbeitet. – (bes)

Unternehmertage – Murmans hetzt

München. „90 – Mut zu neuen Wegen“, das Leitwort der bayerischen Unternehmertage 1987 zu Beginn des neuen Jahres in München. Hubert Stärker, Präsident der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern (VAB) und Gastredner Klaus Murmann, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) umreißen ihre Strategie gegen die Arbeiterbewegung: Sie fordern eine Rentenreform entsprechend den Vorstellungen der CSU. Über die Krankenver-

70000 Stahlarbeiter beteiligten sich am 16.1.1987 an über 20 Kundgebungen der IG Metall gegen die neuen Rationalisierungspläne der Stahlkapitalisten. IGM-Vorsitzender Steinkühler kritisierte Bundeskanzler Kohl (CDU), weil er eine Standortgarantie für alle Stahlstandorte kürzlich ablehnte. Forderungen gegen weitere Intensivierung, Flexibilisierung und Lohnsenkung spielten keine Rolle. Stattdessen forderte Steinkühler den Erhalt der Spitzenposition der BRD-Stahlmonopole in der EG. – (wof)

sicherung dürften die Lohnzusatzkosten nicht noch weiter erhöht werden, eine Selbstbeteiligung der Versicherten sei notwendig. Mit dem Ausbau des Beschäftigungsförderungsgesetzes sollen die Arbeitslosen in die Fabriken getrieben werden. An eine schrittweise Lockerung beschäftigungshemmender Vorschriften wie beispielsweise im Kündigungsschutzrecht, bei der Ausgestaltung von Sozialplänen, bei der Arbeitnehmerüberlassung und im Rahmen der Rechtsprechung wird gedacht. Im Rahmen des „Leber-Kompromisses“ soll durch Auffächerung der Arbeitszeit die Flexibilisierung vorangetrieben werden. – (acr)



Studentenprotest gegen Stellenstreichungen

Düsseldorf. Aus Protest gegen geplante Stellenstreichungen und andere Maßnahmen veranstaltete am 9.1.87 die Landesastenkonzferenz NRW ein Go-In im Düsseldorfer Wissenschaftsministerium. Die Landes-Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) will bis 1990 5000 Stellen an den Hochschulen NRW streichen. Ferner sollen die Preise für Mensaessen um 10 Pfennig pro Essen erhöht werden. Die Vergütungen für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte wurden nominal um 3,5% angehoben, aber der Landeshaushalt '87 sieht dafür keinen Ansatz vor. – (rub)

BMW: Betriebsführung setzt Hetze fort

Westberlin. Seit dem 9. Januar 1987 muß BMW den ehemaligen Betriebsrat Peter Vollmer, der zusammen mit zwei weiteren Arbeitern wegen der erfolgreichen Wahl-anfechtung der Betriebsratswahlen 1984 gekündigt worden war, wieder beschäftigen. Die Betriebsführung setzt aber ihre Bemühungen fort, auch bei den am 26. Februar dieses Jahres stattfindenden Neuwahlen zum Betriebsrat ihre „Mannschaft der Vernunft“ wieder zu installieren. Mitglieder dieser Mannschaft schickte sie am ersten Arbeitstag zu Peter Vollmer, um ihn zu beschimpfen und zu provozieren. „Besorgte Mitarbeiter“ verteilten ein Flugblatt, in dem es unter anderem hieß: „Wir alle hoffen, daß damit (mit der erzwungenen Wie-

derEinstellung von Vollmer, d. Red.) nicht die Arbeitsplätze hier in Berlin gefährdet werden und ... sich die linken Ideologen an ihre Versprechen halten und den Betriebsfrieden wahren.“ – (kla)

Pflegeschüler fordern Übernahme

Mannheim. Die Leitung des Städtischen Klinikums hat den über 70 Azubis im Pflegedienst mitgeteilt, daß keine einzige Schwester und kein Pfleger in diesem Jahr übernommen würde. Die Azubis wandten sich daraufhin gemeinsam an den Personalrat. Dieser führte eine Auszubildenden-Versammlung durch. Die Pflegedienstleitung nahm dies zum Anlaß für heftige Angriffe auf den Personalrat, der die Versammlung aber fortsetzte. Er verlangte die strikte Anwendung einer Vereinbarung aus dem Jahr 1982, daß alle Azubis grundsätzlich mindestens für ein halbes Jahr übernommen werden. – (tht)

Kein Streikbruch durch Beamte!

Die Deutsche Postgewerkschaft hat Verfassungsklage gegen den Streikbrechereinsatz von Beamten eingelegt. Die DPG klagt vor dem Bundesverfassungsgericht gegen Urteile des Bundesarbeits- und des Bundesverwaltungsgerichtes, die den Einsatz von Postbeamten gegen den Schichtdienststreik von Arbeitern und Angestellten (1980) abgesichert hatten. Dieser Streikbruch bedrohe die Koalitionsfreiheit, erklärte die DPG. – (gba)



Barcelona: Die Belegschaft des spanischen Automobilwerkes SEAT, das im letzten Jahr vom westdeutschen Volkswagen-Konzern aufgekauft worden war, hat am 14.1. für 24 Stunden gestreikt. Die Beschäftigten fordern eine Lohnerhöhung von sieben Prozent. Die Kapitalisten hatten bisher nur eine Anhebung von fünf Prozent zugestanden und so die Lohnerhöhung anbinden wollen an die von der spanischen Regierung erwartete Inflationsrate im Jahr 1987 von ebenfalls fünf Prozent. Die Inflationsrate betrug 1986 8,5%. Am Streik nahmen nach Angaben der Gewerkschaften 90% der 22000 Arbeiter teil. Der Streik war der erste nach dem Aufkauf durch den VW-Konzern. – (gba)

Kurdische Flüchtlinge in Dortmund

„Wir rufen alle Menschen auf, uns zu unterstützen!“

Der folgende Beitrag ist die gekürzte Fassung eines Interviews, das wir mit zwei kurdischen Flüchtlingen führten. Zafer ist seit sechs, Hüsnüye seit drei Monaten in der BRD. (Die Namen wurden von uns geändert) – (Mak, dev)

Frage: Wie seid ihr aus der Türkei geflohen?

Zafer: Ich hatte in der Türkei überhaupt keine Rechte mehr und wurde ständig verfolgt und war schon poli-

tisch bekannt. So konnte ich keinen Paß bekommen. Deswegen mußte ich über illegale Wege ins Ausland fliehen.

Hüsnüye: Dasselbe gilt auch für mich. Obwohl ich nicht mehr verfolgt wurde, wurde mein Antrag auf einen Paß abgelehnt, u.a. wegen meines Mannes. Andere Leute haben mir geholfen. Ich bin mit einem mir nicht gehörenden Paß hergekommen.

Frage: Seid ihr gefoltert worden?

Zafer: Nachdem ich verhaftet wurde,

war ich zunächst einen Monat in Untersuchungshaft und wurde gefoltert, in einer Weise, die ich jetzt kaum beschreiben kann. Anschließend war ich eineinhalb Jahre im Gefängnis. Die Zustände kann man nicht einmal Tieren zumuten. Wir haben mit anderen Genossen alles gemacht, um das auszuhalten zu können und nicht zu krepieren.

Frage: Was waren eure hauptsächlichsten Probleme, als ihr, die ihr beide kein Deutsch spricht, nach Dortmund kamt?

Zafer: Als Asylbewerber ist für uns in dieser Gesellschaft kaum Platz. Die Gesetze, die von Sozialamt und Ausländerbehörde angewendet werden, sind dementsprechend. Die Lage der Flüchtlinge stört die deutsche Gesellschaft. Das Verhalten der Sachbearbeiter etwa auf dem Sozialamt oder der Ausländerbehörde ist Ausdruck dieser Situation. Außerdem haben wir natürlich Riesenprobleme, wegen der Sprache, Kontakte zu schließen oder eine Wohnung zu finden.

Hüsnüye: Wir müssen ständig zur Ausländerbehörde und zum Sozialamt. Wir können uns kaum verständigen und unsere Probleme deswegen auch nicht schildern. Wir müssen jedesmal jemanden finden, der für uns übersetzen kann, aber das geht nicht immer, weil die Leute ja zu tun haben. Unser allergrößtes Problem ist die Sprache. Es gibt hier kostenlose Kurse, aber da lernt man nichts. Es gibt bessere Kurse, die aber teuer sind. Von dem Geld, das wir kriegen, können wir nur mit Mühe und Not leben. Von dem bißchen Geld kann man sich nicht gesund ernähren, sondern nur gerade den Magen voll kriegen. Wenn wir krank sind und zum Arzt gehen, können wir nicht einmal sagen, wo es uns weh tut.

Frage: Ihr wollt in Dortmund ein Flüchtlingskomitee gründen. Welchen Zweck soll es haben?

Hüsnüye: Wir haben mitgekriegt, daß es z.B. von den Grünen und auch von Anderen einige Komitees gibt. Wir sind politische Flüchtlinge und wollen deswegen unbedingt hier politisch tätig sein. Deswegen haben wir uns umgesehen und haben festgestellt, daß sie unsere Probleme zu oberflächlich betrachten. Es bleibt auch bei Diskussionen stehen, in der Praxis läuft nicht viel. So haben wir uns überlegt, daß nur wir selber unsere Probleme richtig kennen und eine Lösung suchen können. Wir sind der Meinung, daß Rechte nicht gegeben, sondern erkämpft werden. Um diese Rechte zu erkämpfen, rufen wir alle Flüchtlinge, nicht nur türkische und kurdische auf: Wir müssen uns zusammenschließen und zusammen kämpfen! Zu diesem Zweck finden wir es notwendig, ein Flüchtlingskomitee zu gründen. Wir rufen alle Menschen auf, sich klarzumachen, warum wir Flüchtlinge hier sind, und uns zu unterstützen.



Die Fotos machten wir in einem Lager für Asylbewerber in Dortmund-Hörde. Diese Küche muß von 20 Personen benutzt werden.



Eine Familie muß sich auf engstem Raum zurechtfinden. Unsere Interviewpartner hatten Glück: Unterstützt von Freunden und Verwandten fanden sie eine Wohnung.

„Innere Sicherheit“

Staatsschutzmachenschaften im Mordfall Schmücker. Bericht von einer wichtigen Front gegen die Geheimdienste

Am 3.7.86 wurden Ilse Schwipper im Prozeß über den „Mordfall Schmücker“ zu lebenslänglicher Haft und ihre Mitangeklagten zu jeweils mehreren Jahren Gefängnisstrafe verurteilt. Es war bereits der dritte Prozeß in dieser Sache und die dritte Verurteilung. Die ersten beiden Urteile von 1976 und 1979 hatte der Bundesgerichtshof aufgehoben mit der Begründung, daß die Verbindungen Bodeux's zum Verfassungsschutz nicht genügend aufgeklärt worden seien. Auch das dritte Verfahren hat die Rolle des Verfassungsschutz' im Mordfall Schmücker nicht aufgeklärt. Trotzdem wurden die Angeklagten wiederum verurteilt. Nun muß der BGH zum dritten Mal über eine Revision entscheiden. Die Kräfte, die den Verfassungsschutz decken, sind rührig und reichen vom Westberliner Innensenator über das Gericht bis

zum „Spiegel“. Aber diejenigen, die an der Aufdeckung seiner Machenschaften arbeiten, sind mehr geworden und haben einiges erreicht. Wir wollen mit dem Abdruck der folgenden Artikel dazu beitragen, die Front gegen den Staatsschutz zu stärken. Der Artikel „Ermittlungen der Verteidigung ...“ beruht auf einem Vortrag des RA Elferding, abgedruckt in: „Querkopp extra, Nov. 1986, Der Schmücker-Prozeß“. Diese sehr umfangreiche Dokumentation, von der wir nur einige Auszüge abdrucken konnten, kann bei der Redaktion bestellt werden. Weitere Quellen: „Arbeiterkampf“ v. 20.10.86; Abgeordneten-Haus von Berlin, Drucksache 10/1019. Das Interview mit Ilse Schwipper wurde am 17.1.86 geführt. – (haj, scc)

Ermittlungen der Verteidigung: Rolle des Verfassungsschutzes und seines Kronzeugen

Die Vorgeschichte: Der Verfassungsschutz macht sich an Schmücker 'ran

„Am 7. Mai 1972 wurde Ulrich Schmücker zusammen mit Harald Sommerfeld, Inge Viett und einem weiteren jungen Mann verhaftet – schlafend in einem Auto auf einem Parkplatz in seiner Heimatstadt Bad Neuenahr. Im Kofferraum des Autos: allerlei Utensilien zur Herstellung von Sprengsätzen. Schmücker und Sommerfeld sagten später aus, man sei auf dem Wege zu einem Anschlag gegen die türkische Botschaft in Bonn gewesen. Alle vier Festgenommenen landeten im Knast, Schmücker erst in Koblenz, dann in Diez an der Lahn.

Schon kurz danach – im Juni 1972 – erhielt Schmücker Besuch von einem Beamten des Berliner Landesamtes für Verfassungsschutz, der sich als ‚Peter Rühl‘ vorstellte und jedenfalls versuchte, Schmücker dazu zu bewegen, Aussagen über sich und vor allem über die Bewegung 2. Juni zu machen. Schmücker selbst hat später behauptet, dieser Herr Rühl hätte außerdem versucht, ihn als V-Mann für den Berliner Verfassungsschutz anzuwerben ... Wie auch immer – jedenfalls begann Ulrich Schmücker alsbald, tatsächlich Aussagen zu machen ...

Aus Schmückers Gedächtnisprotoll (das er über die Gespräche mit ‚Peter Rühl‘ angelegt hatte – Red.) sind vor allem drei Äußerungen des Herrn ‚Rühl‘ noch mitzuteilen, die man sich merken muß:

... Schmücker solle nicht auf die Idee kommen, den Verfassungsschutz zu betrügen – dagegen wisse man sich abzusichern. Schmücker berichtet, Rühl habe ihm dazu einen ‚Roten Kalender‘ vorgelegt, in den Schmücker hineinschreiben mußte, was er Herrn Rühl erzählt hatte, diesen Kalender habe ‚Rühl‘ dann wieder mitgenommen

mit dem Bemerkten, wenn er irgendwann das Gefühl haben sollte, von Schmücker betrogen zu werden, dann werde er diesen Kalender der linken Szene zuspiesen und dann werde Schmücker innerhalb einer Woche ‚erledigt‘ sein. – Der Gedanke, Ulrich Schmücker könnte dann vielleicht zwei Jahre später gerade auf *diese* Weise ‚erledigt‘ worden sein, liegt natürlich dennoch mindestens deutschen Richtern außerordentlich fern ...“

Was der Kronzeuge auszusagen hat ...

„Was nun angeblich geschehen sein soll, wissen wir fast ausschließlich von Jürgen Bodeux selbst, und auch nach seinen Aussagen ist es schwierig auszumachen, was wirklich geschehen sein soll: Er hat bis heute mindestens fünf verschiedene Versionen darüber abgeliefert. Wir können diese hier nicht alle in ihren Feinheiten erörtern. Nehmen wir daher nur einmal den Anfang und das Ende seiner Aussagen, jeweils in groben Zügen.

Jürgen Bodeux hat, soweit wir das bis heute wissen, am 19. September 1974 erstmals begonnen, Aussagen zum Fall Schmücker zu machen. Nach dem zu urteilen, was er dazu im September 1974 in mehreren Vernehmungen ausgesagt hat, hatte er selbst überhaupt nichts und die Wolfsburger Gruppe erst ebenfalls gar nichts, dann später, im Laufe der Vernehmungen, ein bißchen, schließlich immer mehr mit dem Fall Schmücker zu tun ...“

(Bodeux's Aussagen führten im Herbst 1974, im Rahmen bundesweiter, „Aktion Winterreise“ genannter Verhaftungsaktionen gegen „terroristische Gewalttäter“ zur Verhaftung von ca. einem Dutzend Leuten.)

„In Sachen Schmücker sahen Bodeux's Angaben dagegen noch immer recht dünn aus. Inzwischen hatten die deswegen Inhaftierten Verteidiger, und

Anfang Dezember 1974 begannen diese, der Staatsanwaltschaft mit Haftbeschwerden auf die Nerven zu gehen, die gerade diese Fadenscheinigkeit und Lückenhaftigkeit der Bodeux'schen Angaben besonders zum Gegenstand hatten.

Da plötzlich ließ Bodeux, inzwischen in Berlin inhaftiert, am 20. Dezember 1974 den Staatsanwalt Przytarski zu sich in die Anstalt rufen, um eine neue Aussage zu machen ... Nunmehr, so Bodeux jetzt, habe er doch schon etwa Anfang Mai 1974 positiv gewußt, daß die Wolfsburger den Schmücker noch immer erschießen wollten – und er sei auch damit einverstanden gewesen, nachdem man ihn überzeugt habe, daß Schmücker nicht nur ein Verräter gewesen sei – also: Aussagen gemacht habe –, sondern auch als Agent nach wie vor für den Verfassungsschutz tätig sei ...“

(Nach einem gescheiterten Versuch, Schmücker nach Köln zu locken, um ihn dort zu töten,) „... sei er mit Ilse in Wolfsburg übereingekommen, daß man jetzt ‚improvisieren‘ müsse, daß man die Tat nunmehr in Berlin auszuführen habe; Ilse habe telefonisch in Berlin bei Weingraber Quartier gemacht, und noch am gleich Abend ... sei er – Bodeux – mit Ilse nach Berlin abgefahren. Weißlau (ein anderer Angeklagter – Red.) sei einen Tag später nachgekommen. Bodeux und Ilse hätten dann in Berlin am 3. Juni einen geeigneten Tatort ausgekundschaftet, an einem See im Süden Berlins, Krumme Lanke genannt ..., und abends sei man zu Schmücker gegangen und habe ihn für den nächsten Abend dort hinbestellt, ... An jenem nächsten Abend habe dann Weißlau den Schmücker dort erschossen ...

Diese ‚Weihnachtsaussage‘ bildet im wesentlichen noch heute die Grundlage all dessen, was Bodeux bislang in drei Hauptverhandlungen zum Fall Schmücker ausgesagt hat – und sie bildet die Grundlage von bislang drei Verurteilungen. Daß sie eine Reihe

von interessanten Schönheitsfehlern hat, war für bisher drei Strafkammern offenbar ohne Bedeutung.“

... diktierte ihm der Verfassungsschutz

„Zu der erwähnten ... ‚Weihnachtsaussage‘ von Bodeux ist noch zu sagen, daß es kaum noch überraschen konnte, als 1982 – acht Jahre später – so allmählich herauskam, wie sie eigentlich zustande gekommen war: Während sowohl Bodeux als auch Herr Przytarski stets erklärt hatten, das sei eine ganz spontane Sache gewesen ..., sah sich nunmehr nach acht Jahren der Chef des Berliner Verfassungsschutzes im dritten Schmücker-Prozeß genötigt zu offenbaren, daß Bodeux vor dieser ‚Weihnachtsaussage‘ bereits dreimal von einem Berliner Verfassungsschützer namens Seifert besucht worden sei, alle drei Male im Dezember 1974, das letzte Mal einen Tag vor der ‚Weihnachtsaussage‘, und daß dieser Verfassungsschützer dabei dem Bodeux erklärt hatte, seine bis dahin gemachten Aussagen wirkten noch nicht allzu vollständig und glaubwürdig, er solle sich überlegen, ob er nicht doch ‚die volle Wahrheit‘ sagen wolle, daß Bodeux sich dazu bereit erklärt und am 19.12.1974 mit diesem Verfassungsschützer just diejenigen Aussagen besprochen habe, welche er dann am 20.12. gegenüber Herrn Przytarski gemacht hat ...

Die ‚Weihnachtsaussage‘ – die Grundlage bislang dreier Verurteilungen – ist somit ein Produkt einer gezielten Zusammenarbeit zwischen Jürgen Bodeux und dem Berliner Verfassungsschutz. Selbstverständlich ist es uns bislang verboten, jenen Herrn Seifert selbst dazu zu vernehmen, und selbstverständlich durften wir auch bisher die Akten des Berliner Verfassungsschutzes dazu nicht sehen.“

Wo war der Verfassungsschutz, als Schmücker starb?

„Wir wissen inzwischen, daß Ulrich Schmücker sich am 31. Mai 1974 – fünf Tage vor seinem Tod – mit seinem alten Bekannten ‚Peter Rühl‘ getroffen und diesem erzählt haben soll, er fühle sich bedroht und wolle eine Waffe haben – während er sich zugleich recht positiv über Ilse Schwipper geäußert haben soll; das sagt der Verfassungsschutz selbst. Wir wissen inzwischen – seit 1978/79 –, daß dieser ‚Peter Rühl‘ niemand anderes ist als jener Michael Grünhagen, der schon 1973 eine unrühmliche Rolle im Prozeß gegen Astrid Proll von der RAF gespielt hat – wo er noch als Zeuge ganz öffentlich auftreten durfte, um zu erzählen, daß Astrid Proll gezielt geschossen habe – inzwischen ist sie freigesprochen worden. In unserem Verfahren mußten wir erst selbst mit fast geheimdienstlichen Methoden herausfinden, um wen es sich bei ‚Peter Rühl‘ eigentlich handelte; dann durften wir

klagen, bis wir ihn 1982 – nach acht Jahren und zwei Verurteilungen – endlich erstmals selbst vernehmen konnten – unter Ausschuß der Öffentlichkeit, unter Ausschuß der Angeklagten, weil ja der Mann nach wie vor so gefährdet ist – aber warum durfte er dann 1973 gegen Astrid Proll so ungeschminkt auftreten?

Wir wissen – seit 1976 –, daß Schmücker noch am Tage seines Todes mit dem Berliner Verfassungsschutz telefoniert hat, und wir wissen, seit 1978, daß es zwei Telefonate waren. Laut Verfassungsschutz soll er dabei nichts Bedeutendes gesagt haben, schon gar nichts von einem Treffen an der Krummen Lanke. Wir wissen, daß Schmücker am Tage seines Todes von seinem Arbeitsplatz aus gegen 16 Uhr, bei Dienstschuß, mit jemandem telefoniert hat, wobei er das Gespräch mit den Worten beendete, ‚na, wir sehen uns ja gleich‘ ...

Wir wissen nicht, *wen* Ulrich Schmücker an seinem Todestag nach 16 Uhr ‚gleich noch gesehen‘ hat. Wir wissen aber, daß ein Zeuge schon am 6. oder 7. Juni 1974 der Polizei erzählt hat, er habe Ulrich Schmücker – den er kannte – am Abend seines Todestages zweimal gesehen, und zwar in Begleitung zweier mit Parkas bekleideter Herren: das erste Mal in einem Lokal, wobei Schmücker nach dem Verlassen des Lokals von diesen beiden Herren wohl etwas unfreiwillig zum Besteigen eines dunkelblauen Volkswagens genötigt worden sei, und das zweite Mal gegen 22.15 Uhr beim Betreten eines ehemaligen, leerstehenden Hotels, etwa einen Kilometer Luftlinie vom Fundort der Leiche entfernt. Das Protokoll über diese Aussage landete in einem sogenannten ‚Hinweisordner‘, der nicht an das Gericht weitergeleitet wurde. 1976, im ersten Schmücker-Prozeß, verplapperte sich ein Beamter der Mordkommission und offenbarte dadurch die Existenz dieses ‚Hinweisordners‘.“

Der Kronzeuge entpuppt sich als Mitarbeiter des Verfassungsschutzes

„1978/79 begannen wir dann herauszufinden, was wir da schon seit einiger Zeit vermuteten; daß nämlich zu allem Überfluß Jürgen Bodeux Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz gewesen war – und zwar lange, bevor Ulrich Schmücker erschossen wurde, mindestens seit März 1974, mindestens seit drei Monaten vor der Tat ...

Die Hinweise auf die Verbindungen zwischen Bodeux und dem Verfassungsschutz haben sich im Laufe der Jahre verdichtet. Der Journalist Stefan Aust – man mag nach seinem ‚Stammheim‘-Buch und -Film von ihm halten, was man will: in Sachen Schmücker hat er hervorragende Arbeit geleistet – veröffentlichte schon 1979 die sogenannten ‚Aust-Papiere‘, in denen es

zum Beispiel heißt, Bodeux habe nach seiner Festnahme im August 1974 gegenüber hessischen Beamten erklärt, er arbeite für den Verfassungsschutz und wolle dringend jemanden davon sprechen; wonach Bodeux Reisekosten mit dem Bundesamt abgerechnet haben soll – vor seiner Festnahme – und wonach die Geschehnisse an der Krummen Lanke in Berlin in der Nacht vom 4. zum 5. Juni 1974 observiert worden sein sollen, von einem gemischten Trupp aus Bundesverfassungsschützern und BKA-Beamten ... Daß ein ehemaliger BKA-Beamter diese Papiere von einem noch-BKA-Beamten erhalten hat, hat das Gericht als wahr unterstellt. Als die Verteidigung ein Tonband präsentierte, auf dem eine Unterhaltung dieser beiden Herren über den Fall Schmücker und über Bodeux zu hören war und das bewies, daß der noch-BKA-Beamte vor dem Gericht bereits einen Meineid geschworen hatte, als er bestritt, jemals Papiere über Schmücker und Bodeux beschafft zu haben, weigerte sich das Gericht, diese Zeugen nochmals zu vernehmen. Einen anderen, wichtigen Zeugen konnte es nicht vernehmen, weil er sich versteckt hält: Werner Mauss, Top-Agent von BKA und Verfassungsschutz, inzwischen bekannt aus Presse, Funk und Fernsehen. Die Verteidigung hat seit 1979 – als noch kein Mensch was von diesem Herrn Mauss wußte – die Information – bisher allerdings nicht beweisbar –, daß dieser Herr Mauss unter dem Tarnnamen ‚Rieke‘ der V-Mann-Führer des Jürgen Bodeux für das Bundesamt für Verfassungsschutz war. Ich denke, es wird der Zeitpunkt kommen, in dem wir auch dies werden beweisen können. Zum Glück besteht der Apparat, der gegen uns und gegen die Wahrheit im Schmücker-Prozeß steht, aus Menschen. Die einen machen irgendwann Fehler, den anderen schlägt irgendwann das Gewissen, den letzten kommen wir irgendwann auf die Spur – all das haben wir in diesem Verfahren schon mehrfach erlebt, und aufgeben werden wir nicht.“

Der Verfassungsschutz legte die Spur nach Wolfsburg

„Als der sterbende Ulrich Schmücker in der Nacht zum 5. Juni 1974 im Wald nahe der Krummen Lanke in Berlin aufgefunden war, fand man bei ihm eine Menge Notizen – Namen, Adressen, Telefonnummern. Einiges davon ist mittlerweile verschwunden. Eine Telefonnummer ist erhalten geblieben, die den Vorwand bot, die Spur nach Wolfsburg aufzunehmen und zu verfolgen: die Nummer der Mutter von Ilse Schwipper in Wolfsburg. Zu ihr gesellten sich in den ersten zwei Monaten sechs Schreiben des Berliner Landesamtes für den Verfassungsschutz an die Berliner Staatsschutzpolizei, die sich tatsächlich in den ganz offiziellen

Akten finden – einmalig wohl in der deutschen Justizgeschichte. Inhalt dieser Schreiben: Informationen, welche Schmücker dem Amt angeblich kurz vor seinem Tod über Ilse und die Wolfsburger Gruppe, über die Bestrebungen, ihn über die IRA wieder in die Linke aufzunehmen, gegeben haben soll. Anders formuliert: Der Verfassungsschutz hat die Spur nach Wolfsburg gelegt, und Polizei und Staatsanwaltschaft kamen gar nicht erst auf die Idee, in irgendeine andere Richtung zu ermitteln. Im Gegenteil: Alle anderen Spuren und Hinweise, die eingingen, verschwanden in Geheimakten, die erst Jahre später durch Zufall wieder auftauchten – oder bis heute verschwunden sind ...

Der Verfassungsschutz und die Strafverfolgungsorgane haben diesen Prozeß geführt, weil sie nicht hinnehmen konnten, daß jemand erschossen wurde, der in der Öffentlichkeit im Verdacht stand, für sie gearbeitet zu haben; jeder, den sie neu hätten anwerben wollen, hätte ihnen entgegengehalten, daß sie ja nicht einmal in der Lage seien, ihre eigenen Leute zu schützen. Nachdem Ulrich Schmückers Tod nicht verhindert worden ist – keiner weiß, warum nicht! –, mußten sie wenigstens so schnell wie möglich Täter präsentieren und verurteilen, um wenigstens sagen zu können: Es lohnt sich nicht, keiner kommt ungestraft davon. Die Telefonnummer von Ilse Mutter bei der Leiche Schmückers lie-

ferte den Vorwand, das Landesamt für Verfassungsschutz legte die Spur, Polizei und Staatsanwaltschaft sorgten dafür, daß sie aufgenommen und alle anderen Spuren unterdrückt wurden, und der Verfassungsschutzagent Jürgen Bodeux lieferte schließlich die passende Geschichte dazu. Obrigkeitshörige Richter räumten die störenden Grundsätze des Strafprozeßrechts aus dem Wege, und so konnte noch bis heute im wesentlichen im Dunkeln bleiben, was eigentlich geschehen ist. Und dennoch ist das Konzept nicht aufgegangen: Auf der Anklagebank sitzen längst nicht mehr die Angeklagten; auf der Anklagebank sitzen *vor der Geschichte* die Verfassungsschützer, die Polizisten, die Staatsanwälte, die Minister, die Richter. Das hatte als erste wohl Ulrich Schmückers Mutter erkannt, als sie schon im Juli 1974 im Berliner „Extradiant“ schrieb, die Drahtzieher der Erschießung ihres Sohnes stünden fest: der Verfassungsschutz. Als Frau Schmücker im Herbst 1974 nach Berlin reiste und zum Verfassungsschutz ging, um jenen „Peter Rühl“ zu sprechen, der ihren Sohn anwerben wollte, war zwar der nicht für sie zu sprechen, aber ein anderer Beamter: Und der drohte ihr, sie solle es gefälligst in Zukunft bleiben lassen, den Verfassungsschutz in dieser Sache anzugreifen, man werde das zu unterbinden wissen. Frau Schmücker gehört heute zu denen, die mit der Verteidigung in diesem Prozeß zusammenarbeiten.“

Mord ganz woanders hin ... Irgendwo geht es nicht weiter, irgendwann muß mal Schluß sein ...“

Offenbar um dieses Ende dem Verfassungsschutz billig und den für die Revision zuständigen Richtern des Bundesgerichtshofs recht zu machen, kam der „Spiegel“ in seiner Nummer 40 am 29. September mit „der Enthüllung“ über die Rolle des VS in diesem Mord heraus, wie sie wirklich gewesen sei: Volker von Weingraber, der bisher eine Nebenrolle spielte, sei Informant des VS gewesen. Er habe die Tatwaffe erhalten und dem Verfassungsschutz weitergegeben, der sie dann habe verschwinden lassen. Damit wäre der Vorwurf, der V-Mann Bodeux sei an der Tat beteiligt gewesen, beseitigt, die „Schuld“ der Angeklagten dagegen bekräftigt. Dazu die Verteidiger in einer Presseerklärung:

„Würde zutreffen, was der Spiegel behauptet, nämlich vor allem:

– Volker von Weingraber sei Informant des Berliner Verfassungsschutzes gewesen;

– er habe diesem Amt bereits vor der Erschießung Ulrich Schmückers Hinweise auf unsere Mandanten gegeben, aus denen erkennbar gewesen sei, daß diese vorgehabt hätten, Schmücker zu erschießen;

– der Verfassungsschutz habe dennoch seine Observation von Schmücker ausgerechnet am Morgen seines Todestages eingestellt, schließlich:

– Volker von Weingraber habe dem Verfassungsschützer Grünhagen noch in der Tatnacht die Waffe übergeben, und zwar zu einem Zeitpunkt, als Schmücker noch lebte; die Waffe sei in den Tresor des Berliner Verfassungsschutzes gelegt worden –

dann müßte auch der Berliner Verfassungsschutz leicht in der Lage sein, die Richtigkeit dieser Behauptungen zu beweisen ...

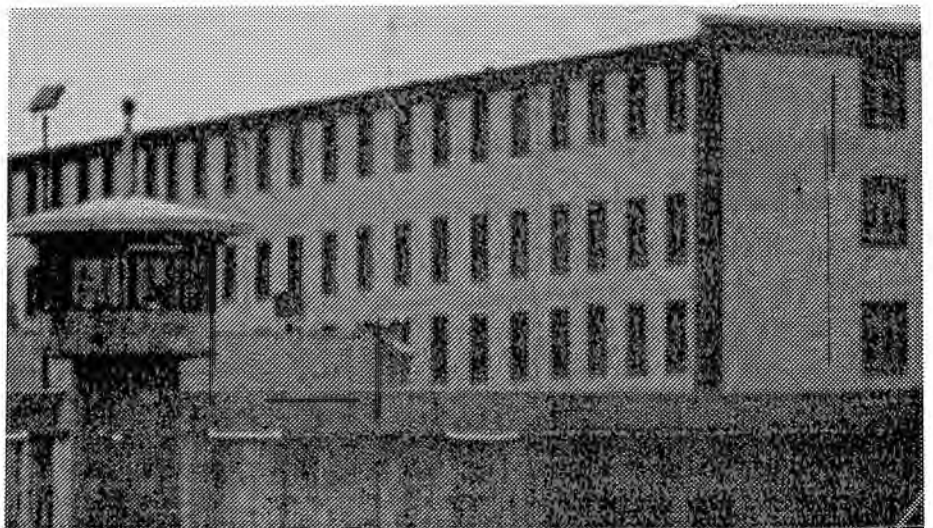
Wir können von hier aus, vor allem auch in der Form einer kurzen Presseerklärung, nicht alle Gründe benennen, die gegen die Wahrheit der im SPIEGEL verbreiteten Version spre-

Eine nachgeschobene Spitzel-Story – dem BGH recht, dem VS billig?

Am 3. Juli 1986 wurde im sog. Schmücker-Prozeß überraschend das dritte Urteil verkündet. Staatsanwalt Kalf, Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft, erklärte wenige Tage später im Südwestfunk, befragt über die „vielen Merkwürdigkeiten“ des Prozesses: „Was ein Minister sagt, das glauben wir erstmal, es sei denn, wir wissen das Gegenteil ... Selbstverständlich ist es für die Justiz schlecht, wenn die Innenbehörde – sei es Polizei, sei es Geheimdienst – bestimmte Unterlagen zurückhält. Aber da gibt es Notwendigkeiten, die im Augenblick hier noch nicht angesprochen werden können ...“

Staatsanwalt Kalf wurde auch über die im Schmücker-Prozeß von der Verteidigung angeführte, nie aufgeklärte Rolle Bodeux's bei einem Raubmord in Porz 1973 befragt. Für die Einstellung der Ermittlungen in dieser Sache könnten von Bodeux entsprechende Gegenleistungen als V-Mann verlangt worden sein. Im Prozeß wurde dazu eine Zeugenaussage durch das Gericht unterdrückt mit der einmaligen Begründung: Der Zeuge sei im Irrtum, er brauche deshalb nicht gehört zu werden. Dazu Staatsanwalt Kalf in dem gleichen Interview: „Das ist eine der

Merkwürdigkeiten des Prozesses, gebe ich zu, aber ich glaube, wir kommen jetzt langsam an eine grundsätzliche Frage: Wir sprechen jetzt über einen unaufgeklärten Raubmord in Porz. Nur nach einer Weile, nach – sagen wir etwa – drei oder vier Jahren des Prozesses ist die Frage gewesen: Was ist hier noch aufzuklären, in wie weit verästelte man sich und kommt jetzt vom eigentlichen Thema Schmücker-



chen. Wir beschränken uns daher hier vorerst auf die zwei auf der Hand liegenden Fragenkomplexe:

– Warum stellt der SPIEGEL nicht die Frage (und beantwortet sie natürlich auch nicht), *weshalb* der Verfassungsschutz angeblich die Observation Schmückers gerade am Morgen seines Todestages abgebrochen hat? Warum geht der SPIEGEL-Artikel nicht ein auf die seit 1979 vorliegenden Informationen, wonach Ulrich Schmückers Tod zwar nicht vom Berliner Landesamt, wohl aber vom Bundesamt für Verfassungsschutz und dem Bundeskriminalamt observiert worden sein soll (eine Information, deren Richtigkeit sich aus Akten anderer Behörden ergeben soll, die uns bislang ebenfalls verweigert werden)?

– Warum erwähnt der SPIEGEL-Artikel mit keinem Wort die zahlreichen Indizien und Beweise, die er selbst schon mehrfach veröffentlicht hat und die sogar der Prozeß selbst bereits dafür erbracht hat, daß der angebliche Mittäter Jürgen Bodeux bereits vor der Tat Kontaktmann des Verfassungsschutzes war? Warum stellt der SPIEGEL nicht die Frage, ob es denn denkbar ist, daß ein Verfassungsschutzmitarbeiter – eben Bodeux – selbst maßgeblich an der Tat beteiligt gewesen wäre – wie es Bodeux ja, dem Artikel zufolge, gewesen sein soll?

Dies nämlich wäre der größere Skandal, zu dessen Verschleierung es sich für den Verfassungsschutz lohnen könnte, eine kleine Skandalgeschichte zu lancieren. Diese ist ihm zwar unangenehm, aber insofern dienlich, als sie

nun vollkommen das Interesse daran in den Hintergrund treten läßt, was wirklich geschehen ist: Es war einzig und allein der Verfassungsschutzmitarbeiter Bodeux, der bislang behauptet hat, er selbst und unsere Mandanten seien die Täter gewesen. Bodeux ist als Mittäter verurteilt – soll also der Verfassungsschutz mitgeschossen haben? Wenn nicht, dann waren auch unsere Mandanten nicht die Täter.

Entgegen dem Eindruck, den der SPIEGEL heute erweckt, würde selbst eine Bestätigung seiner Behauptungen durch Vorlage der Waffe und Aussage des Volker von Weingraber eine Aufklärung dieser Beziehungen zwischen Bodeux und den Sicherheitsbehörden nicht etwa erübrigen, sondern erst recht notwendig machen, bevor unsere Mandanten öffentlich als schuldig hingestellt werden dürfen ...“

Am 31. Oktober 1986 gab der vom „Spiegel“ als „Spitzel aus der Tarantel“ beschuldigte Volker von Weingraber folgende Erklärung ab: „1. Diese falsche und leichtsinnige ‚Berichterstattung‘ stellt eine Gefährdung meiner Person dar. 2. Daß der Berliner Innensenator den Spiegelbericht nicht dementiert, obwohl er es besser wissen muß, erhöht meine Gefährdung noch zusätzlich. 3. Ich stelle fest: a) Ich habe nie für eine Verfassungsschutzbehörde, einen anderen Geheimdienst oder die Polizei gearbeitet. b) Ich habe nie von Herrn Weßlau ein Paket, eine Plastiktüte, geschweige eine Schußwaffe übernommen ... Ich fordere den Berliner Innensenator auf, die falschen Behauptungen des Spiegel über mich zu dementieren.“

Abgeordnete fragen – Senator antwortet nicht AL-Vorstoß für Untersuchungsausschuß

Anfang Oktober richtete die AL im Westberliner Abgeordnetenhaus eine „Große Anfrage“ an den Senat „über Praktiken des Landesamtes für Verfassungsschutz“ und der Staatsanwaltschaft im Fall Schmücker“. Die Anfrage verlangte eine Erklärung des Innensensors über die vom „Spiegel“ angeführten Behauptungen, konzentrierte sich auf die weiterhin vom Innensenator angeordnete Zurückhaltung von Beweismitteln (selbst nachdem Mitte Juli die bisherige Begründung dafür vom Verwaltungsgericht verworfen wurde) und fragte nach Konsequenzen.

Statt die zehn Fragen zu beantworten, regte sich Innensenator Kewenig in der „Antwort“ am 9. Oktober 1986 im Abgeordnetenhaus zunächst vor allem darüber auf, daß die Anfrage darauf zielt, „frühere und amtierende Politiker, integre Beamte und vor allem den Verfassungsschutz als Institution in Verruf zu bringen.“ Außerdem warf er der AL vor, daß sie in ihrem Wahlprogramm ausgerechnet „die Abschaffung der Abteilung Staatsschutz bei der

Polizei“ und eine weitgehende Abrüstung der Polizei und Beschränkung ihrer Kompetenzen verlangt.

Zur Sache dagegen hielt Kewenig die Auskunftsverweigerung „auf inquisitorische Fragen“ und Zurückhaltung der Beweismittel in vollem Umfang aufrecht: „Ich stelle hier ausdrücklich fest, daß beide Gründe, die meine Vorgänger zu ihrer Entscheidung bewogen haben, auch heute noch fort-dauern. Grund Nummer eins: Die konkrete Gefährdung einzelner Personen. Grund Nummer zwei: Die Arbeit und die moralische Verfassung der für uns lebenswichtigen Institution ‚Verfassungsschutz‘.“

Die Begründung maßt sich Kewenig nach Interessenlage ganz offen an: „weil ich davon überzeugt sein kann, daß bisher niemand Falsches vor den Kadi gezogen worden ist.“ So einfach ist der Umgang „mit den ehernen Regeln dieser so außerordentlich schwierigen Materie“ (Kewenig).

Die weitere Argumentation erinnert an faschistische Hetztiraden und Beschwörungen und macht vorstellbar,

daß solchen Leuten im „Staatsschutzinteresse“ jedes Mittel recht ist: „Eine Entscheidung dieser Tragweite, in der das Leben von Menschen auf dem Spiel steht, kann nicht so einfach revidiert werden, nur weil ein gespickter Schreiber Enthüllungsjournalismus übt, die parlamentarische Opposition Parteitaktik über Gemeinwohl stellt und auch die Verlockung des bequemen politischen Weges einen gewissen Reiz ausübt.“

Schließlich verkündet der Senator dem Abgeordnetenhaus, daß das Aufklärungsinteresse aus dem Parlament sich in der „genauen Beobachtung“ des Innensensors zu bescheiden habe: „Und genau das ist es auch, was Sie tun bzw. tun werden: genau zu beobachten, ob dieser Senator, dieses Mitglied der Exekutive in diesen konkreten Fällen die Kontrollmöglichkeiten ausschöpft, die er hat, um dafür zu sorgen, daß das ihm anvertraute Amt auch tatsächlich die Grenzen des Rechts respektiert.“ Diese vollständige Zurückweisung sowieso beschränkter parlamentarischer Kontrolle der Staatsschutzbehörden bringt Kewenig zum Abschluß mit der Beschwörung: „Meine Damen und Herren! Sicherheit ist unteilbar.“

In der Erwiderung erinnerte die Abgeordnete Künast (AL) u.a. an den „La Belle“-Anschlag: „La Belle“ ist zum Beispiel nicht aufgeklärt; das war einer der Fälle, wo alle von Funksprüchen reden, ebenso wie nachher bei der Festnahme der drei Libanesen. Zu den Funksprüchen kann ich Ihnen nur sagen, das kann ich auch behaupten, daß ich Stimmen höre.“

Die SPD setzte dem Innensenator eine „letzte Frist“ zur geheimen Berichterstattung und kündigte bei deren ergebnislosem Ablauf eine Zustimmung zum Antrag der AL auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Rolle des Verfassungsschutzes und der Manipulationen der Staatsanwaltschaft im Mordfall Schmücker an. Die Alternative Liste hat die Einrichtung eines solchen Untersuchungsausschusses am 9. Januar beantragt. Mit Stimmen der SPD ist das nötige Quorum für diesen Ausschuß zu erreichen.

CDU und FDP brachten ihrerseits im Dezember einen Gesetzentwurf zur Einrichtung einer dreiköpfigen „Kontrollkommission“ durch das Abgeordnetenhaus ein, in der die Opposition in der Minderheit und die AL gar nicht erst vertreten sein soll. Die SPD erklärte dazu in ihrer Zeitschrift „Berliner Stimme“ am 20.12.: „Ein Vorschlag, der von der SPD einstimmig abgelehnt wird. Erich Pätzold: ‚Wir werden in keiner Weise eine Lösung mittragen, bei der irgendeine Fraktion des Abgeordnetenhauses von der parlamentarischen Kontrolle ausgeschlossen wird.‘“

Vernichtende Haftbedingungen

Die Hochsicherheitsbereiche müssen weg! Interview mit Ilse Schwipper

Politische Berichte: Wir drucken nebenstehend eine Resolution ab mit der Bitte an die Leser, einen entsprechenden Text an den Justizsenator in Westberlin zu schicken und damit die Forderung nach Nicht-Inhaftierung Ilse Schwippers und Einstellung des Verfahrens zu unterstützen. Kannst Du uns sagen, wie sich die Auseinandersetzung um die Nicht-Inhaftierung nach dem letzten Urteil gegen Dich entwickelt hat?

Ilse Schwipper: Ja, da fange ich am besten damit an, daß ziemlich unmittelbar nach Urteilsverkündung die Staatsanwaltschaft beim Gericht interveniert hat, daß eine erneute Begutachtung stattfindet, ob ich haftfähig bin oder nicht. Dem ist sehr schnell auch stattgegeben worden. Es hat eine Begutachtung stattgefunden durch Dr. Cabanis hier in Berlin. Dr. Cabanis ist zu dem Resultat gekommen, daß ich haftunfähig bin. Er bezieht sich dabei darauf, daß er mich lange kennt, und auf alte Gutachten, wo genau definiert ist, was an Gesundheitsschäden vorhanden ist. Daraufhin hat die 13. Große Strafkammer unter Vorsitz von Richter Sachs einen Beschluß gefaßt, daß die Haftverhältnisse so, wie sie sind, bleiben, d.h. ich werde nicht wieder inhaftiert.

Der Staatsanwaltschaft hat das nicht ausgereicht, sie hat dann einen zweiten Gutachter gefordert. Somit war der Beschluß der 13. Strafkammer hinfällig, und das Ganze ist vor's Kammergericht gegangen – das ist hier in Berlin die oberste Instanz. Dieses Kammergericht hat dann einen obstrusen Beschluß gefaßt: Eine Begutachtung durch einen zweiten Gutachter sei nicht notwendig, weil die Frau Schwipper sowieso haftfähig ist. Dr. Cabanis sei nicht berechtigt zu sagen, daß ich haftunfähig bin, es obliege einzig und allein einem Gericht, das festzustellen. Im letzten Absatz dann hat das Gericht den Staatsanwälten mehr oder weniger empfohlen, daß sie, wenn sie mich wieder im Knast haben wollen, einen Wiederinhaftierungsantrag stellen sollen. Aber dieser Wiederinhaftierungsantrag ist nicht gestellt worden, mein Verteidiger und ich gehen davon aus, daß dieser Antrag auch nicht gestellt wird, weil er jetzt, ein halbes Jahr nach der Urteilsverkündung, schwer zu begründen ist. Und insofern ist das ein Stillhalteabkommen: Ich bin draußen wie auf Haftverschonung wie seit 1982, mit den gleichen Auflagen, daran hat sich nichts geändert. Die Auflagen heißen: Therapie, zweimal die Woche melden gehen, 20000 DM Kautions hinterlegen, und mein Personalausweis

liegt im Tresor der Staatsanwälte.

Politische Berichte: Du hast insgesamt elf Jahre im Gefängnis gesessen, davon 6 1/2 Jahre in Isolationshaft. Kannst Du uns die Haftbedingungen schildern?

Ilse Schwipper: Elf Jahre insgesamt, 6 1/2 Jahre Isolationshaft. Von diesen 6 1/2 Jahren war ich drei Jahre in Vechta bei der ersten Inhaftierung und 3 1/2 Jahre in Isolationshaft hier in Berlin im Hochsicherheitsbereich im Zusammenhang mit dem Schmücker-Prozeß. Die Untersuchungshaft betrug fast acht Jahre, und von diesen acht Jahren waren's eben 3 1/2 Jahre im Hochsicherheitsbereich. Ich denke mir, ich sollte Euch den Hochsicherheitsbereich schildern. Das ist also ein einziger Raum von ungefähr 20m Länge und 6m Breite, hat 19 Zellen. Von den 19 Zellen waren zu Beginn hier in Berlin vier belegt, später sechs. Aber die meiste Zeit war ich mit drei Leuten zusammen, weil eine Frau dann entlassen war.

Von diesen 19 Zellen ist eine ein Gruppenraum, in dem jeweils an einem Wandende Überwachungskameras waren. D.h. wenn Du aus Deiner Zelle rausgekommen bist und wolltest

Fernsehen gucken, bist Du ständig von zwei Kameras überwacht worden. Jegliche Lebensäußerung von Dir wurde registriert. Ebenfalls zwei Kameras haben sich befunden in diesem Flur, der innerhalb des Traktes ist; die Zellen lagen links und rechts, und dazwischen war halt dieser freie Raum. In diesem freien Raum oben waren auch jeweils zwei Kameras angebracht. Hierhin hatte man uns eine Tischtennisplatte gestellt. D.h. wenn Du Tischtennis spielen wolltest, wurdest Du ebenso überwacht. Wir hatten bei uns hier in Berlin eine Besonderheit: Ab 14.00 Uhr wurden die Zellentüren aufgeschlossen, so daß wir untereinander Kontakt hatten bis zum Einschluß, bis 22.00 Uhr.

Der Traktbereich war ein in sich isolierter Raum. Du hast von dem übrigen Anstaltsleben nichts mitbekommen, weder Geräusche noch Bewegungen. Denn vorne war eine riesengroße Stahltür, und vor dieser Stahltür war auch noch ein Stahlgitter, so daß wir innerhalb des Traktes nur die Geräusche hören konnten, die von uns selbst erzeugt wurden, durch Schreibmaschinenschreiben, Toilettenspülung, Radio oder wenn man was durch die Zellentür durchgebrüllt hat.

Die Zellen selbst hatten in etwa eine Größe von 3x2m. Und dann die Fenster, die ja auch eine Besonderheit darstellten. Während die Normalgefangenen oder Sozialgefangenen ein paar Gitter vor den Fenstern haben, so ha-

An den Senator für Justiz, Scholz
Salzburger Str. 21
1000 Berlin 62

Mit der Bitte um Weiterleitung an das zuständige Gericht

Resolution

Am 3. Juli wurde – nach insgesamt 10 Jahren Prozeßdauer – das dritte Verfahren des sog. Schmücker-Prozesses seitens des Gerichts durch eine bisher unbekannte Rechtspraxis zu Ende gebracht. Das Urteil: wieder lebenslanglich für Ilse Schwipper!

Wie in den beiden vorausgegangenen, so wurde auch in diesem Verfahren die Wahrheitsfindung massiv boykottiert: „Zum Wohle des Landes und des Volkes“ werden vom Gericht und den Behörden

- Aussagegenehmigungen verweigert,
- Beweisanträge der Verteidigung abgewiesen, – Zeugen der Verteidigung nicht geladen, – Nebenverfahrensentcheidungen nicht abgewartet, – Akteneinsicht durch Vernichtung oder Zurückhalten verhindert ...

So wurde auch dieses Mal die Rolle des „Kronzeugen“ Jürgen Bodeux, seine Glaubwürdigkeit (mit der das Urteil steht und fällt) nicht geklärt. Das beweist, daß es in diesem Verfahren, das durch seine Dauer ohnehin in der Wahrheitsfindung beeinträchtigt ist,

nicht um die Klärung des Mordes an Ulrich Schmücker geht, sondern darum, ob die Geheimdienste der BRD die Ergebnisse des Verfahrens bestimmen dürfen oder nicht.

Daher fordern wir die sofortige Einstellung des Verfahrens! Die achteinhalb Jahre dauernde Untersuchungshaft hat bei Ilse Schwipper lebensgefährdende Gesundheitsstörungen verursacht. Am 4.5.82 konnte für sie deswegen Haftverschonung erwirkt werden.

Nun droht ihr eine neue Inhaftierung: Die Staatsanwaltschaft will die Bestätigung des Gerichts über das Bestehen ihrer Haftunfähigkeit durch den Gutachter Prof. Dr. Cabanis nicht anerkennen und fordert eine weitere Begutachtung mit dem Ziel, eine Inhaftierung Ilse Schwippers zu erwirken.

Das würde bedeuten, Ilse Schwipper durch die Haft wiederum lebensbedrohlichen Bedingungen auszusetzen. Das darf nicht geschehen! Deshalb fordern wir:

Keine zweite Begutachtung von Ilse Schwipper

Streichung aller Haftverschonungsauflagen

und – bis zur Einstellung des Verfahrens –

FREIHEIT FÜR ILSE SCHWIPPER!!!

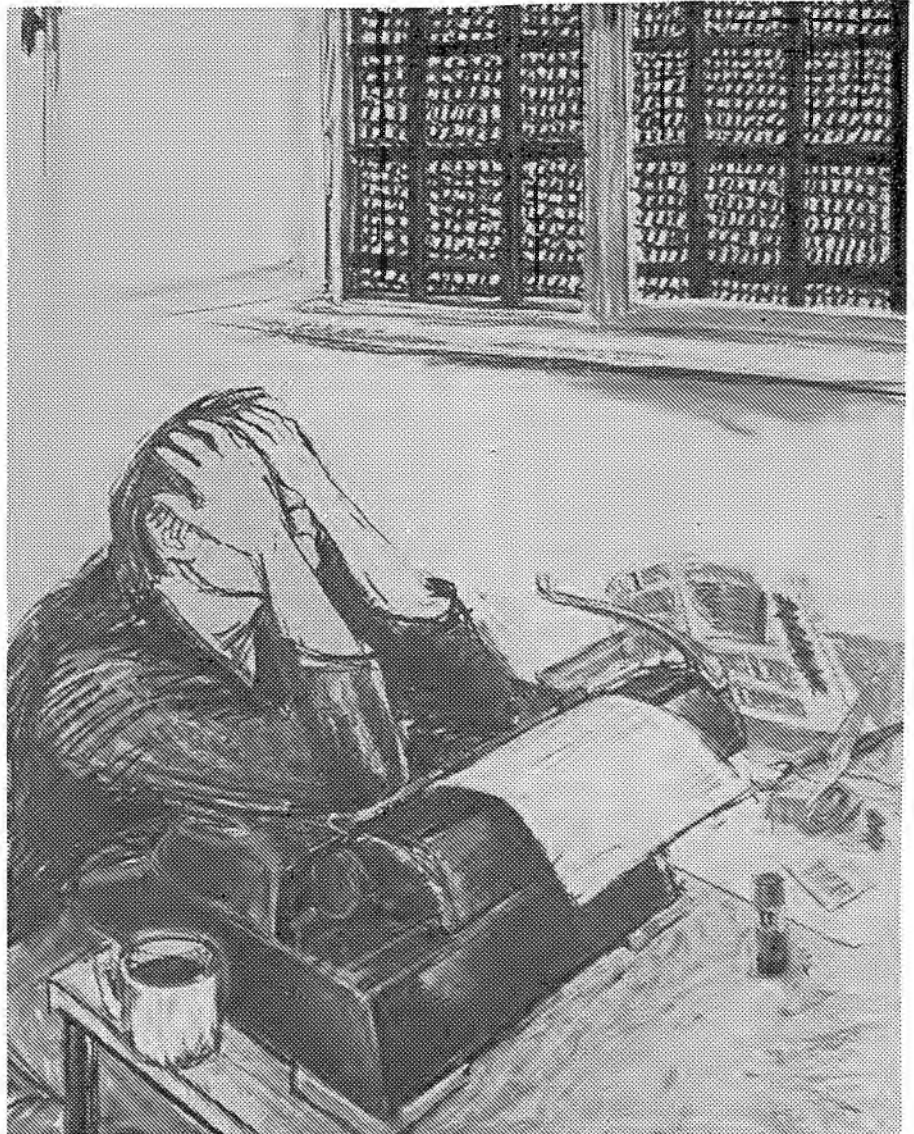
Bremen, den 6.9.86

ben die Hochsicherheitsbereiche entweder geschlossene Blechblenden oder aber Fliegengitter. Wir hatten Fliegengitter. Diese Fliegengitter sind gebaut wie Maschendrahtzäune, nur daß die Zwischenräume nicht 5x5cm oder 10x10cm sind, sondern etwa die Größe eines Fingernagels vom kleinen Finger haben. Die Türen der Zellen sind in einen Rahmen eingelassen, so daß sie luftdicht abschließen. Das hat zur Folge, daß das Fliegengitter nicht genug Luft hereinläßt. Die Luft, die hereinkommt, bleibt stehen, d.h. es ist keine Luftzirkulation da. Die Auswirkung dessen ist, daß Du, sobald Du längere Zeit im Hochsicherheitsbereich bist, Probleme mit dem Kreislauf bekommst, Kopfschmerzen hast – das hängt ganz eng mit der schlechten Belüftung zusammen. Aber nicht nur das: Damals, als ich im Hochsicherheitsbereich war, der extra für die Frauen erbaut wurde im G-Flügel des Untersuchungsgefängnisses Moabit, konnte man, wenn man sich auf den Stuhl stellte, aus dem Fenster auf die Straße sehen. Nur – das läßt Du sehr bald von selbst, Du machst das nicht mehr, und zwar aus folgendem Grund nicht: Wenn Du aus dem Fenster gucken willst und hast dies Fliegengitter vor Dir, dann siehst Du immer nur einen Bildausschnitt. Wenn Du normalerweise irgendwo hinguckst, hast Du eine Bandbreite von sinnlicher Wahrnehmung. Das ist, wenn Du durch ein Gitter wie das Fliegengitter guckst, nicht so. Du siehst zerrissene Bilder.

Innerhalb des Traktes wurden wir in gewissen Abständen in andere Zellen verlegt. Wenn Du Dich in Deiner Zelle gerade wieder eingerichtet hattest, dauerte es gar nicht lange, dann kamst Du in die nächste, so daß Du eigentlich nie irgendwo ein heimisches Gefühl zu solch einem Raum entwickeln konntest, was auch zu nervlichen Spannungen führt. Du kannst Dich nie einrichten, um in Ruhe zu arbeiten. Du brauchst eine doppelte und dreifache Anstrengung und Konzentration, weil Du immer gegenwärtig sein mußt, jetzt ist es bald wieder soweit und Du kommst in eine andere Zelle.

Weiterhin mußt Du in regelmäßigen Abständen sämtliche Sachen einpacken; die werden dann durchleuchtet. Da wird wirklich vom Bild an der Wand bis zum Bettlaken alles mitgenommen. Auch die Schreibmaschinen haben sie immer eingepackt.

Nachts wurde kontrolliert. Bei uns im Trakt haben sie nachts jeweils stündlich kontrolliert, ob Du noch im Bett liegst. Da wurde dann das Licht hochgedreht. Bei mir hat das dazu geführt, daß ich einerseits Angst vor dem Einschlafen hatte, andererseits aber auch immer Sehnsucht nach Schlafen, weil ich erschöpft war, müde. Dieses Zerrissen-Sein zwischen Angst, aus dem Tiefschlaf gerissen zu werden durch die Lichtkontrollen, und dem



Brief an den Rechtsanwalt: „Es sollte ein Bericht zu einem Besuchsabbruch werden, aber ich konnte meine Gedanken und Gefühle nicht formulieren. Stundenlanges auf und ab innerhalb der Zelle waren auch keine Hilfe, und es blieb letztendlich außer dem Gefühl der Ohnmacht nichts weiter als das Warten auf den nächsten Anwaltsbesuch, um dann zu versuchen, einen klaren Bericht über das Vorgefallene zu geben.“

Bedürfnis zu schlafen bewirkt, daß Du ständig unter Spannung stehst. Die Konzeption der Haftbedingungen ist darauf ausgerichtet, Dich in einem permanenten Spannungszustand zu halten, in dem Du niemals in irgendeiner Form Entspannung hast.

Dann – Deine Besuche: Erstens wirst Du abgetastet, abgesondert, dann führen sie Dich runter, die Besuche werden überwacht, und zwar sind immer jeweils zwei Personen vom Staatsschutz dabei und eben eine Schließerin, so daß wirklich emotionale Äußerungen gar nicht aufkommen. Dann gibt es das Berührungsverbot, d.h. Du darfst den Besuch weder begrüßen noch umarmen.

Die, die im Hochsicherheitsbereich liegen, haben auch alleine Hofgang. Das gibt's da nicht, daß Du in einer großen Gruppe gehst wie die Sozialgefangenen, wo die ganze Station Hofgang hat, oft bis zu 50 Personen. An

diesen Hofgängen sind wir nicht beteiligt gewesen. Sondern da gab es einen extra sogenannten Sicherheitshof, auf dem wir als politische Gefangene eine Stunde täglich Hofgang hatten, am Anfang – durch Hungerstreiks hatten wir uns später zwei Stunden erkämpft.

Politische Berichte: Hattet Ihr sonst irgendwelche Kontakte zu anderen Gefangenen? Konntet Ihr an Gemeinschaftsveranstaltungen teilnehmen?

Ilse Schwipper: Nein. Zu dem Konzept gehört, daß Du völlig isoliert bist. Gemeinschaftsveranstaltungen mit anderen Gefangenen gibt es gar nicht. Es gibt keinerlei Kontakt zu Sozialgefangenen. Die politischen Gefangenen sitzen im Hochsicherheitsbereich und sind einzig und allein unter sich.

Politische Berichte: Auch nicht über Essensausgabe oder ...

Ilse Schwipper: Nein. Essensausgabe funktioniert so: Die Türen werden auf-

geschlossen, werden wieder zugeschlossen, dann werden unsere Zellentüren aufgeschlossen, das Essen war fertig abgepackt in Töpfen, und jeder hat seinen Topf, der ihm zustand, halt reingenommen in die Zelle. Der Essenswagen wird von den Schließern gefahren.

Politische Berichte: Euer Kontakt war also vollständig beschränkt auf die kleine Gruppe von Gefangenen im Trakt, auf eventuelle Besuche, auf die entsprechenden Staatsschutzbeamten und auf die Schließern?

Ilse Schwipper: Ich weiß nicht, ob man das Kontakt nennen sollte. Wir haben zu den Schließern keinen Kontakt gehabt. Das waren die Leute, die uns ein- und ausgeschlossen haben, die uns abtasteten und abschnitten durften, die konnten Dich anfassen, wann sie wollten, aber Du selbst hattest eben nicht die Möglichkeit, Deinen Besuch anzufassen. Das kann man nicht als Kontakte bezeichnen.

Politische Berichte: Haben Eure Haftbedingungen auch auf die Schließern gewirkt?

Ilse Schwipper: Als ich im Trakt war, war das noch nicht so festzustellen. Was ich, seitdem ich draußen bin, mitbekommen habe, ist, daß es unter den Schließern und Schließern selbst Widersprüche gibt, daß viele den Dienst nicht machen wollen, weil sie die Isolierung von ihren Kolleginnen und Kollegen mitkriegen. Es ist bekanntgeworden, daß Schließern auch gesundheitliche Schäden haben. Es gibt eine hohe Krankenschreibungsrate.

Politische Berichte: Sind Dir gewerkschaftliche Stellungnahmen aus dem Bereich der ÖTV, die ja Mitglieder unter dem Gefängnispersonal hat, bekannt gegen diese Haftbedingungen?

Ilse Schwipper: Ich habe noch nichts davon gehört, daß es irgendeine gewerkschaftliche Arbeit gibt von Schließern und Schließern, die sich gegen die Hochsicherheitsbereiche auflehnen.

Politische Berichte: Kannst Du uns schildern, welche gesundheitlichen Schädigungen Du erlitten hast?

Ilse Schwipper: Ich will versuchen, ziemlich genau zu sein, obwohl ich merke, daß ich ganz schöne Verdrängungsmechanismen habe. Das Gravierendste ist gewesen eine reaktive Depression. Die Symptome der psychosomatischen Natur sind gewesen: schwere Erschöpfungszustände, Magenschmerzen, Kopfschmerzen, Konzentrationsschwächen, Nervenschmerzen. Ich fasse das eigentlich in einem Begriff zusammen: Der gesamte Körper war eine Schmerzzone.

Hinzu kam, daß ich akut selbstmordgefährdet war, ich konnte dem Ganzen einfach keinen Sinn mehr abgewinnen. Wozu noch leben? Diese Haftbedingungen sind einfach kein Leben. Du kannst in einem Trakt über-

leben, aber nicht leben. Die Depressionen waren derart stark, daß ich das Leben als solches völlig infrage gestellt habe. Mir ist bewußt, daß die gesamten Haftbedingungen genau das bewirken wollen. Meine Anwälte wie auch eine Frau, die dann als Vollzugshelferin zugelassen wurde – Barbara heißt sie – haben um mein Leben gekämpft. Ich habe mir täglich gesagt, Du mußt leben, Du mußt leben. Aber für mich selbst war eigentlich zu einer politischen Lösung geworden, mich der Reaktion zu entziehen, mich zu verweigern. Aber es ist klar, daß sie genau das erreichen wollen, daß Du Dich selbst umbringst, und aus dem Grund ist auch dagegen angekämpft worden.

Ein Mittel war für mich, ganz mechanisch Tag und Nacht zu stricken. Als die Situation so akut gewesen ist, mußte ich einfach meine ganze vorhandene Konzentration auf einen mechanischen Vorgang lenken. Solange

meine Hände beschäftigt waren, war es gut. Wenn ich aufhörte oder zum Nachdenken kam, war wieder die ganze Sinnlosigkeit da. Aber mithilfe der Freundinnen und Freunde von mir, die ja mit mir zusammen um mein Leben gekämpft haben, ist es gelungen, die Zeit zu überstehen, bis das Gericht dem nachgegeben hat und mich auf Haftverschonung rausgelassen hat. Wobei eine wesentliche Rolle gespielt hat: Zum ersten lief unser dritter Prozeß. Zum zweiten hatten wir eine Klage bei der Europäischen Menschenrechtskommission eingereicht. Und zum dritten hatte der Prozeß zu dem Zeitpunkt eine große Öffentlichkeit erreicht. Es ist um meine Entlassung nicht nur von Freunden mit mir gemeinsam im Knast gekämpft worden, sondern sehr viel wesentlicher auch draußen. Es gab Veranstaltungen, Flugblätter, alles, was zu einer Öffentlichkeitsarbeit dazugehört. Und diese



Hochsicherheitstrakt: „Das war wie ein Grab. Ich habe noch nie so viel gefroren in meinem Leben wie in diesen Gemäuern.“

drei Dinge – Prozeß, Öffentlichkeitsarbeit und die Klage vor der Menschenrechtskommission – haben dazu geführt, daß ich entlassen wurde. Eine Tote im Gefängnis wollten sie zu dem Zeitpunkt nicht.

Politische Berichte: Du bist im Mai fünf Jahre draußen. Du hast die Auflage, Dich einer Therapie zu unterziehen. Welche durch die Vernichtungshaft angerichteten Schäden sind behoben worden, können behoben werden, und welche Schäden sind irreparabel?

Ilse Schwipper: Durch die Therapie ist erreicht worden, daß die Depression, die ich gar nicht mehr unter Kontrolle hatte, kontrollierbar geworden ist.

Irreparable Schäden sind, daß ich z.B. nicht mehr alles essen kann, was ich will. Der Magen reagiert auf Belastung. Auch verkrämpfe ich mich bei solchen Gelegenheiten wie diesem Interview völlig, nicht nur, weil ich mich sehr konzentrieren muß und das für mich ein Kraftaufwand ist, sondern auch als Reaktion darauf, daß ich darüber spreche, was mit mir passiert ist. Mein Körper reagiert darauf sofort. Dies ist ebenfalls geblieben, Magenkrämpfe, Bauchkrämpfe in bestimmten Situationen mit einer außergewöhnlichen Belastung.

Ganz sicherlich als irreparabel anzusehen sind auch die Kopfschmerzen, die ich schnell bekomme, wenn ich mich konzentriere. Die Nerven reagieren auf starke Konzentration. Auch merke ich, daß meine Konzentration nach einer ganz bestimmten Zeit einfach nachläßt. Am Anfang habe ich ein längeres Interview überhaupt nicht machen können, ich wäre nicht in der Lage gewesen, mehr als drei oder vier Sätze konzentriert zu formulieren. Das ist heute schon wesentlich besser. Aber irgendwann ist die Konzentration weg, und ich verliere immer schneller und öfter den roten Faden meiner Gedanken und Sätze.

Dann: Freunde haben mich früher immer als Energiebündel beschrieben. Das ist auch für meine Therapeutin nicht erklärbar: Meine Kraft ist einfach weg, ich leide ganz schnell unter Erschöpfungszuständen. Ich bin ja auch arbeitsunfähig geschrieben. Ich könnte keiner geregelten Arbeit nachgehen, unter dem Druck, morgens regelmäßig aufstehen zu müssen, in einen Arbeitsprozeß hineinzugehen und acht Stunden zu arbeiten. Das ist für mich einfach unmöglich, ich habe die Kraft nicht.

Wie Ihr gemerkt habt, wohne ich hier in einer relativen Idylle, die auch bewußt gewählt ist. Als ich am Anfang in einem Mietshaus gewohnt habe, bin ich oft nachts erschreckt wach geworden und habe dann kerzengerade im Bett gesessen mit diffusen Ängsten, die ich nicht begreifen konnte. Als ich dann hier gewohnt habe, hat sich das relativiert. Ich war vorher immer wach geworden, wenn irgend jemand nach

Hause gekommen ist und z.B. mit dem Schlüsselbund geklappert hat. Das kommt durch die Staatsschutzfilzen, das Überfallartige. Mit diesen Schlafstörungen muß ich für den Rest meines Lebens leben. Das ist nicht wegzukriegen, das ist konditioniert.

Politische Berichte: Wir möchten noch einmal auf die Haftbedingungen zurückkommen. Man muß von Vernichtungshaftbedingungen sprechen. Was, meinst Du, sind die Zwecke, die damit verfolgt werden?

Ilse Schwipper: Sinn und Zweck dieser Haftbedingungen in der Form der Hochsicherheitsbereiche haben meiner Meinung nach zwei Funktionen. Die eine ist die Zerstörung des Widerständlers, Kämpfers, wie immer Du's nennen willst, also die direkte physische Vernichtung. Das zweite ist die Abschreckung. Viele halten das dort nicht aus und erklären sich bereit, mit der Gegenseite zu dealen, was sich nachvollziehen läßt an all den Kronzeugen, die im Laufe von politischen Prozessen produziert worden sind.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich etwas loswerden: Wenn schon KZ's erwähnt werden in der BRD und Vergleiche gezogen werden, dann sind die Hochsicherheitsbereiche von Funktion und Sinn eher damit zu vergleichen als Gefängnisse in der DDR.

Politische Berichte: Ihr wurdet überwacht, die Auswirkungen der Vernichtungshaft wurden also registriert. Sind Dir aus der Zeit, in der Du in Isolationshaft warst, Änderungen oder Perfektionierungen aufgefallen?

Ilse Schwipper: Für mich selbst und den Trakt, in dem ich saß, kann ich das nicht sagen. Das war bereits eine fertige Konzeption. Ich weiß aber, daß die Bedingungen im neu erbauten Hochsicherheitsbereich in Moabit im Flügel A noch perfektioniert wurden. Dort sind die Fenster, soweit ich weiß, Bausteine, so daß Du gar nicht mehr rausgucken kannst. Innerhalb dieser Fenster – sie sind nicht mehr zu öffnen – ist ein Baustein, den Du verschiebst, so daß nur noch durch kleine Ritzen ein bißchen Sauerstoff hereinkommt. Die Toiletten und Waschbecken sind dort nicht mehr aus Porzellan, sondern aus Stahl. Auch das Überwachungssystem ist noch perfektioniert. Vorne gibt's eine Steuerungszentrale, die Trakttüren gehen auf Knopfdruck auf. Wenn die Gefangenen was wollen, wird nicht mehr geklingelt oder gegen die Tür geklopft, sondern dort ist eine Gegensprechanlage.

Was ich außerdem weiß, ist, daß sie alle Erfahrungen, die sie in den einzelnen Hochsicherheitsbereichen gesammelt haben und auch in einem Gefängnis in den USA, verwendet haben für den Bau des „modernsten“ Frauengefängnisses Europas, nämlich Plötzensee hier in Berlin. Von diesem neuen Frauengefängnis kannst Du sagen: Das Gefängnis in der Gesamtheit ist

ein einziger Hochsicherheitsbereich.

Politische Berichte: Sie weiten also die im Hochsicherheitstrakt herrschenden Haftbedingungen auf den gesamten Vollzug aus?

Ilse Schwipper: Hier im Frauengefängnis Berlin ja. Aber mir ist auch bekannt, daß sogenannte Vollzugsstörer aus dem Normalvollzug dort, wo sie solche perfektionierten Gefängnisse noch nicht haben, in die Hochsicherheitsbereiche verlegt werden. Der dann leere Hochsicherheitsbereich im Flügel G, von dem ich zu Anfang sprach, ist mit sogenannten Vollzugsstörern belegt worden.

Politische Berichte: Mit Deiner Haftentlassung hat die Staatsmacht die vernichtende Wirkung der Isolationshaft, die sie sonst immer leugnet, eingestehen müssen. Daß sie gezwungen werden konnte, Dich aus der Haft zu entlassen, ist ein politischer Erfolg. Welche Möglichkeiten und Aufgaben siehst Du im Kampf gegen die Isolationshaft?

Ilse Schwipper: Die Erfahrung, die ich gemacht habe, ist die, daß der Kampf gegen Isolationshaft immer sporadisch ins Leben getreten ist, und zwar meistens im Zusammenhang mit Hungerstreiks. Wie's bei mir gelaufen ist, das war eine Ausnahme, weil ja der Prozeß stattfand. Ich denke mir, was jetzt vor allen Dingen notwendig wäre, ist, daß viele Organisationen gemeinsam und – darauf lege ich Wert – kontinuierlich den Kampf gegen die Isolationshaft führen, und zwar mit dem Ziel der Abschaffung der Hochsicherheitsbereiche. Das ist die Aufgabe, die sich der Linken stellt. Wie sie das verwirklichen kann? Dazu kann ich eigentlich nur sagen, womit ich anfangen habe. Ich mache Interviews über meine Haftgeschichte und gebe genaue Beschreibungen der Haftbedingungen, damit ein möglichst breites Spektrum sich damit befaßt. Auch habe ich an einem Bilderprojekt teilgenommen, mit dem die Haftbedingungen einerseits und ihre Auswirkungen andererseits und auch der Kampf gegen die Haftbedingungen dargestellt werden. Diese Bilder gehen als Wanderausstellung in der BRD und im Ausland rum, und im Zusammenhang mit dieser Ausstellung finden auch Veranstaltungen zu Haftbedingungen statt. Auch das halte ich für eine sehr wichtige Sache. Was man sonst noch alles machen kann, ist nicht allein von mir abhängig, sondern ist von den einzelnen politischen Organisationen abhängig.

Die beiden abgedruckten Bilder gehören zu dem im Interview genannten Bilderprojekt gegen die Isolationshaft. Sie sind dem Katalog entnommen: „Machen Sie sofort die Schranktür zu!“ Der Katalog ist zu beziehen über: Buchvertrieb Grimmstraße, Grimmstr. 27, 1000 Berlin 61



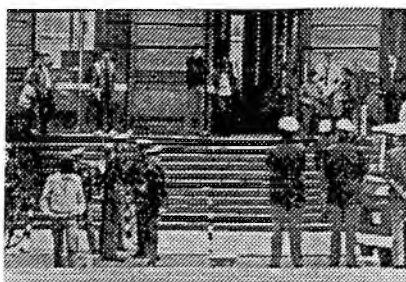
Iran/Irak: Intervention?

Die iranischen Truppen scheinen nach letzten Meldungen ihren Druck auf die irakische Hafenstadt Basra immer mehr zu verstärken. Auch im Norden des Irak wird die Lage irakischer Truppen zunehmend schwierig. Für diesen Fall haben die NATO-Staaten ihre Intervention angedroht. Die USA haben begonnen, Schiffe in den Persi-

schen Golf und Luftgeschwader in die Türkei zu verlegen. In der BRD stationierte Divisionen stehen für den Einsatz gegen den Iran bereit. Die Gefahr einer imperialistischen Intervention, an der die BRD wie schon gegen Libyen über das „Host Nation Support“-Abkommen direkt beteiligt wäre, wächst. Die antiimperialistischen Kräfte sind verpflichtet, dem entgegenzutreten.

EG expandiert weiter – EFTA-Länder streben in die EG

Im Gefolge der zunehmenden Zusammenarbeit großer westeuropäischer Monopole im Rahmen von Programmen wie „Eureka“ gewinnen in mehreren EFTA-Ländern die Kräfte, die einen Anschluß an die EG anstreben, an Einfluß. Norwegische und schwedische Kapitalisten erörtern öffentlich die Vorteile, die ihnen aus einem Anschluß an die EG entstehen könnten. Österreichische Politiker und Kapitalisten streben ebenfalls den Anschluß an die EG an. Das würde das Gewicht der BRD innerhalb der EG weiter verstärken. Ein (west-)europäischer Großwirtschaftsraum mit dominierendem Einfluß der BRD scheint unabweisbar. Welche Interessen drängen die EFTA-Staaten in die EG?



Druck auf Autonome

Albrechts Landesregierung wetteifert mit den anderen Landesregierungen um die Führung in der Verfolgung der autonomen Antifaschisten. Hierbei ist Braunschweig nach Göttingen ein Regionalschwerpunkt. Allein im letzten halben Jahr 41 Bußgeldbescheide und neun Anklagen von schwerer Körperverletzung über Landfriedensbruch bis

zu angeblicher Verabredung von Terroranschlägen. Dabei Verurteilungen bis zu 16 Monaten. Ob in Verteidigung gegen faschistische Überfälle oder bei Blockaden von Wahlveranstaltungen der „Patrioten“, den Polizeiaktionen folgen stets hohe Verurteilungen. Gezielt sollen die autonomen Antifaschisten hinter Gitter gebracht werden. Was unternehmen die Antifaschisten dagegen?

Ergebnis der Bundestagswahlen

Wenige Tage vor den Wahlen zum Bundestag scheint das Wahlergebnis schon festzustehen. An einem Sieg der Regierungsparteien zweifeln nur wenige. Anderes ist dagegen noch offen. Gelingt Johannes Rau beispielsweise ein besseres Ergebnis als 1983, so könnte das Stimmen in der SPD, die auf Vernichtung der Grünen drängen, ermutigen. Umgekehrt, umgekehrt. Von weitreichender Bedeutung wird auch sein, mit welchem Stimmergebnis die zahlreichen faschistischen und halbfaschistischen Gruppierungen aufwarten können, die, ermutigt durch das Ergebnis der Republikaner in Bayern, kandidieren. Die Regierungsparteien haben alles getan, um solche Kräfte zu ermutigen.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte erscheinen vierzehntäglich, Preis pro Heft:

– Chemie und übrige Industrien 0,50 DM

– Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7
Tel.: 02 21/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7
Tel.: 02 21/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:
Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle**. Preis je Heft 1,20 DM
Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallin-

dustrie – **Nachrichten Stahl- und Metallindustrie**. Preis je Heft 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – **Nachrichten, Analysen, Mitteilungen**.

Preis je Heft 1,20 DM

Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront. Preis je Heft 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse – **Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse**. Preis je Heft 1,20 DM

– Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik. **Informationsdienst Gesundheitspolitik**. Preis je Heft 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-

Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Helmstr. 8, 1000 Westberlin 62

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen

Großen Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen

Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-

Württemberg

Waldparkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider: 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 02 21/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Zulpicher Straße 7, Telefon 02 21/21 16 58. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Siegmund Elgehausen, Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, KG(NHT), PA, VSP.